KIRCHE IN LATEINAMERIKA

SONDERNUMMER DER LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

BERLIN(WEST) APRIL 1979 Solidaritätspreis DM 8,–

Wanderer es gibt keinen Weg, der Weg entsteht beim Gehen. Der Weg das sind deine Fußstapfen und sonst nichts.

Antonio Machado

Diese Sondernummer umfaßt Berichte, Analysen und Dokumente zur Situation der Kirche in Lateinamerika - unter besonderem Bezug auf die Bischofskonferenz in Puebla.
Umfang: 208 Seiten; Preis DM 8,–

Zu beziehen bei: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN,
c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 70

6. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West) 26.4.1979 Solidaritätspreis DM 2,–

FSLN: MILITÄRPUTSCH NEIN VOLKSAUFSTAND JA!

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

NICARAGUA: DIE EINHEIT DER FSLN UND IHRE NEUE OFFENSIVE – **GRENADA:** WANDEL IN DER KARIBIK? – **ARGENTINIEN:** METALLARBEITERSTREIK – **BRASILIEN:** GEWERKSCHAFTSOPPOSITION – **BRD/LATEINAMERIKA:** KANZLER SCHMIDT IN BRASILIEN

INHALT

ZU DIESEM HEFT 3

I. NIKARAGUA
– Zu den Ereignissen 5
– Militärputsch oder neuer Volksaufstand 11
– Die Wiedervereinigung der FSLN 17
– Spendenaufruf 20

II. GUATEMALA
– Zwei, drei, viele Mörderbanden 21

III. GRENADA
– Wandel in der Karibik? 26

IV. KOLUMBIEN
– Die Formierung der Gegenöffentlichkeit 30
– Das Forum für Menschenrechte 32
–CRIC? Kenn ich nicht! 35

V. VENEZUELA
– Korruption und das 'Programm' der neuen Regierung 36

VI. BOLIVIEN
– Geschichte der Campesinos Teil I 39

VII. BRD – LATEINAMERIKA
– Kanzler Schmidt in Brasilien 47
– Der Besuch in der brasilianischen Presse 52

VIII. BRASILIEN
– Metalurgicos unidos jamais serao vencidos 56
– Interview mit Oposicao Sindical 60

IX. ARGENTINIEN
– Streiks in der Metallindustrie 66
– Gewerkschaftsfraktionen 67

X. CHILE
– Überfall als Regierungsprinzip 71
– Chiles Zukunft – auf Sand gebaut? 76

Impressum:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 6 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheinen monatlich
(mindestens 11mal im Jahr)

Abo-Preis: DM 30,–

Vorauszahlung auf:
Sonderkonto des Chile-Komitees – „Hilfe für Chile"
PSA Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380087–108
Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-Abo '79

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel. 030/313 50 65

Redaktion:
Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Was die bürgerliche Presse als zweiten gescheiterten Aufstandsversuch der Sandinisten in Nicaragua hinstellt, erscheint bei näherer Analyse vielmehr als eine taktische Aktion der FSLN innerhalb einer langfristig angelegten Befreiungsstrategie.
Als wichtigstes Ergebnis dieser Strategie zeichnet sich zum jetzigen Zeitpunkt eine umfassende Basisorganisierung ab.

Durch die Reise Somozas in die USA wurde auch ein Putschversuch von seiten der Militärs -mit "ferngesteuerter" Einwilligung Somozas- reale Möglichkeit einer bürgerlichen Lösung der nicaraguanischen Krise.
Der "Mercedes-Vertreter" Somoza hätte bei diesem Komplott die Regierungsgeschäfte abgeben und sich ins Privatleben zurückziehen sollen, ansonsten wäre der 'Status quo' gerettet gewesen.
In dieser Nummer versuchen wir diese Mutmaßungen zu durchleuchten und den wirklichen Stellenwert der Ereignisse zu analysieren.

Während sich die internationale Öffentlichkeit über den 'Beinahe-GAU' (Größter anzunehmender Unfall) von Harrisburg erregte, konferierte Kanzler Schmidt mit dem brasilianischen Staatschef Figueiredo über das deutsch-brasilianische Atomenergie-Abkommen, als ob nichts geschehen sei.
Mit den Worten Schmidts hört sich das so an: "Unsere enge Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist durch Verantwortungsbewußtsein, Sachlichkeit und Abgewogenheit gekennzeichnet."
Der Bundeskanzler demonstrierte wieder einmal die sprichwörtlich "deutsche Zuverlässigkeit und deutsches Verantwortungsbewußtsein."
Für uns dagegen zeichnet sich vielmehr eine neue Form neokolonialer Politik ab:
Atomare Projekte ähnlichen Ausmaßes wie der deutsch-brasilianische Vertrag stoßen in Gorleben oder "anderswo" auf erheblichen Widerstand der Bevölkerung.
Die brasilianische Militärregierung hat gegen solche Störfälle doch probatere Mittel zur Verfügung, so daß Brasilien von der deutschen Kernkraftindustrie und "verantwortungsbewußten " Regierungskreisen der BRD kurzerhand zum Experimentierfeld westlicher Atomtechnologien gemacht wird.

In der letzten Nummer der LN (Nr. 69) haben wir uns mit einer Meinungsumfrage an die Leser gewandt.
Die Resonanz (ungefähr 6o Zuschriften) ist in Anbetracht der Abonnenten-Zahl von ungefähr 12oo bis jetzt doch recht spärlich ausgefallen.
Deshalb nochmals unsere Bitte an alle Leser sich die Mühe einer Beantwortung zu machen.
Weitere Kritikpunkte, Anregungen zur thematischen Ausgestaltung, der äußeren Form etc. helfen uns in der Zukunft, den Inhalt noch besser an den Bedürfnissen unserer Leserschaft ausrichten zu können.
Vorneweg erstes Ergebnis der Umfrage: Am Ende jedes Artikels wollen wir ab dieser Nummer immer die wichtigsten Quellenhinweise angeben, um eine weitere Beschäftigung mit dem Thema zu erleichtern.

Information

NIKARAGUA

Zu den Ereignissen

Nach den September-Kämpfen

Seit dem September-Aufstand des vergangenen Jahres berichtete die bürgerliche Presse kaum oder überhaupt nicht über Nicaragua. Es geschah ja auch nichts 'Sensationelles'. Aber es geschah Wesentliches: die politische Arbeit des Widerstandes, die Organisierung und Vorbereitung der Massen auf die anstehenden Auseinandersetzungen wurden verstärkt und einheitlich von der linken Opposition in Angriff genommen. Die Vereinigung der drei FSLN-Tendenzen erleichtert und fördert den Aufbau einer organischeren Verbindung von militärischem und politischem Kampf.

Der Aktionseinheit der drei Tendenzen im Dezember und einem Prozeß auch der inhaltlichen Annäherung ist nun im März der erste Schritt zu ihrer endgültigen Wiedervereinigung gefolgt: die Bildung einer 'Gemeinsamen Nationalen Führung' (Direccion Nacional Conjunta), die aus jeweils drei Mitgliedern der bisherigen Führungen der drei Fraktionen besteht und nicht nur Koordinations-, sondern oberstes Entscheidungsgremium der gesamten Frente Sandinista sein wird. Militärisch drückt sich die Einheit schon heute in dem Verzicht auf die bisherigen Rivalitäten, in dem gemeinsamen Einsatz der Kräfte und einer sichtlich gewachsenen Stärke gegenüber der Nationalgarde aus.
Auf der Ebene der politischen Allianz führt die 'Unidad Sandinista' zu einem schnelleren Vorankommen der Ausbreitung und Propagierung der Anfang Februar gegründeten 'Frente Patriotico Nacional'(FPN). Denn die Einheit der FSLN bedeutet gleichzeitig die Einheit der im Volksblock MPU (sozusagen dem Rückgrat der FPN)vertretenen, mit jeweils einer bestimmten Fraktion der FSLN liierten Organisationen. Daß diese jetzt in der FPN mit einer Stimme sprechen können, wird auch von den anderen Organisationen der FPN begrüßt.

Vor kurzem hat die FPN begonnen, ihre Organisation auf die Departamentos(entspricht ungefähr Landkreisen) auszuweiten. Auch dort wird, wie auf nationaler Ebene, die Struktur aus einer 'Patriotischen Versammlung'(Asamblea Patriotica) mit zwölf Mitgliedern, die von den Mitgliedsorganisationen ernannt werden, sowie einem Exekutivsekretariat mit sechs Mitgliedern bestehen. Die Hälfte der Sitze steht jeweils dem MPU mit seinen über 20 Mitgliedsorganisationen zu. Neben der Ausweitung der Struktur auf die Provinzen richtet sich die Hauptarbei in diesen Wochen auf die Ausarbeitung und Verabschiedung eines politischen Programms, das über die bei der Gründung verabschiedeten drei Grundsätze (Ablehnung jeder ausländischen Intervention, Forderung nach 'effektiver Demokratie' sowie 'sozialem Fortschritt' und 'Gerechtigkeit')hinausgeht. Darüberhinaus richten sich die Aktivitäten auf die Vorbereitung des 1. Mai.

Auf der Basisebene schließlich ermöglicht die Einheit der FSLN die Organisierung der Bevölkerung an ihren Arbeitsplätzen, in erster Linie aber - da die wenigsten regelmäßige Arbeit haben - in den Wohnvierteln. Der Aufbau solcher Basisstrukturen war zuvor von

den Mitgliedsorganisationen der MPU betrieben worden. Seit einigen Wochen bilden nun alle diese 'Basisgruppen' den Unterbau der MPU und sind keiner einzelnen Organisation oder Tendenz der FSLN mehr verpflichtet.

Die Komitees für zivile Verteidigung

Neben einer Anzahl von Arbeiterkomitees in den Fabriken und Werkstätten besteht die Basisstruktur der MPU heute schon, kaum zwei nach Beginn der Aufbauarbeit, aus einer relativ großen Anzahl von 'Komitees für zivile Verteidigung' (Comites de Defensa Civil), in denen sich diejenigen Bewohner eines Straßenblocks zusammenschließen, die sich außerhalb der militärischen Struktur der FSLN an der Vorbereitung des Aufstandes und später an seiner Durchführung beteiligen wollen. Die Mitgliedschaft steht jedem, der gegen Somoza kämpfen will, offen, nicht nur politischen Organisationen der MPU.

Gedenkmesse für die Gefallenen.

Die Schülerbewegung (MES = Movimiento Estudiantil de Secundaria) ließ eine Gedenkmesse für die im Kampf um die Befreiung Nikaraguas Gefallenen lesen. Die MES ist eine der MPU angeschlossene Organisation.

Die Arbeit der CDC's kann gegenwärtig nur zum geringeren Teil öffentlich sein, dort nämlich, wo es um die Propagierung von Forderungen im Stadtteil geht, oder wo demonstrationsartige Versammlungen, meist gegen die staatliche Repression, unter dem Schutz der Kirche in deren Räumen stattfinden können. Schon die Propagierung der CDC bei anderen Stadtteilbewohnern, die allmähliche Einbeziehung größerer Teile der Bevölkerung in den Kampf, muß mit großer Vorsicht geschehen. Genauso wie das Verteilen von Flugblättern mit den Kommuniques der FSLN, das Bemalen der Hauswände mit FSLN-Parolen und die politische Diskussion unter den Mitgliedern .

Zu den Arbeiten der CDC's, die nur als Untergrundarbeit durchgeführt werden kann, gehört vor allem die Schaffung der notwendigen Infrastruktur in den Stadtvierteln für die FSLN-Kämpfer während

des Aufstands: Lagerung von Lebensmitteln, Wasservorräten, Erste-Hilfe-Kästen etc. in jedem Straßenblock sowie das Trainieren gezielter Unterstützung durch Barrikadenbau, selbstgebastelte Bomben usw.

Alle CDC's eines Stadtteils werden von sog. 'Volkskomitees des Stadtteils'(Comité Popular de Barrio) koordiniert. Dieses setzt sich derzeit noch aus Vertretern der politischen Organisationen der MPU zusammen. Aber auch hier hat die Vereinigung der FSLN die Einleitung einer stärkeren Demokratisierung der Struktur möglich gemacht: in der nächsten Zeit werden die Volkskomitees durch jeweils einen 'Rat für Zivile Verteidigung'(Consejo de Defensa Civil) ersetzt werden, der sich aus gewählten Vertretern der CDC's , also der Bevölkerung selbst, zusammensetzt.

Die Oster-Offensive

Während dieser Zeit reduzierter militärischer Aktivitäten seitens der FSLN griff die Nationalgarde zu Terrormaßnahmen, die sich mangels militärischer Ziele meist wahllos gegen die Zivilbevölkerung richteten:
Stadtviertel werden durchkämmt, zu Dutzenden junge Leute aus den Betten heraus verhaftet, bisweilen auch gleich schlafend erschossen. Häuser werden durchwühlt und ausgeraubt - angeblich auf der Suche nach versteckten Waffen. Täglich erhalten die Büros der 'Kommission für Menschenrechte' in den verschiedenen Städten Anzeigen von den Verwandten Verschwundener, die entweder gar nicht mehr oder schließlich doch in einem Gefängnis oder im Leichenschauhaus auftauchen. Die Zahl der Toten unter der Zivilbevölkerung während der ersten drei Monate dieses Jahres dürfte bei 500 liegen.

Diese Terrormaßnahmen, die auf die Bevölkerung z.T. demoralisierend wirkten, machten die Präsenz der FSLN erneut notwendig, denn diesen massiven Repressionen gegen die Zivilbevölkerung war nur durch die Wiederaufnahme der militärischen Aktion zu begegnen. So nahmen die militärischen Aktivitäten der Sandinisten seit Anfang März wieder zu. Einer der Schwerpunkte war dabei die Gebirgsregion im Norden des Landes , wo die dort stationierten kleineren Posten und Einheiten der Nationalgarde immer wieder überfallen und zerstört wurden. Regelmäßige Kämpfe spielten sich fast jede Nacht in den meisten Stadtvierteln Managuas, in León , Masaya und anderen Städten ab. Patrouillen wurden in Hinterhalte gelockt, Polizeistationen angegriffen, die einträglichen Unterweltgeschäfte der Offiziere - Nachtclubs, Bordelle, Spielcasinos - durch Bomben zerstört, Banken wurden fast täglich überfallen.

Ende März besetzte ein Trupp von 80 Guerilleros das Dorf Jícaro an der Grenze zu Hónduras, nahm dabei die Kaserne ein und zerstörte sie. Die Nationalgarde, die sich mit der Hauptmacht der Guerilleros an der Nordfront konfrontiert glaubte, zog sich mit 500 Leuten auf eine Hazienda Somozas, etwa 10 km von der Grenze entfernt, zurück. Die Guerilleros legten einige Hinterhalte an und wichen in den Urwald von Jinotega zurück, als der Druck der Soldaten zu stark wurde. Von dort kehrten sie in großem Bogen wieder an die Stelle der ursprünglichen Operation zurück.

Mit der Reise Somozas in die USA Anfang April sahen die Sandinisten die Gefahr eines Militärputsches wachsen (auf den Militärputsch als bürgerliche 'Lösung' wird im nächsten Artikel näher eingegangen) und der seit einigen Wochen beschlossene 'Plan de Emergencia' (Notstandsplan) trat in Kraft; am 7 April gab es im Norden und Nord

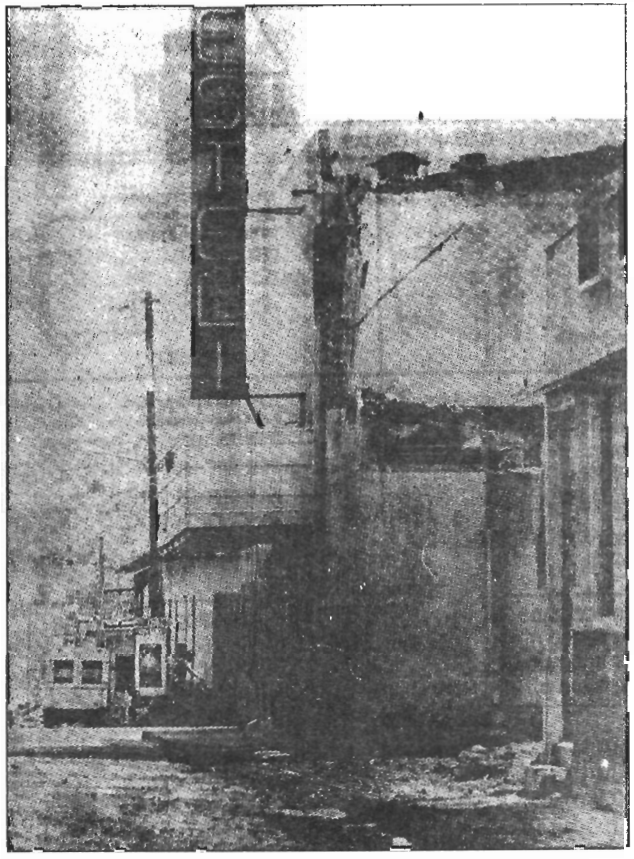
Truppen der Guardia Nacional auf der Hazienda 'La Mia' (die Meine) von Somoza in der Nähe von Jicaro.

westen die ersten Zusammenstöße. In Condega, El Sauce, San Nicolás und Limay. Aber auch an der Südfront wurden 8 Kasernen fast gleichzeitig angegriffen und z.T. zerstört. Estelí wurde besetzt.

'Im Gegensatz zur Erhebung im September hat die Guerilla diesmal Züge, die sie weitaus gefährlicher für das Regime machen. Vor allem, weil die Zahl der organisierten und militärisch ausgebildeten Guerilleros fast 50mal so hoch ist wie im September. Der städtische Organisierungsgrad und die Beteiligung der Bevölkerung sind gegenwärtig noch schwer abzuschätzen.
In der besetzten Stadt erscheint sie geringer als im letzten Jahr, wohl auch, weil sehr viele bereits geflohen sind. Der wichtigste Aspekt, und wahrscheinlich der entscheidende im Kampf, ist die Menge und die Qualität der Waffen auf Seiten der Guerilleros: Fal-Gewehre, Mauser, Garan, Splitter-Granaten, Dynamit-Granaten und ausreichende Munition. Außerdem sind sie mit Bazookas und Maschinengewehren, 30ern und 50ern ausgerüstet.
Ein anderer möglicherweise entscheidender Punkt ist die hohe Beteiligung von Bauern an der Guerilla, die in die Stadt gekommen sind. Ihre Beteiligung ist viel stärker als im letzten September.'
(Tageszeitung vom 17.4.79)

Die Stärke der FSLN wird auch durch die - für lateinamerikanische Guerilla-Erfahrungen - fast unglaubliche Tatsache bestätigt, daß es ihnen gelungen ist, vier Flugzeuge abzuschießen.

Dennoch, es handelt sich hierbei nicht um <u>die</u> große oder gar endgültige Offensive, die Somoza den letzten Schlag versetzen und damit den Sandinisten den Weg zur Macht eb nen sollte. Es ist die bürgerliche Presse, die durch ihre Art der Berichterstattung die neuen Kämpfe zum alles entscheidenden Gefecht hochstilisiert hat. Nur so ist es jetzt auch möglich, von einer Niederlage



der Sandinisten zu sprechen. Mangelnde Information hat leider auch bei den Linken zu falschen Hoffnungen und zu falschen Enttäuschungen geführt. Um es noch einmal zusammenzufassen: die neuen Kämpfe stellen eine notwendig gewordene Antwort auf die Repression der Guardia Nacional gegen die Zivilbevölkerung und auf die wachsende Gefahr eines Militärputsches während der Abwesenheit Somozas dar. Sie sind Bestandteil der Aufstandsstrategie (estrategia insurrecional) und stellen auch eine Kraftprobe dar, die von vielen Kadern der FSLN gefordert wurde.

Die militärischen Aktionen der FSLN waren da, wo sie in der Form des traditionellen Guerilla-Kampfes stattfanden, vom Erfolg gekrönt. Dennoch, die letzten Pressemeldungen bestätigen nur noch, daß Besetzungen größerer Städte, wie das bei der Provinzhauptstadt Estelí der Fall war, zwar militärisch durchführbar sind und die Stärke der Sandinisten weltweit bekunden, für die Zivilbevölkerung aber katastrophale Folgen haben:
- in der Stadt werden wahllos Jugendliche von der Guardia Nacional erschossen, denn "was jung ist, ist zumindest potentiell ein Sandinist";
- zwei Drittel der Stadt sind vollkommen zerstört, über 10 000 Menschen sind obdachlos geworden;

- der Direktor des Stadtkrankenhauses San Juan de Dios wurde zusammen mit einem Kollegen und mit einer noch unbekannten Zahl von Krankenschwestern 'standrechtlich' erschossen, weil sie verwundete Sandinisten behandelten bzw. behandeln ließen. Verletzte wurden in den Krankenbetten ermordet. Ebenfalls erschossen wurde eine Gruppe von etwa 40 Jugendlichen, die während der Kämpfe im Krankenhaus Zuflucht gesucht hatten.

Man muß sich die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, (in einer Situation, in der die Unterstützung der FSLN durch die Bevölkerung so eindeutig ist) Städte zu besetzen, ohne daß dies im Rahmen einer schon anlaufenden Befreiung von Gebieten geschieht. Es wäre allerdings falsch, die brutalen und kriminellen Racheakte der Guardia Nacional gegen die Zivilbevölkerung auf die Aktion der FSLN zurückzuführen. Es muß uns allen klar sein, daß der bewaffnete Kampf in Nikaragua nicht nur eine Notwendigkeit darstellt, sondern z.T. ja gerade deswegen wieder aufgenommen werden mußte, weil die tagtägliche Massakrierung des Volkes durch die Guardia Nacional es notwendig machte. Von diesem Morden wußte die westdeutsche Presse allerdings wieder mal nichts !
(Im nächsten Artikel gehen wir auf sozio-ökonomische Hintergründe der letzten Ereignisse in Nikaragua näher ein.)

Ein Soldat der Guardia Nacional zwingt eine Frau, ihre Unterwäsche auszuziehen.

Militärputsch oder neuer Volksaufstand

Kein Ende der Wirtschaftskrise

In einem Land,dessen Wirtschaft wie die Nicaraguas über den Export von Agrarprodukten (Baumwolle, Kaffee, Fleisch und Zucker) in den Weltmarkt integriert ist, bewegt sich die wirtschaftliche Konjunktur normalerweise parallel zur Höhe der Einnahmen aus diesen Exporten. Daß Nicaragua im Jahr 1978 trotz eines ausgezeichneten Exportergebnisses von 1977 in eine ökonomische Krise geraten ist, hat seine Ursache in der politischen Krise des Landes. Die Hartnäckigkeit, mit der Somoza seine politische Machtposition verteidigt, und die Kaltblütigkeit, mit der er fast alle Gewinne vor allem der kleinen und mittleren Unternehmer abschöpft, um sich die notwendigen Staatseinnahmen für die Finanzierung seines immensen Repressionsapparates zu sichern, haben zu Kapitalflucht und einem rapiden Rückgang der Investitionen geführt. Der wochenlange Unternehmerboykott vom Februar und der vom August/September, so wie die Kämpfe während des Volksaufstandes vom September haben bewirkt, daß das Bruttoinlandsprodukt 1978 real um 5% abnahm. In erster Linie wurden davon der Handel und der Bausektor betroffen, deren Volumen um 60% zurückging. Die Zahl der Bauarbeiter ging von etwa 12000 auf 2000 zurück.

Schon 1977 lagen nach einer Studie des unternehmernahen Instituts INCAE Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Managua bei 79,4%, ähnliche Zahlen existieren für die anderen Städte. Diese Situation dürfte sich im vergangenen Jahr weiter verschlimmert haben. Und auf dem Lande hat die große Masse der Campesinos nach dem Ende der Kaffee- und Baumwollernte im März wieder für neun bis zehn Monate keinen regelmäßigen Lohn. Für dieses Jahr haben auch die Baumwollpflanzer wegen der niedrigen Gewinne und der instabilen politischen Lage eine starke Reduzierung der Anbaufläche angekündigt, was auch die Saisonarbeit auf dem Land im nächsten Winter drastisch reduzieren wird.

Die in den letzten Jahren enorm gewachsene Schuldenlast des Somoza-Staates einerseits, Devisenflucht, Rückgang der Steuereinnahmen und Somozas Finanzbedarf für die Stärkung seiner Nationalgarde andererseits haben die Regierung in den vergangenen Monaten gegenüber nordamerikanischen Privatbanken mit ihren Zahlungsverpflichtungen um 35 Mio. Dollar in Rückstand gebracht. Sie hat daraufhin beim Internationalen Währungsfond(IWF) einen Kredit in Höhe von 40 Mio. Dollar beantragt. Nachdem Somoza im Januar einen ähnlichen Kreditantrag hatte zurückziehen müssen, weil die USA auf Druck ihrer Menschenrechtslobby hin angekündigt hatten,gegen die Bewilligung zu stimmen, wird diesmal der Kredit vermutlich bewilligt werden- allerdings mit den schon allseits bekannten wirtschaftspolitischen Auflagen, deren Einzelheiten gerade von einer Kommission in Managua ausgehandelt werden. In jedem Fall wird das Programm eine Verschärfung der heute schon restriktiven Finanzpolitik der Zentralbank und Preiserhöhungen für Güter des Grundbedarfs und Benzin beinhalten, was die Realeinkommen weiter senken wird.

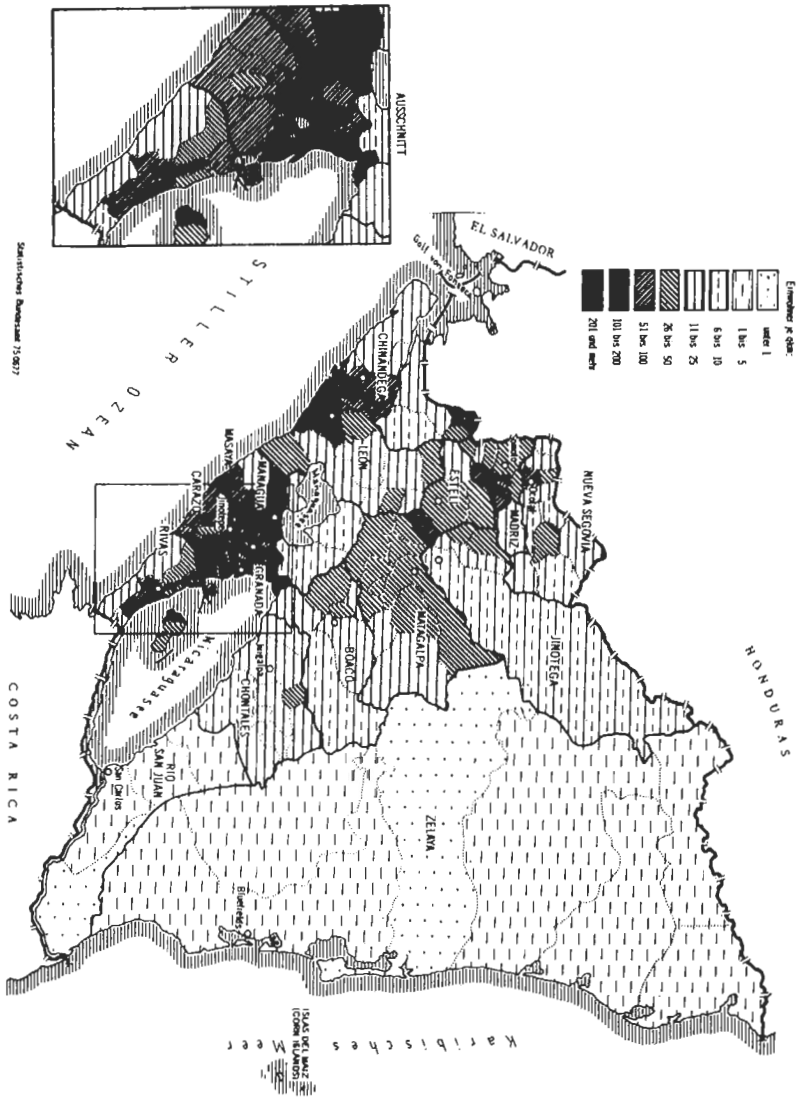


Tabelle und Grafiken aus: "Die Rohstoffsiory." Informationszentrum Dritte Welt Dortmund 1975

NICARAGUA

VERWALTUNGSEINTEILUNG, BEVÖLKERUNGSDICHTE 1970

Militärputsch als 'bürgerliche Lösung'

Mit dem Ende der Vermittlungsverhandlungen im Januar (Siehe LAN 68) hatten sich zunächst einmal alle Möglichkeiten des Bündnisses aus rechter Opposition (vertreten im FAO) und US-Regierung erschöpft, Somoza durch Verhandlungen oder ein Plebiszit zu stürzen. Die USA haben zwar Interesse an einer Reform der Diktatur - d.h. der Ablösung der Person Somozas und der Aushandlung eines neuen Konsens zwischen dem Somoza-clan und den anderen Wirtschaftsinteressen konkurrierender Kapitalgruppen -, aber der Druck auf Somoza durfte nicht so weit gehen,daß er zu einer militärischen Schwächung der Diktatur und damit einer relativen Stärkung des bewaffneten Widerstandes führen konnte; denn der sollte ja gerade von der politischen Lösung ausgeschaltet werden. Die Reaktion der USA auf Somozas Weigerung, Kompromisse einzugehen,mußte also notwendigerweise eine halbherzige sein - für die die Halbierung ihres Botschaftspersonals beispielhaft ist.

Daß sich mittlerweile eine andere Möglichkeit herauskristallisiert hat, mit der die politische Krise im Sinne einer Reform der Diktatur gelöst werden könnte, ist der steigenden Verunsicherung der Nationalgarde zu verdanken. Sie erleidet immer stärkere Verluste in den Kämpfen mit dem FSLN, und für die Offiziere ist das angenehme Leben, das sie und ihre Familien mithilfe von Korruption, Schmuggel und Privilegien zu führen gewohnt waren, in ständige Unsicherheit und Angst vor Anschlägen umgeschlagen.

Aufgrund von Informationen aus Geheimdienstquellen hat der FSLN am 14. März Putschpläne einer Gruppe von Offizieren der Nationalgarde, in Zusammenarbeit mit dem CIA und unterstützt von Gruppen der Konservativen Partei und des Finanzkapitals öffentlich denunziert und die Parole "Aufstand ja - Militärputsch nein!" ausgegeben. Ein solcher Putsch könnte entweder zu einer reinen Militärregierung oder auch zu einer gemischt militärisch-zivilen Regierung unter Beteiligung der bisherigen offiziellen (und dafür von Somoza bezahlten) Opposition der Konservativen Partei oder auch von Teilen der rechten Oppositionsallianz FAO führen. Daß die mit Somoza wirtschaftlich konkurrierenden Gruppen der Großbourgeoisie an einer Allianz mit der Nationalgarde oder Teilen von ihr zum Sturz Somozas interessiert sind, steht außer Zweifel. Somoza selbst kann ihnen die notwendige politische Stabilität für rentable Geschäfte nicht mehr garantieren, andererseits kann ihr an einer progressiv-nationalistischen Regierung der Mitte-Links-Allianz des "Frente Patriotico Nacional" (FPN) nicht gelegen sein, die mit jeder Reformpolitik zugunsten der großen Mehrheit der Bevölkerung (Agrarreform,Lohnerhöhungen) gegen die Agrarexportinteressen der großen Kapitalgruppen angehen müßte.

Für die USA wäre ein solcher Putsch die ideale Möglichkeit, in Nicaragua eine Regierung an die Macht zu bringen, die nur aus ihren Verbündeten besteht: Die Nationalgarde wurde in den dreißiger Jahren von den USA aufgebaut, sie wird von den USA ausgerüstet und in der Panama-Kanalzone ausgebildet und stellt den Hauptpfeiler des "Zentralamerikanischen Verteidigungsrates" (CONDECA) dar, dessen Führung in der Praxis direkt dem Südkommando der US-Armee in Panama untersteht und dessen Aufgabe die Koordinierte Bekämpfung des bewaffneten Widerstandes in ganz Zentralamerika ist.

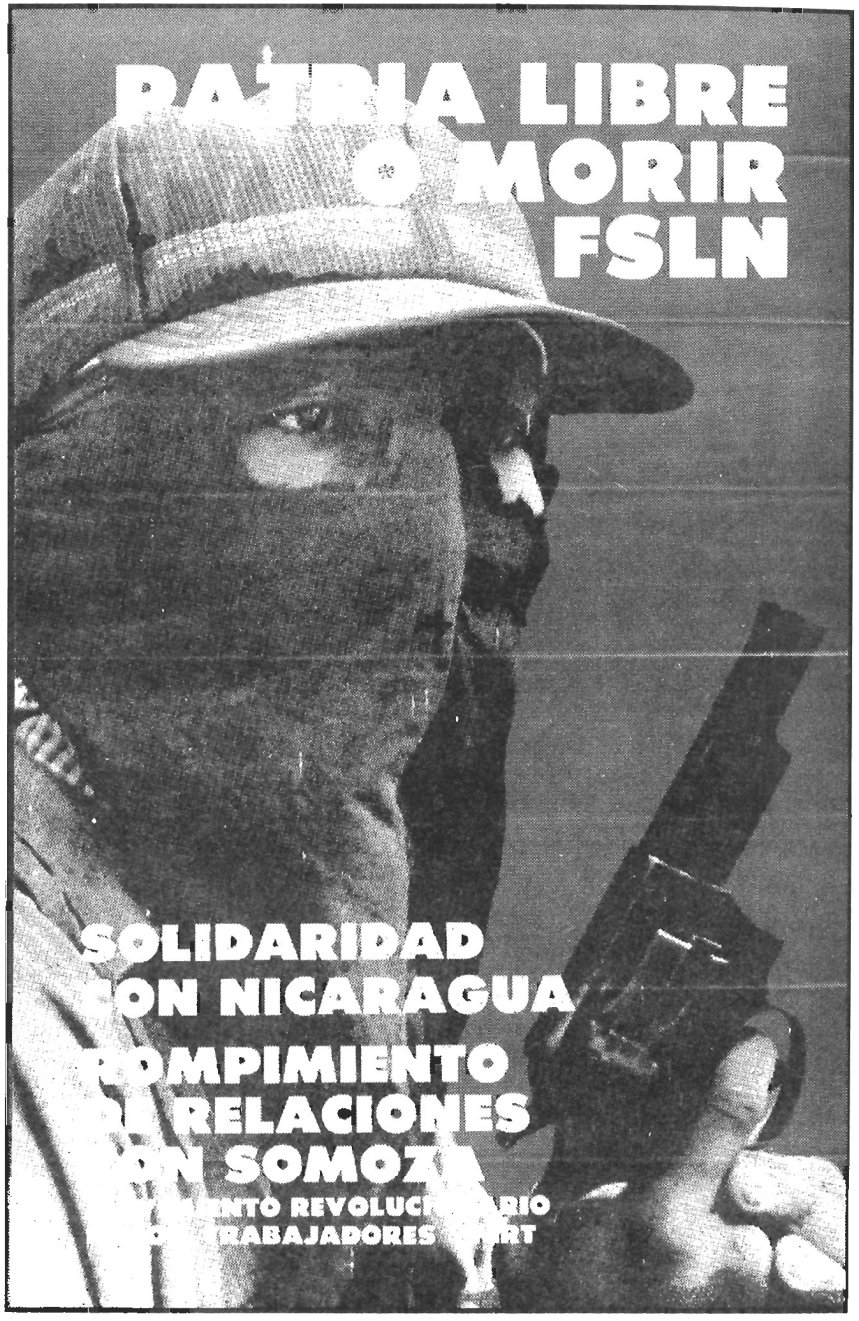
Der andere Partner in diesem Rechtsblock - die mit Somozas Familie konkurrierenden Kapitalgruppen Nicaraguas - ist über seine Finanzzentren Banco de America und Banco Nicaraguense direkt vom US-Finanzkapital (Wells Fargo und Chase Manhattan Bank) abhängig und würde damit eine pro-imperialistische Wirtschaftspolitik garantieren. Die Bemühungen um einen solchen Pakt stützt die US-Regierung außenpolitisch, indem sie auf die die Frente Sandinista direkt oder indirekt unterstützenden Regierungen der Region wirtschaftlichen und diplomatischen Druck ausübt. In Venezuela kam ihr bereits der Regierungswechsel zuhilfe, da die christlich-soziale COPEI des neuen Präsidenten Luis Herrera über die christlich-demokratische Internationale mit der reaktionären Christlich-Sozialen Partei (PSC) in Nicaragua verbündet ist, die strikt anti-sandinistisch ausgerichtet ist und damit selbst innerhalb des Rechtsblocks FAO zum rechten Flügel gehört.

Costa Rica, Nicaraguas südlicher Nachbar, hat zwar seit Mai letzten Jahres ebenfalls eine konservative Koalitionsregierung, doch hatten die traditionelle Anti-Somoza-Einstellung fast aller Costaricaner und die Sympathien, die der FSLN in bestimmten Teilen des Staatsapparates genießt, bislang zu einer Politik geführt, die die Aktivitäten des FSLN auf costaricanischem Staatsgebiet zumindest duldete und in gewissem Umfang auch direkt unterstützte. Ganz offensichtlich auf nordamerikanischen Druck hin hat nun die Regierung Costa Ricas seit Anfang März eine regelrechte Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen: In einer "Säuberungsaktion", genannt "Jaque Mate Rey" (= Schachmatt!), durchkämmten 700 Angehörige von Costa Ricas "Zivilgarde" (einer halbmilitärischen Polizeitruppe) wochenlang die nördliche Grenzregion mit Nicaragua, von der aus die Südfront des FSLN operiert. Zwar wurden nur relativ wenige Sandinisten festgenommen (und entweder nach Panama abgeschoben oder in San José wieder freigelassen), doch konnten die Strukturen des FSLN offenbar so stark behindert werden, daß Somoza es sich Ende März erlauben konnte, größere Truppenkontingente von der costaricanischen Grenze in den Norden Nicaraguas abzuziehen.

Die Hauptgefahr eines durch die USA unterstützten Putsches von Nationalgarde und rechter Opposition läge in seiner demagogischen Wirkung: Eine Verminderung der Repression, das Versprechen freier Wahlen und eine gewisse, wenn auch begrenzte politische Stabilität könnten bei Teilen des Volkes die Illusion einer annehmbaren Lösung hervorrufen - zumindest einer, die die ärgsten Symptome der Krise und das Symbol der Diktatur, Somoza selbst beseitigt.

Und diese Illusion könnte gerade die Demobilisierung des Volkes erreichen, die notwendig ist, um einen "Somozismus ohne Somoza" durchzusetzen.

Um dieser Gefahr zu begegnen, bemühen sich der "Frente Patrico Nacional" und der Volksblock "Movimento Pueblo Unido" (MPU), politisches Gegenstück der militärischen Organisation des FSLN, darum, durch Aufklärungsarbeit einem Militärputsch seine ideologische Wirkung zu nehmen. Zum anderen werden auf allen Ebenen die Vorbereitungen für eine neue Volkserhebung beschleunigt.



Die Wiedervereinigung der FSLN

Am 22. März dieses Jahres haben die drei Tendenzen der FSLN ein Kommunique herausgegeben, in dem sie die 'unzerbrechliche Einheit' der Sandinistischen Befreiungsfront und die Bildung einer gemeinsamen nationalen Führung öffentlich bekanntmachen,

Diese (Wieder)Vereinigung bedeutet aber nicht, daß es keine Differenzen mehr in den jeweiligen Einschätzungen und Charakterisierungen des Kampfes gibt oder daß sie den Versuch unternommen haben, summarisch alles unter einen Hut zu bekommen. Die Diskussion wird weitergeführt, aber sie wird Bestandteil des demokratischen Lebens einer revolutionären Organisation sein und nicht der Aktionseinheit der Sandinisten im Wege stehen.
Wir können auch feststellen, daß die Auseinandersetzung innerhalb der sandinistischen Bewegung nie Ausmaße erreicht hat, wie wir sie nur alzu gut aus anderen lateinamerikanischen Ländern kennen. Dies erklärt sich u.E. hauptsächlich aus zwei Tatsachen:
- Das nicaraguanische Volk und die Basis der FSLN haben sich nie richtig auf die Spaltung eingelassen. Sie haben - im Gegenteil - ständig Druck auf die Führung ausgeübt, die Diskrepanzen soweit zu klären, daß sie innerhalb einer Organisation diskutiert werden können.
- Die Logik des Kampfes hat dazu geführt, daß die Praxis aller drei Tendenzen sich ausgeweitet und damit zunehmend homogenisiert hat: so wurden z.B. von der GPP (Langandauernder Volkskrieg vgl. LN 64) Arbeiterkommandos und von der Proletarischen Tendenz Land-Guerilla-Einheiten gebildet. Die Insurreccionales (auch Terceristas genannt) lernten den Stellenwert politischer Arbeit schätzen.

Bis jetzt wissen wir nur, daß die neue gemeinsame Führung sich geeinigt hat:
- auf das Programm der MPU
- auf die militärische Praxis des Guerilla-Kampfes
- auf den Volksaufstand als Weg zum Sturz der Diktatur
- auf die Vereinheitlichung der bestehenden Infrastrukturen.

Zweifelsohne bedeutet die 'Unidad Sandinista' auch für die Solidaritätsbewegung eine Erleichterung ihrer Arbeit.
Im folgenden die leicht gekürzte Fassung eines Kommuniques der gemeinsamen nationalen Führung der FSLN:

Comunicado

An: Die Arbeiter in Stadt und Land, Studenten, Intellektuelle, patriotische Frauen, Künstler, öffentliche und private Angestellte, Priester, Mönche, christliche Gemeinden, demokratische Händler und Industrielle, ehrliche Soldaten, die der Nationalgarde angehören.
An alle Völker der Welt.

Brüder Nikaraguas: Mit revolutionärer Freude verkündigen wir der Welt die unzerbrechliche Einheit der FRENTE SANDINISTA DE LIBERACION NACIONAL (FSLN).

Die FSLN ist der historisch-notwendige Ausdruck des langen und schwierigen Kampfes, der vom Volk Nikaraguas gegen die fremde Unterdrückung und die innere Tyrannei geführt wird.

Die neue Führung der Sandinistischen Befreiungsfront. Von links nach rechts: Jaime Wheelock, Daniel Ortega, Tomás Borges, Henry Ruiz, Victor manuel Tirado Lopez und Humberto Ortega.

Die FSLN ist Resultat des Kampfes gegen den spanischen Kolonialismus, des Krieges von 1856 gegen die nordamerikanischen Söldner, des mutigen Aufstands von Benjamin Zeledón im Jahre 1912, des historischen Moments, in dem sich Augusto Cesar Sandino im Jahre 1927 mutig der bewaffneten Intervention der nordamerikanischen Regierung entgegenstellte.

Die Tyrannei von Somoza, die mit Hilfe der nordamerikanischen Marine ins Leben gerufen wurde, hat mit noch nicht dagewesener Grausamkeit beinahe 50 Jahre lang das Volk von Nikaragua unterdrückt und ausgebeutet. Dieses Volk und die FSLN haben in einem schwierigen und blutigen Prozeß für Freiheit und nationale Unabhängigkeit gekämpft. Heute hat der Prozeß des revolutionären Kampfes eine qualitativ höhere Etappe erreicht.

Mit Unterstützung der reaktionärsten Kreise der Regierung der Vereinigten Staaten führen Somoza und die antinationalen, verräterischen Kreise unseres Volkes ihre aggressive und brutale Unterdrückung durch. Sie beabsichtigen, die FSLN militärisch niederzuschlagen und durch einen Staatsstreich - der mit der Zustimmung Somozas und den reaktionärsten Kreisen des Landes organisiert wird - eine Lösung der gegenwärtigen Krise auf dem Rücken des Volkes durchzusetzen.

Als das Volk noch unter großen OPfern kämpfte, als unser Gründer Carlos Fonseca Amador sowie Carlos Aguero, Pedro Arauz, Roberto Huembes, Camilo Ortega,und Gaspar Garcia Laviana im Kampfe fielen, konnte Somoza noch lachen ... Jedoch rechneten die antinationalen Sektoren und Somoza nicht mit der revolutionären Ausdauer der Sandinisten. Seit dem Septemberaufstand wurden die internen Differenzen, die ein Hindernis für den endgültigen Sieg darstellten, Schritt für Schritt überwunden.

Als Antwort auf die neuen Machenschaften Somozas, als Antwort auf die Unentschlossenheit einiger niederträchtiger und verräterischer oppositioneller Sektoren, die daran interessiert sind, die Spielregeln des Unterdrückungssystems aufrechtzuerhalten, gelingt der FSLN heute mit der Integration in einen einzigen Organismus und unter einer Führung und Strategie ein historischer Schritt von entscheidender Bedeutung.

Die Einheit der Sandinisten ist ein Schlag gegen die Tyrannei Somozas und zugleich der erste Schritt zum aufrechten Gang eines Volkes, das sich das Recht erkämpft hat, seine ZUkunft selbst zu gestalten.

¡ GOLPE DE ESTADO,NO. INSURRECCION SANDINISTA,SI !

¡ LA REVOLUCION POPULAR SANDINISTA TRIUNFARA !

¡ PATRIA LIBRE O MORIR !

Direccion Nacional conjunta del FSLN:

TOMAS BORGE	DANIEL ORTEGA	HENRY RUIZ
HUMBERTO ORTEGA	JAIME WHEELOK	LUIS CARRION
VICTOR M. TIRADO LOPEZ	CARLOS NUÑEZ	BAYARDO ARCE

Algún lugar de Nicaragua,22 de Marzo de 1979.

Spendenaufruf

Für eine fahrbare Ambulanz

Seit einigen Wochen ist von Berlin aus eine Sammlung für eine fahrbare Ambulanz für die medizinische Versorgung der Sandinisten initiiert worden. Die Idee für diese Ambulanz wurde auf einer Versammlung der Ärzte der Befreiungsbewegung im Februar in Nicaragua selbst entwickelt.
Da das"medizinische Personal" der Sandinisten ausgesprochen gering ist, wird es notwendig, die medizinische Versorgung so zu organisieren,daß ein mobiles Team zur Verfügung steht, das dann an den jeweiligen Orten schnell eingesetzt werden kann.
Außerdem hat der Wagen die Funktion, die einzelnen Lager zu betreuen und die medizinische Versorgung zu systematisieren. Regelmäßige Untersuchungen zu machen und die Kämpfer mit den notwendigen Medikamenten zu versorgen.
Wenn es befreite Gebiete gibt- zum jetzigen Zeitpunkt ist das leider noch nicht der Fall- wird die Ambulanz auch für die medizinische Versorgung der Bevölkerung eingesetzt werden können.
Natürlich sind drei Wagen besser als einer!
Ob das möglich wird, hängt davon ab, inwieweit wir bereit sind, den Kampf in Nicaragua als Stück auch unseres Kampfes hier zu begreifen, bzw inwieweit wir noch in der Lage sind, das zu begreifen!
Wir sind heute an einem Punkt unserer politischen Geschichte angekommen, an dem wir uns vermehrt auf uns selbst zurückziehen und nur das vertreten, was uns selbst zu nützen scheint. Der richtige Grundsatz -an unseren eigenen Interessen anzusetzen - hat jedoch begonnen zur Persiflage zu werden. Die Nabelschau geht selten über unseren eigenen Bereich hinaus.
Eine Ausnahme macht da die Anti- AKW- Bewegung, die heute für viele das ist, was früher die Vietnam- Bewegung war.
Nun sind allerdings die Probleme mit der "Internationalen Solidarität" nach dem Angriff von Vietnam auf Kambodcha und von der VR - China auf Vietnam komplizierter geworden. Bei vielen sind Hoffnungen zerstört und Resignation macht sich breit. Dann aber waren diese Hoffnungen idealistisch. Ein Sieg ist ein Sieg im konkreten Kampf, was ja nicht bedeutet , daß der Kampf ansich damit beendet ist, und die sich darin befindenden Widersprüche nicht mehr existieren. Sie setzen sich auf der "höheren Qualitätsebene " fort.
Wenn wir das begreifen und Praxis werden lassen, unterstützen wir ja nicht nur das Volk von Nicaragua. Wir begeben uns auch wieder auf einen Weg, der von unserer eigenen Nabelschau wegführen kann.
Gebraucht werden 15o.ooo DM!!! Das heißt, von jedem von uns ist ein entsprechender Beitrag nötig. Warum soll der nicht auch mal sich auf dem Konto bemerkbar machen, wie der Urlaub sich auch bemerkbar macht!?
Die Ambulanzen werden dringend und sofort gebraucht! Das weiß jeder, der in den letzten Tagen die Zeitung gelesen hat!

Spendenkonto Deutsche Bank Berlin Nr 632 47 13 Bernd Schneider "Fahrbare Ambulanz für Nicaragua"

Am 16. Mai findet in Berlin eine Veranstaltung über die hier angesprochenen Probleme und Nicaragua statt, auf der ein Film von den Septemberkämpfen gezeigt wird. Veranstalter sind das Nicaragua-Solidaritätskommitee und der Gesundheitsladen. Ort: TU-AUDIMAX Achtet auf Flugblätter und Aushänge!

GUATEMALA

Zwei, drei, viele Mörderbanden

"In aller Stille haben Guatemalas Rechtsextreme in den letzten Jahren mehr politische Gegner umgebracht als ihre Gesinnungsbrüder in Chile, Argentinien und Uruguay zusammengenommen." schrieb die FR am 30.3. "Mehr Leute sterben hier als in Nicaragua, aber niemand weiß, daß hier ein Krieg gegen die Bevölkerung geführt wird." sagte Anfang März der Vorsitzende der kleinen Zentrumspartei FUR, Manuel Colom Argueta - kurz bevor er selbst ermordet wurde.

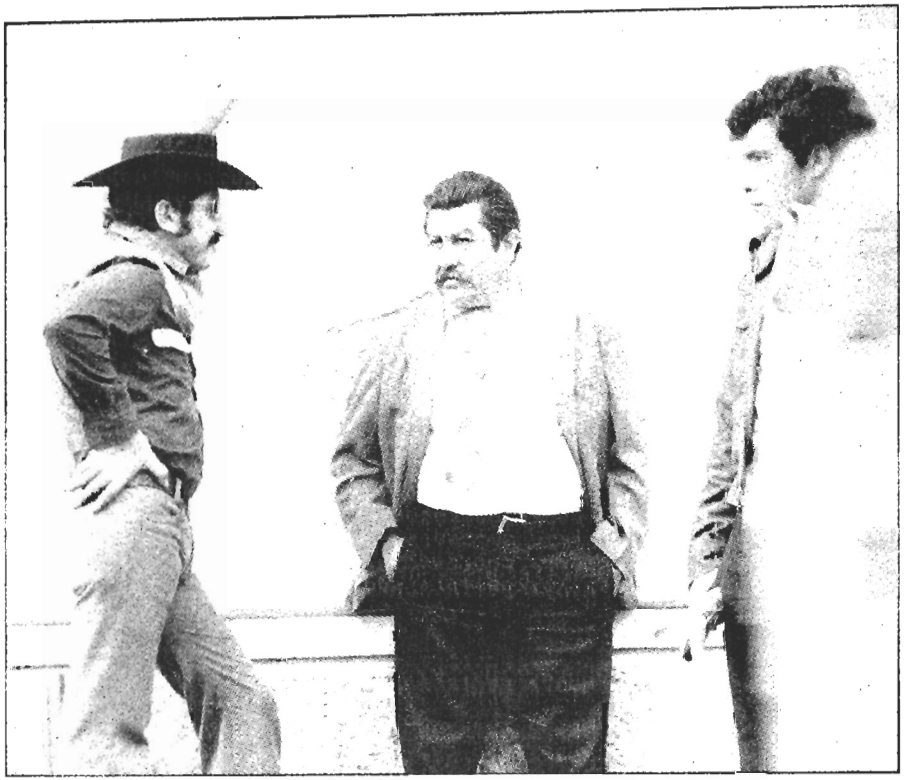
Die Gewalt ist ein ständiges Kennzeichen der guatemaltekischen Politik, seitdem im Jahr 1954 der US-Geheimdienst CIA einen Putsch gegen die reformistische Regierung Arbenz inszenierte und dadurch die reaktionärsten und korruptesten Kräfte der guatemaltekischen Gesellschaft an die Macht brachte. Dagegen regte sich in den 60er Jahren eine der stärksten Guerrillas in Lateinamerika - sie wurde blutig ausgerottet durch Repressionstruppen unter dem Oberst und späteren Präsidenten Carlos Arana Osorio, die ganze Landesteile entvölkerten, um der Guerrilla die Basis zu entziehen. Mindestens 8000 campesinos wurden 1968-70 in den Provinzen Izabal und Zacapa umgebracht.

Gleichzeitig bildeten sich damals Mordkommandos in den Städten unter Bezeichnungen wie "Mano Blanca" (Weiße Hand), NOA (Neue Antikommunistiche Organisation), CADEG (Antikommunistisches Kommando von Guatemala), "ojo por ojo" (Aug um Auge) usw. Gewerkschafter, Studenten, Politiker jagten. Diese Gruppen, die heute unter Namen wie ESA (Geheimes Antikommunistisches Heer), CERO, FADA, Todesschwadron und "Comando 6" weiterbestehen, sind aufs engste mit den Streitkräften und der Polizei, gleichzeitig aber auch mit bestimmten Kapitalgruppen und deren politischen Führern verflochten. Wer heute in Guatemala Präsident oder Minister wird, bestimmen diese - oftmals untereinander rivalisierenden - Mord-Mafias. Der Chef eines dieser Banden, Carlos Arana, war von 1970-74 Präsident, der Chef einer anderen, Mario Sandoval Alarcón, Vizepräsident von 1974-78.
Der heutige Präsident General Romeo Lucas García - 1978 "gewählt"mit 9 % der Stimmen der Wahlberechtigten als Kandidat einer Mitte-Rechts-Koalition von kleineren Parteien - hat wenig eigene Hausmacht unter den Killer-Banden. Das führt dazu, daß heute die verschiedenen Mafias versuchen, die schwache Regierung für sich nutzbar zu machen - indem sie einen wahren Wettstreit an Morden entfesselt haben.

Man schätzt, daß im zweiten Halbjahr 78 (den ersten sechs Monaten der Amtszeit von Lucas) täglich im Durchschnitt neun Leichen gefunden wurden - viele mit Folterspuren und dem typischen "Gnadenschuß" über dem rechten Ohr. Für die ersten Monate dieses Jahres gibt der "Latin America Political Report" (13.4.) die Schätzung von 15 pro Tag an. Darunter befinden sich auch Mordopfer ohne politische Bedeutung - ein kleiner Dieb, ein Landarbeiter, der mal ein Wort riskierte; aber insgesamt sind die Morde genau gezielt und treffen "in jedem Bereich und jeder Bewegung diejenigen Leute, die die Fähigkeit haben, die Bevölkerung für eine Sache zu organisieren " (Colom Argueta in seinem letz-

ten Interview). Manchmal trifft es unterste Gewerkschafts-Beauftragte oder selbst Unorganisierte, die außerhalb ihres Betriebes nie in Erscheinung getreten sind, innerhalb des Kollegen-Kreises aber Prestige haben - ein Beweis dafür, daß die Mordkommandos auch auf direkten Wink von Einzelunternehmen in Aktion treten.

Zu den Bekanntesten unter den ca. 2000 Opfern des vergangenen Jahres zählen: Die Gewerkschafter Mario Rolando Mujía Córdoba und Pedro Quevedo y Quevedo; die Studentenführer Oliverio Castañeda (LN 65) und Antonio Ciani; der Priester Hermógenes López Coarchita; der Arbeitsanwalt Jorge Alfonso Lobo Dubón; und der Berater des Rektors der Universität Manuel Andrade Roca. Das schlimmste einzelne Ereignis war das Massaker an mindestens 100 indianischen Bauern, darunter 25 Frauen und Kinder, die am 29.5.78 in dem Provinzstädtchen Panzos friedlich demonstriert hatten gegen ihre Vertreibung durch Großgrundbesitzer (vgl. LN Nr. 61).
Dieses Jahr wird es doppelt soviele Mordopfer geben, wenn der Terror so weitergeht, wie er in den ersten Monaten dieses Jahres begonnen hat - nicht zuletzt auch als Antwort auf eine zunehmend breite Organisierung und Mobilisierung der Bevölkerung seit Oktober letzten Jahres als Antwort auf Preissteigerungen, insbesondere die Verdoppelung der Buspreise.



Dieses Foto wurde im September1978 vor dem Gefängnis in Guatemala Ciudad von einem Redaktionsmitglied geschossen.

Offenbar um jeder möglichen politischen Artikulierung dieses Protests vorzubeugen, wurden nun die beiden bekanntesten sozialdemokratischen Politiker des Landes ermordet - am 25.1.79 der frühere Aussenminister Alberto Fuentes Mohr, am 22.3.78 der frühere Bürgermeister der Hauptstadt Manuel Colom Argueta. Beide waren Chefs von relativ kleinen Mitte-Links-Parteien (die "Sozialdemokratische Partei" von Fuentes Mohr ist Mitglied der 2.Internationale), und beide wurden zu dem Zeitpunkt ermordet, als ihre Parteien die juristische Zulassung erhielten - Fuentes Mohr am Vortag, Colom Argueta wenige Tage danach. Entweder war dies die Reaktion der Ultra-Rechten gegen die Zulassung - oder es war der Preis der Zulassung ins System: Auch die "Revolutionäre Partei" - die große sozialdemokratische Partei der Vergangenheit - ist durch systematische Eliminierung ihrer konsequenteren Führer heute zu einer rechten Mörderbande unter mehreren geworden.

Der Anschlag auf Colom Argueta war spektakulär: Mehrere Autos keilten den Mercedes von Colom ein. Die ersten Salven trafen seine beiden Leibwächter im nachfolgenden Begleitfahrzeug. Colom sprang aus dem Wagen und versuchte, sich zu Fuß zu retten - er kam nicht weit. Er rettete dadurch jedoch seinen Mitfahrern im Mercedes das Leben. Augenzeugen berichten, daß mindestens 20 Personen an dem Anschlag beteiligt waren.

Colom Argueta wußte, was ihn erwartete: Drei Tage vor seinem Tod hatte ihm heimlich ein befreundeter Offizier mitgeteilt, daß nochmal drei Tage zuvor, am 16.3., auf einer Zusammenkunft von hohen Offizieren und Unternehmern sein Tod beschlossen worden sei. Das gab der Bruder des Getöten, Gustavo Colom Argueta, in einer Presseerklärung bekannt, in der er die Kondolenz von Präsident Lucas und Vizepräsident Villagrán Kramer (selbst früher ein Liberaler) als Heuchelei zurückwies.

Das nächste bekanntere Opfer war Ende März der Gewerkschafter Manuel López Balán, Mitglied der Gewerkschaft der Coca-Cola-Filiale von Guatemala, die sich während der letzten drei Jahre zur anerkannt bestorganisierten Gewerkschaft entwickelt hatte und nun schon ihren zweiten Führer durch Mord verliert. López Balán wurde bei einer seiner täglichen Rundfahrten ermordet, bei denen er Getränke auslieferte. Bei ihm wurde nicht soviel Aufwand getrieben wie bei Colom Argueta: Er wurde von zwei Männern erstochen. Selbst in der Art ihrer Morde machen die guatemaltekischen herrschenden Cliquen einen Klassenunterschied.

Colom Arguetas: Letztes Interview

Kurz vor seiner Ermordung Ende März gab Manuel Colom Argueta einem Korrespondenten von 'Latin America Political Report' ein Interview, das wir hier (mit unwesentlichen Kürzungen) veröffentlichen:

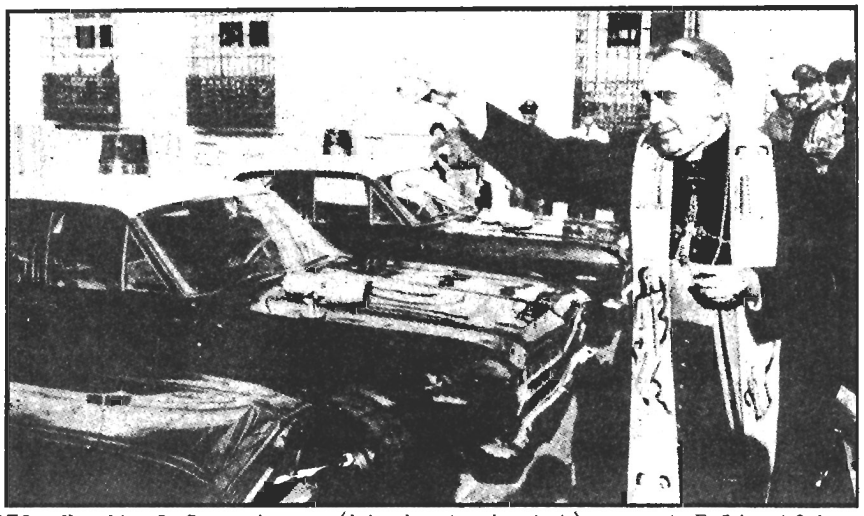
"Die Klasse, die die Macht hat und mit dem Militär teilt, ist in ihren Interessen nicht homogen. Sie kann unterteilt werden in eine Anzahl von einflußreichen Gruppen, von denen eine der stärksten der Import-Handel ist. Diese Gruppe, die starke Verbindungen zu General Ricardo Peralta Méndez (unterlegener Kandidat der Christdemokratischen Partei bei den Wahlen im März 1978, davor Leiter des Komitees für den Wiederaufbau nach dem Erdbeben vom Februar 1977, d.Übers.) hat, benutzt ihren Einfluß auf besonders aggressive Weise und trägt einen Gutteil zur Finanzierung der gegenwärtigen Repression bei. Dieser Sektor, der durch die Politik der jetzigen Regierung am meisten begünstigt wird, war Urheber der Ermordung von Alberto Fuentes Mohr.

Gleich stark ist der Agroexport-Sektor, zu dem der Organisator der 'Mano Blanca' ('Weiße Hand'= rechtsextreme Terrororganisation,d.Ü.) von 1966 Raúl García Granados und auch Jorge García Granados, der Führer der 'Revolutionären Partei' (rechts,d.Ü.) und der eigentliche Machthaber hinter dem Thron von Präsident Romeo Lucas García, gehören. Innerhalb dieses Sektors können wir unterscheiden zwischen den neuentstehenden Millionären des expandierenden Baumwoll-Geschäfts und der altmodischen konservativen Rechten der Kaffee-Plantagen-Besitzern.

Außerdem gibt es den traditionellen Industrie-Monopol-Sektor, von dem der sichtbare Kopf der Oberst Enrique Peralta Azurdia (Präsident der Militärregierung 1963-66, Kandidat des rechtsextremen 'Movimiento de Liberación Nacional',bei den Wahlen im März 1978 knapp geschlagen, d.Ü.) ist. Sie liegen jetzt im Konflikt mit der Regierung, wie der Fall Cementos Progreso zeigt. Das ist keine Frage von Konkurrenz zwischen Geschäftsleuten, sondern von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Mafias.

Seit den Regierungen von Arana und Laugerud (1970-74 bzw.74-78,d.Ü.) ist der Bank-Sektor zunehmend von ausländischem Kapital durchdrungen worden. Dennoch ist der guatemaltekische Finanzsektor extrem stark, verborgen hinter den scheinbaren Machthabern. Ihre Hegemonie erlaubt es ihnen, die Wirtschaftspolitik für die Regierung zu bestimmen, aber aufgrund ihrer internationalen Verbindungen sind ihre Interessen immer denen der Auslandsinvestoren untergeordnet.

Jede neue Regierung wird von den höchsten Militärs und der Oligarchie ausgesucht, die über einen Präsidentschaftskandidaten verhandeln. Es ist sehr bequem, einen beliebig verfügbaren Wegwerf-Präsidenten zu haben, der alle vier Jahre umgetauscht wird gegen einen neuen, genauso "demokratisch gewählten". Das vermeidet den Schönheitsfehler einer persönlichen Diktatur. Ein kennzeichnendes Merkmal der gegenwärtigen Regierung ist, daß sie nicht mehr die Macht hat, um in den inneroligarchischen Konflikten Schiedsrichter sei zu können. Korruption ist die Regel, und die Streitkräfte sind an größeren geschäftlichen Transaktionen beteiligt.



1972: Kardinal Casariegos (bis heute im Amt) segnet Polizeifahrzeuge, die aus Mitteln der US-"Entwicklungshilfe" AID angeschafft wurden.

Die gegenwärtige Strategie der Macht ist selektiv. Sie versucht, allen organisierten Widerstand des Volkes zu zerstören, der seit 1963 beständig gewachsen ist. Wenn Sie zurückschauen, dann sehen Sie, daß jeder einzelne Mord eine Schlüsselperson traf. Sie gehören nicht alle derselben ideologischen Richtung an, es sind einfach in jedem Bereich und jeder Bewegung diejenigen Leute, die die Fähigkeit haben, die Bevölkerung für eine Sache zu organisieren.

Ein Gutteil der Schuld für die gegenwärtige Gewalt kann man dem Innenminister Donaldo Alvarez Ruiz, Mitglied des PID (Partido Institucional Democrático, rechts, d.Ü.) zuschreiben. Natürlich ist auch der Polizeichef Oberst Chupina Barahona beteiligt, besonders sollte man aber die Macht und die Rolle von General David Cancinos Barrios (Generalstabschef und Chef des Geheimdienstes 'G 2',d.Ü.) beachten.

Es gibt noch einen Grund für die Repression: Der Bürgerkrieg in Nicaragua. Der Konflikt um die Bus-Preis-Erhöhungen im vergangenen September (vgl. LN 65) gab der Regierung die nötige Entschuldigung. Die Militärregierungen der Region beschlossen einen gemeinsamen Aktionsplan. Mehr Leute sterben hier als in Nicaragua, aber niemand weiß daß hier ein Krieg gegen die Bevölkerung geführt wird. Wir schätzen, daß es in den letzten drei Monaten 2000 Morde gegeben hat. Viele waren einfache Kriminelle, die der Polizei zum Opfer fielen, aber es gibt auch diejenigen, die aufgrund von inneroligarchischen Konflikten auf Bezahlung getötet werden, und die Opfer der Regierungsstrategie der selektiven Repression.

Es ist allerdings interessant festzuhalten, daß während die herrschende Klasse sich ihre inneren Kämpfe liefert, die Armee innerhalb ihrer eigenen Reihen nicht mordet. Das Institut für militärische Sozialfürsorge IPM ist das Mittel, mit dem die Streitkräfte die Loyalität innerhalb der Kasernen gewährleisten. Das Militär ist die wichtigste politische Partei in diesem Land.

Wir können beobachten, wie von Zeit zu Zeit beschlossen wird, die paramilitärischen Organisationen aufzuwerten oder abzuwerten - aber niemals aufzulösen. Es gibt Perioden von einem gewissen Respekt oder Toleranz der Menschenrechte. Zum Beispiel ist das Jahr vor Wahlen immer eine Zeit von Lächeln und Versprechungen für die Zukunft.

Mario Sandoval Alarcón (Führer des 'Movimiento de Liberación Nacional',d.Ü.) ist eine Gestalt direkt aus dem Mittelalter. Das Militär benutzt ihn viel, aber er versteht es auch, das Militär zu benutzen. Sein Streit mit dem PID geht darum, wie die Macht geteilt werden soll, nicht über ideologische Fragen. Er weiß, wie er die Streitkräfte erpressen kann. Er ist bereit, die Schuld für eine Menge der Verbrechen auf sich zu nehmen, die das Militär begeht, und dafür verlangt er seinen Anteil an der Macht. Er war sehr geschickt darin, Offiziere in Geschäfte mit ihm zu verwickeln. Er möchte die politische Auseinandersetzung polarisieren, um sich und seine 'Bewegung' unentbehrlich zu machen als 'Bastion gegen den Kommunismus'. (...)

Die Regierung versucht, sich eine demokratische Tünche zu geben - deshalb erkennen sie meine Partei (FUR) an. Es kann sein, daß sie zum Tausch meinen Kopf wollen."

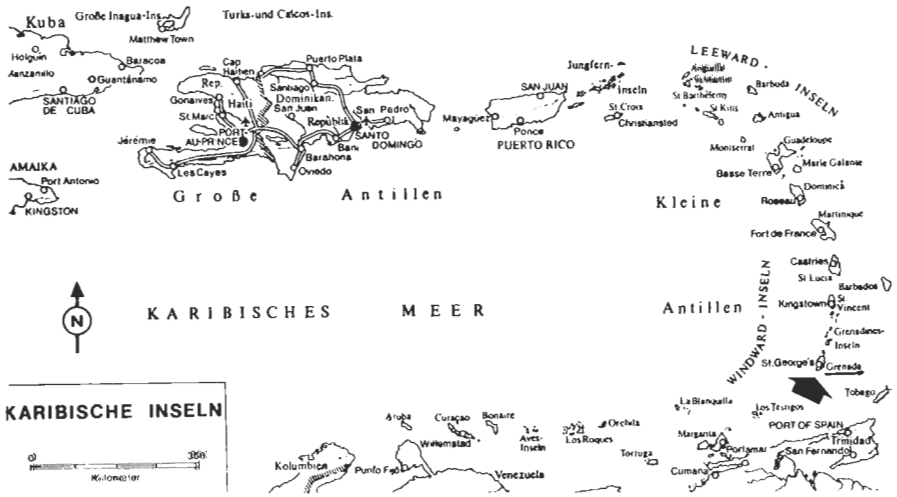
(aus: LAPR Nr.14,6.4.79)

GRENADA

Wandel in der Karibik?

Grenada, ein kleiner Inselstaat in der Karibik, ist in den letzten Wochen in die Presse geraten, als eine Gruppe linker Oppositioneller ein Terrorregime mit Waffengewalt stürzte. Grenada, der Welt zweitwichtigster Muskatnußexporteur und Tourismusidylle wurde bis zum 13.März 1979 von einem Regime beherrscht, dessen wichtiger Bündnispartner das Pinochetregime war.

Am 13.März 1979 stürzten Volksmilizen der Oppositionskoalition ("People's Alliance") den Regierungschef Grenadas, Eric Gairy, während dessen Aufenthalt in den USA. Sie besetzten Polizeistationen, Kasernen und Rundfunkanstalten und verhafteten Kabinett und Offiziere des alten Regimes. An der Spitze der neuen Revolutionsregierung steht Maurice Bishop. Er führt die stärkste Partei der bisherigen Oppositionskoalition, die linksgerichtete "New JEWEL Movement". JEWEL steht für "Joint Endeaver for Welfare, Education and Liberation" (gemeinsames Bemühen für Wohlstand, Erziehung und Befreiung). Damit ist ein wesentlicher Schritt zu einer progressiven Politik in Grenada unternommen. In wenigen Stunden endete die fünfjährige Regierungszeit Gairys, der die Politik Grenadas 25 Jahre entscheidend getragen hatte und jahrelang einer der beliebtesten Politiker der Insel gewesen war.



Werdegang eines Gewerkschafters

Seine politische Karriere begann Anfang der fünfziger Jahre auf den Ölfeldern der Antillen, wo er als Gewerkschafter die Interessen der Ölarbeiter vertrat. 1951 gründete er in Grenada die "Grenada Manual and Mental Workers Union" und ein Jahr darauf die "Grenada United Labor Party". Seine Feindschaft gegen die weiße "Plantokratie" - die europäischen Plantagenbesitzer - und gegen die indische Mittelklasse, seine phrasenhaft vorgetragenen sozialen Vorstellungen brachten ihm in Kreisen der herrschenden Plantagenoligarchie den Ruf eines radikalen Veränderers ein. Die Mehrheit der entrechteten schwarzen Bevölkerung betrachtete ihn als Sprachrohr ihrer Interessen und setzte große Hoffnungen in ihn, als Grenada 1974 von Großbritannien unabhängig wurde und Gairy, dessen Partei seit 1951 bei Wahlen stets die absolute Parlamentsmehrheit erzielte, das Amt des Regierungschefs erhielt.

Wirtschaftspolitik des Ausverkaufs

Doch die Folgen seiner Ausverkaufspolitik machten ihn in wenigen Jahren zum verhaßtesten Bürger der Insel. Die Insel, zweitgrößter Produzent von Muskatnüssen der Welt mit einer aufsteigenden Tourismusindustrie, erlebte bereits in den Monaten vor der Unabhängigkeit eine Welle sozialer Unruhen. Die Arbeitslosenquote war 1974 auf 4o% gestiegen, die Lebenshaltungskosten erhöhten sich beständig. Mit der Unterstützung Gairys ruinierten ausländische Unternehmen aus den Ländern des karibischen Gemeinsamen Marktes (Guayana, Trinidad und Tobago und Barbados) und transnationale Unternehmen, denen die Insel als Umschlagplatz für den lateinamerikanischen Markt interessant erschien, das einheimische Unternehmertum, das sich weitgehend aus den indischen Bevölkerungsteilen rekrutierte. Gegen den Ausverkauf der Insel und die weitverbreitete Korruption, beides bereits vor der Unabhängigkeit deutlich, formierte sich 1973 das "New JEWEL Movement", dessen Vorsitzender Maurice Bishop jetzt Premierminister ist.

Nicht alle wollen mitspielen

Das New JEWEL Movement (NJM) hatte sich zu Beginn der siebziger Jahre aus akademischen Mittelklasse-Jugendlichen gebildet, deren politisches Bewußtsein durch die amerikanische Black-Power-Bewegung, durch den Krieg in Vietnam und durch die Diskriminierung Farbiger durch Großbritannien geprägt wurde. Für sie gab es in dem neuen Inselstaat keine Arbeitsmöglichkeiten. Sie sahen lediglich, daß ein alternder, korrupter Gewerkschaftsfunktionär von den Engländern die Macht übernommen und nach einigen kosmetischen Änderungen der Rassenbeziehungen die alten wirtschaftlichen Bedingungen unangetastet gelassen hatte.

Im März 1972 gründeten ein Wirtschaftswissenschaftler und ein Angestellter die JEWEL-Bewegung. Sie gründeten eine kollektiv geführte Farm, eine Zeitung, eine Bücherei und förderten junge Musiker. Die Bewegung fand große Unterstützung unter Arbeitern und Intellektuellen. Ein Jahr später, im Frühjahr 1973, vereinigte sie sich mit einer am tansanischen Sozialismus-Modell orientierten Gruppe, zu der auch Maurice Bishop gehörte, zur "New JEWEL Movement". Das NJM vermied es in der Folgezeit, sich ideologisch festzulegen. Man sprach lieber von einem pragmatischen Nationalismus als von Sozialismus. Noch im gleichen Jahr kam es zu Streiks, die sich gegen Gairy und seine brutale Innenpolitik richteten. Die NJW war in den Streiks aktiv, obwohl sie von der Gewerkschaftsführung von der Streikleitung ausgeschlossen

wurde. Der Streik scheiterte, die Unterstützung Gairys in der Bevölkerung war noch immer groß. Der Staatschef büßte jedoch massiv an Ansehen ein, da er neben dem Militär Schlägertrupps zur Niederschlagung der Streiks anheuerte. Die nicht mehr zu übersehende Repression rief unter vielen der 11o ooo Bürger des Landes Empörung hervor und brachte der Opposition in der Folgezeit starken Zulauf. (Unter anderem verschwand Bishop's Vater unter nicht geklärten Umständen; er wurde vermutlich von der Geheimpolizei umgebracht.) Als 1976 allgemeine Wahlen in Grenada stattfanden, erhielt die Koalition aus NJM und einer bürgerlichen Partei trotz massiver Wahlbehinderung über 48 Prozent der Stimmen.

Gairy stützt sich auf Pinochet

Mit Unterstützung von Militär und Polizei, die Gairy auf 1ooo Mann ausgebaut hatte, verhinderte Gairy eine Machtbeteiligung der Opposition und regierte, "demokratisch" gewählt, als Alleinherrscher. Um seine Macht politisch abzusichern, schloß er 1976 einen militärischen Beistandspakt ausgerechnet mit Chile, empfing zwei als Krankenhausausrüstung getarnte Waffenlieferungen von dort und ließ Polizei und Militär durch chilenische Offiziere ausbilden. Er griff verstärkt zu "chilenischen Methoden" in der Innenpolitik. Zahlreiche Institutionen beklagten die zunehmende Fülle von gravierenden Menschenrechtsverletzungen, von Folter und willkürlichen Verhaftungen. Nicht zuletzt um diese Zustände zu ändern, wurde Gairy aus seinem Amt gejagt. In New York gab er der Presse nach dem Putsch bekannt, lediglich ein Radiosender sei von 7o bis 8o Kommunisten besetzt worden. Dennoch mußte er bald die Realitäten erkennen und ersuchte die USA und Großbritannien um bewaffnete Intervention zur Niederschlagung des Putschs. Obwohl er sehr gute Beziehungen zur Nixon-Kissinger-Administration unterhalten hatte, verschlechtertern seine drastischen Menschenrechtsverletzungen die Beziehungen zur neuen US-Regierung wesentlich. Bei der britischen Labour Party erregte sein Chile-Pakt Verärgerung.

Die Lage nach dem Umsturz

Eine Woche nach dem Putsch erkannten das fortschrittliche Jamaika, Guayana und Barbados die neue Regierung an. Die konservativen karibischen Nachbarstaaten Trinidad und Tobago sowie die Dominikanische Republik reagierten feindselig, weil sie einen Aufschwung ihrer nationalen linken Opposition durch das Beispiel Grenadas befürchteten. Dieses gespannte Verhältnis wurde in zwei Treffen deutlich, die die Staaten der östlichen Karibik zu Grenadas Machtwechsel abhielten. Sie rangen sich zwar zu einem Aufruf gegen eine militärische Intervention auf Grenada durch, gaben der neuen Regierung aber keinerlei Unterstützung. Die Bedeutung, die sie dem Umsturz auf Grenada beimessen, zeigte sich in zwei Maßnahmen: Zum einen gründeten sie eine regionale Polizeitruppe "gegen bewaffnete Revolutionäre", zum anderen beschlossen sie, Grenada aus dem Rechtsverbund, welcher die englischsprachige Karibik verbindet, zu entlassen. Die Revolutionsregierung erhielt allerdings auch Zustimmung bei Linken und Intellektuellen der Region. Inzwischen wurde die "Revolutionäre Volksregierung" (so ihre Bezeichnung), bestehend aus 12 Mitgliedern der NJM und zwei Konservativen der Grenada National Party, von den USA, Großbritannien und Kanada anerkannt und erhielt das Angebot technischer Hilfe von Guayana und Barbados. Angesichts der feindseligen Reaktion einiger karibischer Staaten warnte der neue Premierminister Bishop ironisch andere karibische Regierungen davor, ihre Bevölkerung zu befreien, wenn sie die Revolution in ihren eigenen Ländern aufhalten wollten. Da die Revolutionsregierung Anzeichen

dafür zu haben glaubt, daß Ex-Premier Gairy eine Söldner-Invasion plant, werden die Revolutionsstreitkräfte vorerst nicht entlassen, bei einer Normalisierung der Lage ist eine Verringerung auf 2oo Mann vorgesehen.
Bishop appellierte inzwischen an Cuba und Venezuela und bat im Falle einer Invasion um militärische Unterstützung.

Grenada auf dem Wege zum Sozialismus?

Die neue Regierung wird im Commonwealth und in der OAS bleiben, will die Befreiungsbewegungen in Zimbabwe und Namibia unterstützen und jede Form von Rassismus, Faschismus und Imperialismus bekämpfen. Innenpolitisch soll die Demokratie wiederhergestellt und ein neues System "vollständiger Souveränität des Volkes" geschaffen werden.

Erste Maßnahmen der Regierung waren die Schaffung von Arbeiterräten auf den Landgütern, die Gründung eines Nationalen Studentenrates, die gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer, Gewerkschaften anzuerkennen, die Kürzung der Ministergehälter um ein Drittel und ein Preisstopp. Geplant sind Gesetze über die Rechte der Frau und über einen Mindestlohn. Die Regierung sieht zunächst keinen unmittelbaren Anlaß, ausländische Banken und Versicherungsunternehmen zu nationalisieren, will sie aber zwingen, Gelder für die Entwicklung Grenadas zur Verfügung zu stellen.

Zu Anfang setzte sich die neue Regierung zu großen Teilen aus Mitgliedern der Mittelklasse zusammen, nur vier von 14 Mitgliedern waren der Arbeiterklasse zuzuordnen. (Der proletarische Teil der Regierung erhielt inzwischen Verstärkung durch die Berufung von 9 neuen Ministern, alle Arbeiter aus ländlichen Gegenden.) Aufgrund der starken Vertretung der Mittelschicht in der Regierung und des gemäßigten Programmes ist das in- und ausländische Kapital bereit, sich mit der neuen Regierung zu arrangieren; in der nächsten Zeit wird man miteinander leben können.

Die neue Regierung hat eine breite Zustimmung bei der Bevölkerung; das zeigte sich auf einer Kundgebung, auf der regierungsfreundliche "Rastafaris" (einflußreiche, bei der Bevölkerung sehr beliebte afrikanische Traditionalisten mit religiösen Vorstellungen) Waffen erhielten. Die Bewaffnung könnte Symbolwirkung für die einflußreiche Rastafari-Bewegung des gesamten karibischen Raumes haben, diese Vorgänge stützen auf jeden Fall die neue Regierung erheblich.

Die Regierung unter Bishop stellt sich also zunächst gemäßigt dar, vermeidet es, offenkundige sozialistische Maßnahmen zu treffen. Daß ein Programm nationaler Selbständigkeit aber gerade die Wirtschaft betrifft, müßte die Regierung zur Ausarbeitung eines schlüssigen Programmes in diesem Bereich zwingen. Sonst hätte sich auf Grenada letztlich nichts Grundsätzliches geändert.

Quellen: Latin America Political Report; FR; SZ

★

KOLUMBIEN

Der Ausnahmezustand gehört zwar seit Menschengedenken zum Grundelement der Regierungspolitik Kolumbiens, die Politik des seit 8 Monaten amtierenden Präsidenten Julio Cesar Turbay Ayala hat jedoch durch ihre Härte und ihren Zynismus eine Welle der Empörung sogar in der "etablierten" Öffentlichkeit hervorgerufen. In Kirche, Gewerkschaften, Parteien, Stadtversammlungen und Presse mehren sich die Stimmen des Protests.

In diesem Land, wo seit September 1978 und noch verschärft seit Januar 1979 die Repression extrem zugenommen hat, behaupten Präsident Turbay und Verteidigungsminister Camacho Leyva weiterhin stur, es gäbe keine Folter,obwohl bereits im vergangenen Jahr eine Senatskommission feststellte, daß es in Kolumbien Folter sehr wohl gibt. Der Verteidigungsminister geht soweit, Protestbriefe und Telegramme aus aller Welt damit zu beantworten, daß er die Absender darauf hinweist, sie seien nicht hinreichend informiert. Die Regierung , der er angehört, ist jedoch ebenfalls nicht bereit, den Bericht über die Situation der politischen Gefangenen zu veröffentlichen, der vom Roten Kreuz der Regierung übergeben wurde.

WIR FORDERN DAHER, DASS ENDLICH EINE INTERNATIONALE KOMMISSION VON ÄRZTEN UND JURISTEN DIE WELTÖFFENTLICHKEIT ÜBER DIE SITUATION DER POLITISCHEN GEFANGENEN INFORMIEREN KANN !

Ende März fand in Bogota ein Nationales Forum für Menschenrechte statt, das von breiten Kreisen der kolumbianischen gewerkschaftlichen und parteipolitischen Öffentlichkeit getragen wurde und einen ersten Schritt zur organisierten Verteidigung der Grundrechte in diesem Lande bedeutet.

Die Formierung der Gegenöffentlichkeit

Proteststimmen haben sich in allen Winkeln des Landes und innerhalb aller politischen und zivilen Institutionen des Landes erhoben. Die Zahl der Bürger, die den Verlautbarungen offizieller Regierungsinstitutionen, in denen sie ihren Respekt für die Menschenrechte äußern, Glauben schenken, nimmt ab.

Die Kirchenhierarchie beklagt sich, daß es keine Einheit in bezug auf diese Frage innerhalb der Kirche gäbe. Während der Brigade-Kardinal Aníbal Muñoz Duque den Inhalt von Regierungsverlautbarungen wiederholt, wagt es ein immer wesentlicherer und einflußreicher Teil der Bischöfe den Wahrheitsgehalt der offiziellen Berichte in

Frage zu stellen. Das ist nur der äußere Ausdruck von tiefer liegenden Widersprüchen innerhalb der Kirche, innerhalb derer ein immer breiterer Sektor der priesterlichen Basis offen das in Kolumbien herrschende Regime verdammt. Dem Kampf zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten haben sich heute Organisationen von Priestern und Ordensleuten angeschlossen, deren Auffassungen von breiten Sektoren des Klerus geteilt werden.

Die traditionellen Parteien, die mit Hilfe eines zwei-Parteien-Paktes die jetzige Regierung stellen, haben auch mit inneren Widersprüchen in bezug auf dieses Problem zu tun. Wesentliche Teile der konservativen und liberalen Partei haben sich auf nationaler oder regionaler Ebene dem Aufruf zum nationalen Forum für die Menschenrechte angeschlossen. Der Kopf des konservativen Sektors besteht unter anderem aus dem früheren Außenminister Alfredo Vásquez Carrizosa, J. Emilio Valderrama- einem antioquenischen Parlamentarier-,Roberto Gerlein Echeverria -einem Parlamentarier aus der nördlichen Küstenzone des Landes -. Sie alle verlangen die Respektierung der Menschenrechte. Dem nationalen Forum schlossen sich von der liberalen Partei unter anderen an der Ex-Finanzminister Hernando Agudelo Villa, Roberto Arenas Bonilla- ein Parlamentarier aus Cundinamarca-,Luis Carlos Galán- ein Parlamentarier aus Santander.

Zwanzig Stadtversammlungen und eine Departmentsversammlung(von dem Department Tolima) haben sich protestierend an den Präsidenten gewandt. Dreizehn von den zwanzig Stadträten Bogotas haben ein Dokument unterschrieben, in dem das Foltern verurteilt werden.

Auch die Presse hat sich derartigen Auseinandersetzungen nicht entziehen können. "El Tiempo"(eine der beiden großen bürgerlichen Zeitungen) verteidigt die Regierung Turbay, während sich jedoch einige Kolumnisten und Journalisten,die dafür schreiben, dem Protest anderer Blätter anschließen."El Espectador"(die zweite große bürgerliche Zeitung),"El Bogotano" und die Zeitschrift "Alternativa" verurteilen die repressive Abhandlung öffentlicher Probleme. Auch Organisationen von Journalisten äußerten Protest und sie denunzierten die politische Verfolgung, die in Kolumbien herrscht.

Auch Militärs im Ruhestand haben geäußert, daß sie nicht damit einverstanden sind, daß Probleme, die ihren Ursprung in der Verelendung der Bevölkerung haben, durch eine repressive Politik bekämpft werden.

Zweifellos sind die Verlautbarungen einiger Sektoren vorwiegend auf eine opportunistische Opposition gegen Turbay zurückzuführen, in der jetzigen Konjunktur führen sie jedoch zu einer Aufhebung der Isolierung linker Gruppen und Parteien, die bis vor kurzem noch in bezug auf die Opposition gegen die herrschende Regierung bestanden hatte.

Man muß sich fragen, wie lange die Regierung die sich ständig ausweitende öffentliche Kritik der noch nicht zensierten Presse an ihren sich verschärfenden Repressionsmaßnahmen ignorieren kann. Zensiert die Regierung die Presse etwa noch nicht, weil dieses Medium nur einen relativ kleinen Leserkreis erreicht? Was passiert, wenn die sich formierende Gegenöffentlichkeit auf weitere Bevölkerungskreise übergreift?

*

Das Forum für Menschenrechte

Am 30. und 31. März dieses Jahres fand im Gebäude des kolumbianischen Parlaments bei Anwesenheit von 1500 Delegierten das Forum für Menschenrechte in Kolumbien statt. Die Veranstaltung wurde von vielen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen unterstützt: den vier großen Gewerkschaftszentralen, von verschiedenen Journalistenverbänden, unabhängigen Gewerkschaften, Parlamentariern und Repräsententen der liberalen, konservativen, kommunistischen Partei, von Firmes, der (trotzkistischen) Sozialistischen Arbeiterpartei und der Revolutionären Sozialistischen Partei, von berufständischen Organisationen und von Organisationen der Indianischen Bevölkerungsgruppen. Außerdem werden der Delegierte des Weltfriedensrats, Stanley Faulkner, und der Delegierte der Internationalen Juristenkommission, Alberto Donadio erwähnt.

Unter den sieben Schwerpunktthemenbereichen des Forums, wie unter anderem "Menschenrechte und internationales Recht", "Verlängerter Ausnahmezustand und das Sicherheitsstatut gegenüber der Verfassung", "Militärgerichtsbarkeit im Sicherheitsstatut" und "Reform des Straf- und Prozeßrechts" findet sich auch ein Arbeitsbereich, der sich mit den 'sozialen Aspekten der Menschenrechte' in Kolumbien befasste. Hier kam man zu folgender politischer Schlußerklärung:

"Die in diesem Forum analysierte soziale Wirklichkeit Kolumbiens zeigt unzweifelhaft auf, daß die sozialen Rechte in Bezug auf die 1948 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossene Welt-Menschenrechtserklärung in Kolumbien für einen großen Teil seiner Bevölkerung nicht existieren."

Aus den im Forum vorgelegten Dokumenten und Vorträgen geht hervor, daß einer von zehn Kolumbianern, der arbeitsfähig ist, nicht arbeiten kann, weil Arbeitplätze fehlen. 1 500 000 Kolumbianer waren gezwungen aus dem Land zu emigrieren auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Mindestens 15% der Bevölkerung, die 'ökonomisch aktiv' ist, ist unterbeschäftigt, d.h. sie muß sich mit Gelegenheitsjobs über die Runden bringen.
Die medizinische Versorgung ist für 90% der Bevölkerung gleich Null. Augenblicklich praktizieren 12 000 Ärzte in Kolumbien, das bedeutet, ein (1) Arzt ist für 2 000 Einwohner zuständig. Die Situation verschlimmert sich noch, wenn man bedenkt, daß 90% der Ärzte private Praxen betreiben, die nur den 10% der Bevölkerung zur Verfügung stehen, die diese Behandlung auch bezahlen können. Auch wurde die zunehmende Konzentration des Reichtums bei den großen Unternehmen und Finanzkonsortien angeprangert. Im Schlußdokument heißt es unter anderem, daß vor 15 Jahren das gesetzlich festgelegte städtische Minimalgehalt noch 60% des familiären Warenkorbs abdecken konnte, während es heute weniger als 45% abdeckt.
Auch die hohe Kindersterblichkeit wurde hervorgehoben: 1978 starben 125 000 Kinder an Avitaminose.

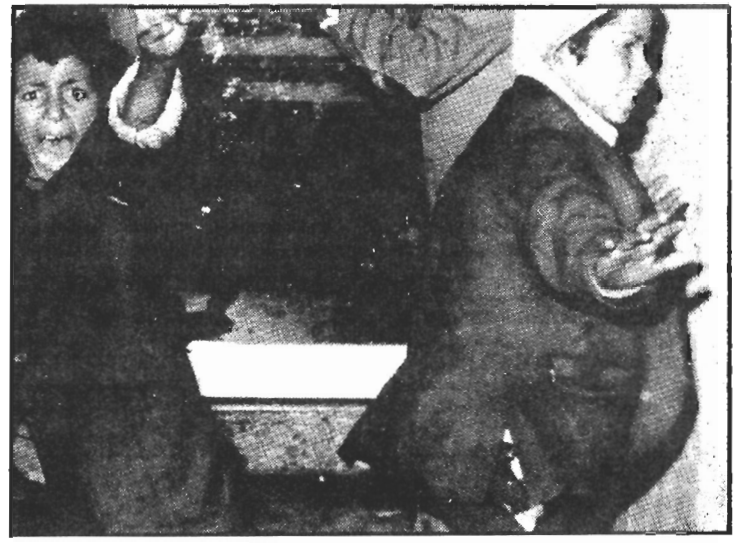
Zum internationalen Jahr des Kindes

In fast allen Departements wurden in propagandistischer Form von Regierungsvertretern und konservativen Kinder"hilfs"werken Proklamationen für das kolumbianische Kind veranstaltet, dekoriert mit Kindern, die zu Malwettbewerben aufgerufen wurden, wobei der Inhalt ausdrücklich unpolitisch gehalten sein sollte. Ein verbreitetes Thema war "Wie ich mir das Jahr 2000 vorstelle".

Ganz in diesem Sinne führte Präsident Turbay, aktiv assistiert durch seine Frau, Doña Lydia, am 20.3. anlässlich der Einweihung des Centro Basico Juvenil de Servita in Bogotá aus: "Der edelste Teil der Gesellschaft, mit dem es sich am besten arbeiten lässt, um ein wohlhabendes Kolumbien zu errichten, ist die Jugend, sind die Kinder, ungeachtet ihrer Lage, aber vorallem jene, die kein Vermögen haben und also der Staat das Fehlen der Eltern ersetzen muß, daß zu ihnen die Wohltat der Erziehung in angemessener Weise gelangt.... Meine Regierung ist

durch ein großes soziales Empfinden gekennzeichnet.... Es gibt nichts Gefährlicheres, als übertriebene Erwartungen zu erzeugen, als Menschen zu illusionieren und ihnen keine geeignete Antwort zu geben.... Laßt uns bewirken, daß während der Jahre meiner Amtszeit die Kinder Kolumbiens die Zuneigung, die Wärme, den Schutz des Staates spüren.... Laßt uns uns verpflichten auf die große Aufgabe, die Jugend zu rühmen, ihr mit Hingabe zu dienen, sie auf den Altären der Nation zu krönen und sie zum Hauptziel unserer sozialen Aktion in der Regierung zu machen!" (El Tiempo vom 21.3.)

Nicht so recht in dieses Bild staatlicher Wärme und vaterländischer Altäre passten die Vorkommnisse in Medellín am 21.3., wo eine friedliche Demonstration von 3000 Kindern zwischen 8 und 15 Jahren die Buspreiserhöhungen und völlig unzureichende Gesundheitsversorgung anklagten. Sie wurden von bewaffneten Soldaten und der Polizei unter Einsatz von Tränengas auseinandergetrieben.



Ganz zu schweigen von den Strukturproblemen des Landes, die gerade für Kinder heute und künftig größte Opfer bedeuten. Die Mehrheit beendet nicht einmal die Grundschule aufgrund der Armut ihrer Familien, die meisten Kinder müssen arbeiten, um zum Lebensunterhalt der Familien beizutragen, die Jugendkriminalität steigt laufend. Das Instituto para el Bienestar familiar, das seine Programme aus einem Teil der Löhne der Arbeiter und Angestellten finanziert, gibt heute mehr für die bürokratische Administration aus als für die geplanten Kindergartenprogramme. Die Versorgungssätze für Kindergärten werden nur um 15% angehoben werden, obwohl die Inflation bei ca. 35% ist. Aber in allen Schulen werden jetzt die Kinderrechte der UN-Deklaration auswendiggelernt und am "dia de bandera", am Tag der Fahne, auf dem Schulhof aufgesagt.

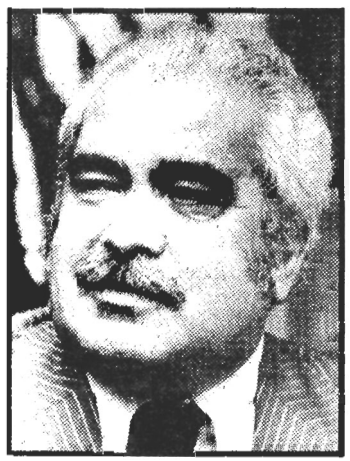
Doch, was nützt es, die Menschenrechte zu kennen, wenn man im täglichen Leben erfährt, daß sie mit Füssen getreten werden. Der folgende Brief eines Vaters an den Präsidenten zeigt, daß nicht nur erwachsene, der 'Subversion' beschuldigte Menschen gefoltert werden, sondern schon Kinder mit diesen Methoden zur Aussage über ihre Eltern gezwungen werden sollen.

VENEZUELA

Korruption und das 'Programm' der neuen Regierung

In den Nummern 65 bis 67 der LATEINAMERIKA- NACHRICHTEN haben wir über die venezolanischen Wahlen vom 3.12.1978 berichtet, über die weitverbreitete Empörung im Lande über die Verschleuderung der Ölmilliarden, die seit 1973 in ungeahnten Mengen ins Land geflossen sind, und über den Sieg der"sozial-christlichen"Oppositionspartei COPEI. Ihr Kandidat Luis Herrera Campins hat nun am 12.März die Präsidentschaft übernommen - auf irgendwelche programmatische Äußerungen von ihm oder seiner Regierung hat man bis jetzt aber vergeblich gewartet. Es scheint den Parteistrategen von COPEI u n d Vertretern der venezolanischen Bourgeoisie gelungen zu sein, durch eine großangelegte Anti- Korruptionskampagne, die Aufmerksamkeit der venezolanischen Öffentlichkeit erst einmal von Forderungen nach einer grundsätzlichen politischen Umorientierung abzulenken.
Das "Programm" von Luis Herrera sieht dann sehr simpel aus: Mit der Korruption wird die Verschleuderung der Ölmilliarden abgeschafft, und dann ist genug Geld da, um all die im Wahlkampf versprochenen sozialpolitischen Segnungen zu verwirklichen. Die venezolanische Bourgeoisie wiederum sieht in dieser Kampagne eine Möglichkeit, die staatliche Bürokratie und staatskapitalistische Tendenzen zu desavouieren und selbst - vor allem durch ihre Organisation FEDECAMARAS (die nationale Dachorganisation der Handelskammern) - noch direkteren Einfluß auf die Politik nehmen zu können. Dabei geht es vor allem darum, den Interessen der industriellen Bourgeoisie wieder ein stärkeres Gewicht zu verschaffen, die angesichts der engen Verknüpfung der Regierung Carlos Andrés Pérez (Acción Democrática , 1974- 1979) mit der Handels- und Finanzbourgeoisie - nicht zuletzt über Mechanismen der Korruption - ins Hintertreffen geraten ist.

Carlos Andrés Pérez



Luis Herrera Campins

Die Tatsache, daß "Resumen", der venezolanische "Spiegel", in seiner Ausgabe vom 8.April 19 von 33 Seiten, die sich mit Venezuela beschäftigen, dem Kampf gegen die Korruption widmet, ist nur ein Indiz für den Umfang, den diese Kampagne angenommen hat. Was die Sache so interessant macht, ist, daß diese ganze Kampagne für ihre Initiatoren und Aufheizer auch zu einem Bumerang werden kann. Zum einen ist durchaus bekannt, daß die Korruption unter der letzten COPEI- Regierung (Rafael Caldera, 1969- 1974) genauso blühte wie unter der sozialdemokratischen AD, und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gegenüber entsprechenden Machenschaften unter der gegenwärtigen Regierung wird geschärft, zum anderen haben einige Korruptionsfälle derartig skandalöse Ausmaße angenommen, daß für viele die Legitimität des ganzen politischen Systems infragegestellt wird.

Neue Waffen als 'Schrott' verkauft

Unter der Regierung des letzten COPEI- Präsidenten, Caldera, erregte ein Fall Aufsehen, in dem eine Gruppe von Offizieren mit Kenntnis des Verteidigungsministers, völlig neue Waffen als Schrott für einige Millionen Dollar an Kolumbien verkaufte. Natürlich bezahlten die Kolumbianer erheblich mehr für die Waffen - die Differenz floß in die Taschen der Mittelsmänner, die dieses Geschäft tätigten. Ein Offizier des militärischen Geheimdienstes SIFA (Servicio de Información de las Fuerzas Armadas), der eine Untersuchung über diesen Fall leitete, wurde bald seines Amtes enthoben und in eine Provinz im tiefen Süden (im Staate Apure) versetzt, wo er alsbald unter mysteriösen Umständen tot aufgefunden wurde. Ein anderer Funktionär wurde verfolgt, da er Informationen über diesen Fall weitergab, und bat darauf in der mexikanischen Botschaft um politisches Asyl.

Der Fall Carmona

Einen Schwerpunkt der gegenwärtigen Anti- Korruptions- Kampagne bildet der Fall Carmona, eines Rechtsanwaltes , der Ende Juli letzten Jahres ermordet wurde. Die Witwe des Opfers vertrat von Anfang an gegenüber der Presse die Meinung, daß der Mord ihres Mannes vom Chef der venezolanischen Kriminalpolizei (der PTJ, Policía Técnica Judicial), Manuel Molina Gásperi, höchstpersönlich geplant worden sei.

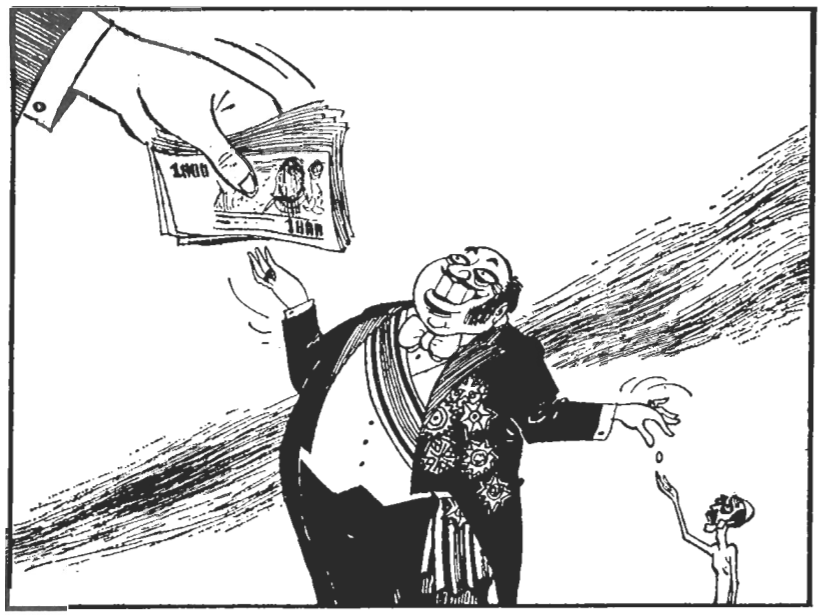
Spätere Untersuchungen bestätigten nicht nur diese Aussage, sondern sie förderten ein kompliziertes Netz von finsteren Aktionen zutage, in das eine Reihe hoher venezolanischer Politiker einschließlich des Präsidenten selbst verwickelt sind. Eine Schlüsselfigur der ganzen Affäre ist offensichtlich der italienische Financier Campetti. Im Zusammenhang mit einer Grundstücksspekulation auf der Isla de Margarita - einer Insel vor der venezolanischen Küste mit rasch steigenden Touristenzahlen - flossen einige Millionen Bolívares (1 Bolívar = 0,45 DM) über Campetti in die Taschen von Virgilio Avila Vivas, damals Gouverneur des Staates Nueva Esparta (der praktisch mit der Insel identisch ist) und Präsident der Bewegung "Jugend mit Piñerúa", die den Präsidentschaftskandidaten von AD im Wahlkampf unterstützte. Avila Vivas hatte zunächst das Land "preiswert" an Campetti verkauft und dann über den staatlich finanzierten Ausbau der

entsprechenden Infrastruktur für ein sprunghaftes Ansteiges des Werts der betreffenden Grundstücke gesorgt. Es wird angenommen, daß auch Präsident Pérez an diesem Geschäft profitiert hat.

Nach Informationen in"Resumen" war Campetti auch am Kauf einiger italienischer Kriegsschiffe für die venezolanische Marine beteiligt. Dabei sollen 40 Mio. US Ø (!) in die Tasche des Präsidenten Pérez als "Anerkennung" für seine Zustimmung zu diesem Geschäft geflossen sein. Das Verteidigungsministerium hat inzwischen die Presse aufgefordert, ihre Kommentare zu dieser Angelegenheit einzustellen ...

Angesichts dieser Enthüllungen gewinnt die Erklärung Molina Gásperis, des ehemaligen PTJ- Chefs, daß die Ermordung Carmonas, der auch Rechtsanwalt des Italieners Campetti war, auf "höheren Befehl hin" von anderen politischen Organisationen vorbereitet worden sei, an Glaubwürdigkeit. Ein italienischer Journalist fand bei Recherchen zu einem Artikel über diesen Fall heraus, daß Carmona auch über die Begleitumstände des Kaufes der Kriegsschiffe informiert war - dabei ging es um insgesamt mehr als 500 Mio. US Ø.

Zweifellos ist die Aufdeckung dieser Machenschaften in höchstem Grade zu begrüßen. Welcher Effekt - die Ablenkung von der ausbleibenden politischen Neuorientierung der Regierung Herrera oder ein wachsendes Bewußtsein vom korrupten Charakter der AD/COPEI - Herrschaft - schließlich der durchschlagende sein wird, ist noch nicht abzusehen.



Öleinnahmen und Entwicklung in Venezuela

BOLIVIEN

Geschichte der Campesinos. I. Teil

Über zwei Drittel der bolivianischen Bevölkerung arbeitet auf dem Land, trotzdem werden sie systematisch von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Seit der Revolution 1952 begannen sie im politischen Leben des Landes eine aktive Rolle zu spielen. Welche Strukturen gab es vor 1952 ?

Die vorkoloniale Zeit

Vor der Ankunft der Spanier gehörte ein Großteil des jetztigen bolivianischen Territoriums zum Reich der Inkas, Obwohl der Ursprung des Inkareichs im I3 Jahrhundert auf der Sonneninsel im Titicaca liegt, wurde das gesammte Gebiet des jetztigen Boliviens erst im I5 Jahrhundert von den Incas erobert.
Die Incas besaßen eine hochentwickelte Kultur und eine straff organisierte Gesellschaft. Diese spiegelte sich im Straßenbau, Städtebau und speziell in der Landwirtschaft wieder. Die Incaischen Comunidades (Dorfgemeinschaften) bildeten den Kern der Gesellschaft. Das Land gehörte der Gemeinschaft und wurde von dieser den Mitgliedern zur Bebauung gegeben. Jedes Mitglied der Gemeinschaft erhielt ein Stück Land für Privatgebrauch, ein Teil des Landes wurde von allen für die Gemeinschaft bebaut (Versorgung der Alten und Kranken) und ein weiterer Teil war für den Inca, seinen Hof und die Priesterkaste. Das Land durfte nicht vererbt oder veräußert werden.
Die incaischen Bauern mußten eine bestimmte Zeit im Jahr für den Inca kostenlos beim Wege und Städtebau oder als Soldaten arbeiten. Diese Verpflichtung wurde Mita genannt. Dadurch konnte das Incareich über ein gutausgebautes Straßennetz verfügen und große Städte bauen, die teilweise bis zum heutigen Tag erhalten sind. Obwohl das Volk von der parasitären Oberkaste ausgebeutet und unterdrückt wurde, sicherte dieser Staat den Bewohnern die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnung und Arbeitsplätzen.

Die spanische Herrschaft

Der kurz vor der Ankunft der Spanier erfolgte Bürgerkrieg zwischen den zwei Fraktionen der Incasöhne Atahualpa und Huascar führte zu einer Schwächung des Reiches. Als Pizarro das Incareich betrat, schaffte er es mit Hilfe der Stämme, die sich gegen die Zentralgewalt stellten, in sehr kurzer Zeit ein Großteil des Territoriums unter seine Kontrolle zu bringen.
Nach der Ermordung von Atahualpa und dem Zerfall des Incareiches gelang es den Spaniern das ganze Land zu erobern. Die Spanier kamen auf der Suche nach Gold, und in diesem Sinne organisierten sie die Ausbeutung und die Struktur des Landes. Der Hauptteil der Eroberer waren im Bergbau tätig, nur wenige arbeiteten als Siedler auf dem Land. Einige der Institutionen der Incas wurden von den

Spanier für ihre Zwecke ausgenutzt, zum Beispiel die Mita. Bei der spanischen "verbesserten" Methode waren alle Indianer gezwungen ein Jahr lang kostenlos im Bergwerk zu arbeiten. Dieses System wurde auch auf den Latifundien (Großgrundbesitze), die meistens in der Nähe von Bergbaugebieten entstanden, angewandt. Die indianischen Bauern wurden durch die extreme Ausbeutung in den Bergwerken dezimiert, und die Landwirtschaft ging teilweise zugrunde. Aus Mangel an Arbeitskräften wurden die Anbauterrassen und die Bewässerungskanäle nicht mehr instand gehalten. Die meisten Comunidades, die nicht in der Nähe der Bergbauzentren lagen, wurden davon nicht so stark betroffen, so daß ihre Struktur erhalten blieb. Im 18. Jahrhundert fanden die weitreichenden indianischen Aufstände gegen die spanische Krone im Gebiet von Bajo- und Altoperu statt. Tomas Katari, Tupac Amaru und Tupac Katari sind die drei indianischen Führer, die diese Aufstände 1780 - 1783 anführten. Diese Aufstände schwächten die spanische Herrschaft, weckten das Selbstbewußtsein der Indianer und dienten als Vorbereitung für die Befreiung Lateinamerikas von der spanischen Krone.

Versammlung von Campesinos auf dem Land

Die Campesinos in der Republik

Nach den Unabhängigkeitskriegen (1809-1825) änderte sich die Lage der Indianer kaum. Sie hatten keine politischen Rechte und waren Bürger dritter Klasse. Unter der Regierung von Santa Cruz (1929) fing man an, weitere Comunidades Campesinas (Gemeinschaften von Landbewohnern) zu zerstören. Der Expansionsdrang der Großgrundbesitzer und die bankrotte Lage der Regierung führten unter Melgarejo (1864) dazu, daß das Land der Comunidades Campesinas per Gesetz als Staatseigentum erklärt wurde, und von diesem an die Großgrundbesitzer, unter Vertreibung der wahren Eigentümer, verkauft wurde. Gleichzeitig wurde der "Pongueaje" im großen Maße eingeführt. Der Pongueaje iste eine ähnliche Institution wie die Mita, die aber auf dem Land angewandt wird. Der ehemalige Comunario (Mitglied einer Comunidad) mußte jetzt als Pächter bei dem Großgrundbesitzer arbeiten. Dafür, daß er ein kleines Stück Land bekam, mit dem er seine Familie grade ernähren konnte, mußte er kostenlos für den Grossgrundbesitzer arbeiten. Hinzu hatte er bestimmte Verpflichtungen. So mußte er zum Beispiel pro Jahr 10% von seinem neugeborenen Vieh abgeben, jeden Monat eine Woche lang in der Stadtwohnung des Großgrundbesitzers niedrige Arbeit verrichten,u.a. Der jetzt Pongo genannte, ehemalige Comunario, war vom Großgrundbesitzer vollkommen abhängig, und meistens durfte er auch nicht fortziehen.

In dieser Zeit verteidigten die Indianer noch das Bestehen ihrer Comunidades, und es fanden viele Aufstände statt, wie zum Beispiel in Charazani, Ancoraimes, Pucarani, Ayo Ayo, Machaca, Zongo, Chayanta, u. a. Der größte dieser Aufstände fand 1899 unter Führung von Willka Zarate statt und er dauerte mehrere Monate. Die Oligarchie antwortete darauf mit einem mehrmonatlichen Feldzug, bei dem ganze Dörfer ausgerottet wurden. Während der ersten 50 Jahre des 20 Jahrhunderts kam es öfter zu Aufständen auf dem Land, die aber bald vom Militär niedergeschlagen wurden.

Gewerkschaftliche Organisierung

In den dreißiger Jahren verstärkte sich das politische Bewußtsein der Campesinos. Durch die Weltwirtschaftskrise kam es zu Massenentlassungen von Bergarbeitern, die so gezwungen waren in ihre Dörfer, besonders im Tal von Cochabamba, zurückzukehren. Sie hatten schon gewerkschaftlich gekämpft und brachten so ihre Erfahrung aufs Land. Außerdem kamen viele Bauern durch den Chaco-krieg(1932-35) (siehe LN Nr.60) mit Arbeitern und Teilen des Kleinbürgertums in Berührung. Diese Ereignisse führten dazu, daß die Campesinos mehr Selbstbewußtsein bekamen und eine klare Vorstellung hatten, wer und wie stark der Feind ist, und wi man gegen ihn vorgehen kann.
1936 wurde die erste Gewerkschaft der Campesinos " Sindicato Agrario de Huassacalle" in Ucurena (Cochabamba) gegründet.
1939 waren in Ucurena bereits 200 Campesinos in ihrer Gewerkschaft organisiert. Im August desselben Jahres richtete die polizei von Cochabamba das erste Blutbad in Ucurena an, um gegen die gewerkschaftliche Organisation vorzugehen.
Diese Gewerkschaften sind bis heute nach dem Vorbild der Bergarbeitergewerkschaften organisiert, da sie durch ehemalige Bergarbeiter ins Leben gerufen wurden. Ihr Sinn war vor allem,sich gegen die Willkür der Großgrundbesitzer zu wehren. Später kamen weitere Aufgaben hinzu, wie: Alfabetisierung, Schulen auf dem Land, med. Versorgung und Vertrieb ihrer Produkte.
Ein wichtiger Meilenstein bei der Organisierung der Campesinos ist der im Mai 1945 erfolgte Congreo de Camesinos, unter der Regierung von Oberst Villarroel und unter der Schirmherrschaft von V.Paz Estensoro als Minister. Auf diesem Kongress wurde die Abschaffung des Pongueaje verlangt, welche auch von der Regierung Villarroels gesetzlich beschlossen wurde.

Am 21 Juli 1946 wird Villarroel gestürzt, und seine Nachfolger versuchen mit extremer Härte die Organisation der Campesinos im Keim zu ersticken. Die Geschichte berichtet hier von den großen Massakern von Pucarani, Tarabuco, Ayopaya, Chayanta, etc.
Bis 1946 hatten sich drei politische Parteien Boliviens mit gutem Erfolg um die Campesinos bemüht: PIR, POR, MNR. Nach dem Putsch gegen Villarroel mit Beteiligung des PIR ging der Einfluß dieser Partei vollkommen verloren, dabei gewann MNR an Einfluß und schaffte es, den POR zu verdrängen.(siehe LN Nr. 60)
Bis 1952 reorganisierte sich die Bauerngewerkschaft von Ucurena und wurde größer und stärker als je zuvor. Durch die Verfolgung und die Unterdrückung wurde das politische Bewußtsein der Campesinos geschärft. Auch in anderen Teilen Boliviens, vor allem in La Paz um den Titicacasee herum bildeten sich noch vor 1952 die ersten localen Bauergewerkschaften. Diese spielten während der Revolution eine wichtige politische Rolle. Die Campesinos beteiligten sich zwar nicht direkt am Kampf, waren jedoch eine passive Kraft, mit der die Aufständischen jederzeit rechnen konnten.

Im nächsten Heft: Die Agrarreform und ihre Folgen.

Verwendete Quellen:
La Mentira, La Paz , Bolivia Libre, La Paz , Eigeninformationen

Letzter Termin für Wahlbündnisse

Vor Ablauf der Anmeldefrist wurden die letzten Parteien und Wahlbündnisse gegründet. Der FRI spaltete sich erneut, die UDP steckt weiterhin im Klärungsprozeß und V. Paz Estenssoro baut ein breites Wahlbündnis auf. Mit Banzer und Bernal E. stellen sich zwei Militärs zur Wahl. Neben den Wahlvorbereitungen mehren sich die Zeichen für die Vorbereitungen zu einem Militärputsch.

Die politischen Manöver des Vorwahlkampfes

Am 26. März lief der offizielle Termin für die Einschreibung der Parteien und Wahlbündnisse ab. Insgesamt registrierten sich 57 politische Gruppen für die Wahlen im Juli (LN 67,68,69). Einige von ihnen wurden erst kurz zuvor eigens für die kommenden Wahlen ins Leben gerufen. Neben den 2 großen Wahlfronten UDP (Demokratische Volksunion) und der Koalition um V. Paz Estenssoro mit dem MNRH (Revolutionäre Nationale Bewegung, historisch) haben sich auch alle Mitgliedsparteien einzeln eingetragen; weiterhin zählen dazu 16 alleinstehende Parteien, eine Bürgervereinigung und 3 Bauernvereinigungen.

Nach der Eintragung war es jetzt wichtig, an die Öffentlichkeit zu treten, um sich zu präsentieren oder die eingegangene Koalition vor dem Wahlvolk zu rechtfertigen, was schon ein wesentlicher Teil des Wahlkampfs ist. Bisher gab es nur Gerüchte (LN 67, 68,69) über mögliche Koalitionen und geheime Gespräche zwischen FRI und MNRH. Inzwischen wurde die Koalition MNRH - PDC (christdemokratische Partei) - FRI (revolutionäre Linksfront) - PRA (Authentische Revolutionäre Partei, rechte Abspaltung des MNRH 1960, LN 60) durch eine bemerkenswerte Zeitungsanzeige bestätigt. Darin wird das fundamentale Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern, Kleinbürgern und Bourgeoisie hervorgehoben, das die einzige unmittelbare Möglichkeit darstelle, um die nationalen Probleme zu lösen und die Interessen der genannten Gruppen zu verteidigen. Die Entscheidung für den Vizepräsidentschaftskandidaten ist in dieser Front weiter offen. Neben dem Christdemokraten L. Ossio steht noch O. Bonifaz zur Diskussion. Als Vertreter der mittleren Bergbauunternehmer stellt er einen großen finanziellen Beitrag für den Wahlkampf in Aussicht. Es gilt allgemein als sicher, daß dem PCB/ML (kommunistische Partei, Linie Peking) kein Regierungsamt in Aussicht gestellt wird, um der Armee keinen Putschvorwand zu geben.

Ein Teil des FRI hat sich jedoch vor dem Bündnis abgespalten, weil er eine gemeinsame Politik mit den rechten Parteien ablehnte; dazu gehören PRTB (Revolutionäre Partei der bolivianischer Arbeiter, früher Nationale Befreiungsarmee), die inzwischen 3 Linien des POR (Revolutionäre Arbeiterpartei, trotzkistisch) und weitere kleinere Gruppierungen. Diese Entwicklung des FRI

brachte die Partei des Gewerkschaftsführers J. Lechin O.(PRIN, Revolutionäre Partei der Nationalistischen Linken) in Schwierigkeiten. Nachdem bereits letztes Jahr ein Teil der Partei der UDP beitrat, spaltete sie sich jetzt ein weiteres Mal. Ein Flügel vereinte sich mit V. Paz Estenssoro, und J. Lechin O. wartet mit dem Rest der Partei auf seine politische Schicksalsstunde, den Kongress der bolivianischen Dachgewerkschaft, der im Mai nach 10 Jahren endlich wieder stattfinden soll.

Der christdemokratische Präsidentschaftskandidat von 1978, General R. Bernal E., gründete eine eigene Partei, die UDC (Christlich Demokratische Union), die sich auf die ebenfalls von ihm ins Leben gerufene relativ kleine Bauernbewegung MAR (Revolutionäre Agrarbewegung) stützt. Auf seinen angeblich gutbesuchten Wahlveranstaltungen sprach er auch in den Landessprachen Ketschua und Aymará. In der Rede berief er sich ständig auf Gott, blieb aber jede konkrete Aussage schuldig.

Mit einigem Propagandaaufwand kam Expräsident Banzer am 16. März nach Bolivien zurück, um rechtzeitig vor dem Fristablauf seine Partei, die ADN (Nationaldemokratische Aktion) und seine Kandidatur (LN 69) anzumelden. Gründen ließ er die Partei von Ondarza, einem ehemaligen Führer der Barrientos-Partei. Dadurch rechnet er sich eine breite Unterstützung bei den Bauern aus, wo der damalige Diktator General Barrientos sehr populär war. Beide Kandidaten, sowohl Bernal E. als auch Banzer, sind nicht nur im Hinblick auf die Wahlen von Bedeutung. Ihr Werben um Popularität muß auch in Zusammenhang mit einem möglichen Putsch gesehen werden.

Noch keine Klarheit in der UDP

Nachdem Siles Salinas (vergl. LN 68,69) 2 Monate vergeblich versuchte, eine breite Bewegung hinter sich zu versammeln oder ein erfolgversprechendes Bündnis einzugehen, nahm er kürzlich erneut Gespräche mit seinem Bruder Siles Zuazo und der UDP auf, jedoch mit bescheideneren Forderungen als noch im Januar. Er mußte erkennen, daß seine politischen Möglichkeiten außerhalb der UDP nicht ausreichten für eine aussichtsreiche Kandidatur.

Trotz dieser Erfahrung versuchte erneut ein UDP-Politiker, Jorge Alderete vom MNRI (Linke Nationalrevolutionäre Bewegung), seine eigene Linie durchzusetzen, weil er sich als der eigentliche Vertreter des MNRI verstanden wissen will. Als einstiger Gründer des MNRI schloß er 1966 V. Paz Estenssoro aus der Partei aus und versuchte einige Jahre später erneut, V. Paz E. und Siles Zuazo auszuschließen, bevor er nach über 6 Jahren Exil sich 1978 der UDP anschloß, wo er sich einen einflußreichen Posten erhoffte. Als Begründung für seinen neuerlichen Alleingang gibt er seine Ablehnung des Paktes von Caracas an. Darin wurde am 6. Januar 1978 die Achse MNRI - MIR (Linksrevolutionäre Bewegung) vereinbart, die zur tragenden Kraft der UDP wurde. Alderete greift die Festlegung auf die Kandidaten Siles Zuazo und Paz Samora als undemokratische Hierarchie an.

Die Einzelgänge einiger UDP-Politiker haben insgesamt die Kraft und die Aktivitäten der UDP als Wahlfront bisher nicht beeinflußt. Allerdings hat sich in diesem Jahr die Parteienlandschaft insgesamt geändert und zu einer Stärkung und besseren Organisierung der rechten Parteien geführt.

reiteter Streik der Fabrikarbeiter im ganzen Land wurde geschickt miteinbezogen. - In der Bauernvereinigung kommt es zu internen Auseinandersetzungen wegen der einseitigen Bevorzugung von Banzer-Anhängern durch offizielle Stellen. - An der katholischen Universität in La Paz protestieren Studenten mit einem Hungerstreik gegen den Rektor. - Die Bankunternehmen schlossen an diesem Tag ihre Schalter.

In der Nacht nach diesen Ereignissen, am 29. März, hält sich das strategisch sehr wichtige Ranger-Regiment Challapata in Alarmbereitschaft. Drahtzieher des Vorhabens sind die Offiziere, die einerseits Wahlen auf jeden Fall verhindern wollen und auf der anderen Seite mit der Padilla-Regierung nicht einverstanden sind. Zur weiteren Vorbereitung für einen Putsch wurden unverzüglich Kontakte zu anderen Garnisonen aufgenommen.

Die Regierung erfuhr jedoch unmittelbar von den Aktivitäten einiger Offiziere und griff hart durch. Sie sprach nicht nur allgemein deutliche Drohungen aus und klagte die subversiven Akte öffentlich an, sondern sie versetzte alle beteiligten Offiziere und entfernte tagsdarauf 6 Generäle aus der Armee, indem sie sie in den Ruhestand versetzte. Alle 6 sind bekannte Namen aus der Zeit der Banzer-Diktatur; neben Banzer selbst gehören 4 Ex-Minister, Bernal E. (Präsidentschaftskandidat), Gonzales F., Villalpando A. (langjähriger Kommandeur in Challapata und verantwortlicher Offizier für das Massaker der Johannisnacht) und Jimenes Tejerina B. (damals engster militärischer Vertrauter des Diktators Banzer) dazu.

Die Regierung konsolidierte sich deutlich, nachdem sie auch den zweiten Vorstoß aus dem Militär parieren konnte. Die pol. Parteien zeigten Respekt und betonten, daß sie gemeinsam mit der Regierung den Demokratisierungsprozeß und die Wahlen verteidigen werden.

Trotzdem kann nach der bisherigen Erfahrung aus der bolivianischen Geschichte die Gefahr eines Militärputsches nicht als gebannt bezeichnet werden. Zwar sind die direkten Organisatoren der jüngsten Putschvorbereitungen strafversetzt worden, aber es ist sicher, daß damit nicht alle Kritiker und möglichen Putschisten erfaßt wurden. Im Vergleich zu den vielen Putschversuchen und Gerüchten war in diesem Fall das Putschvorhaben deutlich nachweisbar. Trotzdem muß man feststellen, daß die Vorbereitung und Organisation effektiver war - die Militärs haben deutlich dazugelernt. Der letzte Probeputsch kann als wichtiger Test für den Ernstfall dienen. Wichtige logistische Informationen wurden gesammelt, nicht zuletzt darüber, wie stark die mögliche Anhängerschaft im Militär ist und wie die allgemeine Reaktion in der Truppe war. Es sei nur daran erinnert, daß auch Banzer nicht beim ersten Versuch sein Ziel erreichte; seinem blutigen August-Putsch ging im Januar davor eine Generalprobe voraus.

Verwendete Quellen:
Presencia, La Paz; ANF, Agencia de Noticias Fides, La Paz;
Bolivia Libre, La Paz; IPE, Informacion y Economica, La Paz;
Coyuntura, CIDOB, La Paz

★

Ein Putschversuch als Probe für den Ernstfall

Der erste Versuch des Militärs, die Stärke der Padilla-Regierung zu testen, fand am 20. März statt. Der Generalstabs-Chef V. Castillo bestand darauf, für die künftigen Wahlen eine neue Wahlkommission zu ernennen, wodurch eine erhebliche Verzögerung des Wahltermins hätte in Kauf genommen werden müssen. Zwar trat die Kommission formal geschlossen zurück, jedoch wurden von der Regierung unmittelbar darauf die gleichen Leute wieder als Mitglieder der Wahlkommission ernannt. Zugleich stattete die Regierung die Kommission mit erweiterten Befugnissen und mehr Finanzmitteln aus. Bei dieser Gelegenheit wurde erneut der 1. Juli als Wahltermin bestätigt und gleichzeitig eine Einladung an alle lateinamerikanischen Präsidenten ausgesprochen für die Amtseinführung des gewählten Präsidenten, zweifellos ein geschickter Schachzug.

Militärs als Streikposten vor den geschlossenen Banken

Schon eine Woche darauf spitzte sich das politische Klima erneut zu. Eine Reihe von Ereignissen fiel zusammen und sollte die Situation reif machen: - Banzer hielt eine programmatische Rede, in der er das Volk für unreif zum Wählen erklärte, weil Wahlbetrug in Bolivien traditionell sei und die Stimmen des Volkes mit Bier käuflich seien. - Auf das berühmte Bergarbeiterdenkmal in Oruro wurde ein Anschlag verübt. - Daraufhin streikten die Bergarbeiter der Mine San José in Oruro aus Protest, ein schon länger vorbe-

BRD - LATEINAMERIKA

Kanzler Schmidt in Brasilien

Am 3. April trat Helmut Schmidt als erster amtierender Regierungschef der Bundesrepublik eine 12-tägige offizielle Reise nach Lateinamerika an. Erstes und wohl auch wichtigstes Ziel war Brasilien.

Am Ende waren alle zufrieden, der Kanzler, seine Gastgeber, die Spitzen aus der Wirtschaft; nur ein paar "unwichtigere" Leute zeigten sich nach den Gesprächen unbefriedigt. Unter ihnen die Kirchenmänner Bischof Pünder aus dem ärmsten Gebiet des Landes, dem Nordosten, und Paulo Evaristo Arns, Kardinal von Sao Paulo, sowie Luis Ignacio da Silva, genannt "Lula", inzwischen abgesetzter Führer der Metallarbeitergewerkschaft, die vor kurzem den größten Streik in der Geschichte der Militärdiktatur ausgefochten hatte.

Eine Stunde lang hatte Schmidt im Beisein von Paulo Salim Maluf, seines Zeichens Gouverneur des Staates Sao Paulo, mit Pünder und Arns konferiert. Auf die Frage, ob er während des Gesprächs mit dem Kanzler den Eindruck gewonnen hätte, daß Schmidt Verständnis für die Sozialprobleme Brasiliens gezeigt hätte, antwortete Pünder hinterher nach kurzem Zögern mit einem "ehrlichen 'Nein!' "(Süddeutsche Zeitung,9.4.)

'erbeugung vor den Militärs - Einen ausgezeichneten Zustand der beiderseitigen Beziehungen stellte der Kanzler bei seinem Besuch fest

Schmidts unverschämter Kommentar:"Schrecklich naiv seien sie alle, so ein Bischof wisse nicht einmal, was eine Milliarde ist." (Spiegel,16.4.)
Eine ähnliche Abfuhr erhielt auch Lula, mit dem zu treffen der Kanzler sich hatte überreden lassen müssen. "Kein ökonomisches Wissen" bescheinigte ihm Schmidt.Der Regierungschef hatte das Gespräch in seiner Eigenschaft als langjähriges Gewerkschaftsmitglied geführt, dabei aber nichts anderes zu tun gehabt, als die Interessen der deutdeutschen Konzerne gegen die berechtigten Angriffe Lulas zu verteidigen. "Kein Mensch werde in Brasilien investieren, wenn die Lohnstückkosten zu hoch seien."(Spiegel,16.4.)

Schmidt empfahl den brasilianischen Kollegen zudem doch mal bei deutschen Betriebsräten in die Lehre zu gehen.

Nach dem Spiegel sollen die brasilianischen Gewerkschafter Eugen Loderer als Kapitalisten bezeichnet haben. Ob dies stimmt, sei dahingestellt. Kritikwürdig ist dabei jedoch nicht nur das lehrmeisterliche Gehabe des deutschen Bundeskanzlers, sondern ebenso die Kritik des Spiegels, der seine traditionelle Gewerkschaftsfeindlichkeit wieder mit scheinlinker Argumentation zu tarnen suchte. Ganz im Sinne der deutschen Multis arbeitete so der Spiegel in die Richtung, eine effiziente Zusammenarbeit deutscher und brasilianischer Gewerkschaften zu verhindern.

Atomgeschäft unter Dach und Fach

Ansonsten wußte der Kanzler nur Positives zu berichten. Besonders angetan war er von der künstlichen Hauptstadt mitten im Dschungel, Brasilia: "Die elegante, proportionierte Silhouette dieser einzigartigen Schöpfung bekundet: Brasilien ist jung, Brasilien ist kühn, Brasilien baut in die Zukunft."(Süddeutsche Zeitung,9.4.)

VW Schmücker und Schmidt in Brasilia

Daß die Beziehungen zu Brasilien sich in einem "ausgezeichneten Zustand" befinden, dazu hatte sicherlich die Entscheidung der Militärs beigetragen, von dem Atomgeschäft keinen Schritt abzuweichen."Der Besuch Helmut Schmidts in Brasilien hätte ... für die reibungslose Abwicklung des zwischen beiden Regierungen abgeschlossenen Atomvertrages zu keinem günstigeren Zeitpunkt erfolgen können" stellte scharfsinnig das"Handelsblatt" vom 7./8.4. fest und widersprach damit deutlich allen Verlautbarungen öffentlicherseits, die den "politischen Charakter" des Besuchs hervorzuheben, die Atomfrage hingegen herunterzuspielen versucht hatten.
In der Tat hat der Kanzler in einer Phase der zunehmenden innerbrasilianischen Kritik an dem Abkommen und steigender Absatzschwierigkeiten der deutschen Kernkraftindustrie (siehe LN 69) der Atomlobby den Karren aus dem

Dreck gezogen.

Kurz vor der Ankunft des Kanzlers hatte eine Untersuchungskommission des Senats ihre frühere Kritik erneuert. Mario Behring, zur Zeit des Vertragsabschlusses Chef von Elektrobras, dem staatlichen Elektrokonzern, sagte aus, er habe bis ein paar Tage vor der Unterzeichnung kein einziges

Wort von dem Vertag gewußt. John Cotrin, ehemaliger Vorsitzender von FURNAR, der Gesellschaft, die die Kraftwerke in Angra dos Reis betreut, meinte, das ganze Programm sei aus rein ökonomischen Gründen zu kürzen.(Latin America Political Report, 13.4.)
Hinzu kommt nach der Katastrophe von Harrisburg ein zunehmender Druck von gesellschaftlichen Gruppen, die aus Gründen der offensichtlich mangelhaften Sicherheit von Atomkraftwerken, namentlich der katastrophalen Bedingungen auf den brasilianischen Baustellen (LN 69) auf eine Überprüfung des Gesamtkonzepts drängen.
Doch ließen diese Probleme Schmidt und Figueiredo offenbar kalt. Mit unverhülltem Zynismus hatten sie lediglich die "**Notwendigkeit** einer Überprüfung" betont,ansonsten aber keine Zweifel am Abkommen aufkommen lassen. Und dies zu einer Zeit, in der der deutsche Innenminister öffentlich über die Frage einer Umgehung der Kernenergie nachdenkt. Darf man fragen, wie lange er noch Minister ist?

Aktive Unterstützung für die Wirtschaftspolitik

Eindruck hat im offiziellen Brasilien die "kühle, souveräne Art des Staatsmannes Schmidt" gemacht, ob es sich nun um Fragen der 'abertura' handelt, also der Aufweichung der Militärdiktatur, die nach den Worten des neuen Außenministers Ramiro Saraiva Guerreiro "mit kleinen Schritten, aber ohne Erschütterungen zur Demokratie" führen soll (Welt,9.4.), oder um Wirtschaftsprobleme, denen die neuen Machthaber um General Figueiredo massiv ausgesetzt sind. Der Kanzler stand mit Rat zur Seite. Er unterstützte die vor allem von brasilianischen Wirtschaftsvertretern an der protektionistischen Handelspolitik der EG vorgebrachte Kritik. Er könne sich da durchaus mehr Liberalität vorstellen, sagte er vor deutschen und brasilianischen Unternehmern in Sao Paulo. Gleichzeitig warnte er die Entwicklungsländer davor, ihrerseits zu protektionistischen Maßnahmen zu greifen. "Solidarität ist keine Einbahnstraße!" (SZ, 7./8.4.) Hoch die internationale Solidarität des Kapitals, hier einmal vorgetragen vom Gewerkschafter und Sozialdemokraten Schmidt. Als Schritt in die richtige Richtung wertete der Kanzler den Abbau der brasilianischen Exportförderung, was Brasilien vollends den Schwankungen des Weltmarktes aussetzen wird. Ob eine derartige Hinwendung zum Freihandel allerdings die drängendsten Probleme der brasilianischen Wirtschaft, Inflation,Schaffung von Arbeitsplätzen und Abbau der ständig ausufernden Auslandsverschuldung, lösen wird, ist mehr als fraglich.

Schmidt in Brasilien: Mit Wehmut denke ich an Pelé und Beckenbauer

Helmut Schmidt

Brasilia, 6. 4.
Im Fußball-Land Brasilien beschwor Bundeskanzler Schmidt deutsch-brasilianische Sportverbundenheit: „Ich denke mit Wehmut an die Zeiten, in denen Pelé und Beckenbauer bei Cosmos in New York gemeinsam demonstrierten, wie man Fußball spielt." Schmidt flog von Brasilia nach Sao Paulo.

Bericht der "Berliner Zeitung"

"Ob Sie es nun wünschen oder nicht, ob Sie es nun wahrhaben wollen oder nicht, Brasilien ist eine aufsteigende Macht von ständig steigender Bedeutung." (Zeit, 13. April). Als ein Land an "der Schwelle zum Industriestaat" möchte der Kanzler die Brasilianer als für die Industrienationen verläßlichen Partner im "Nord-Süd-Dialog " gewinnen, als führende Macht auf Seiten der

Entwicklungsländer. Wie sehr die Zuweisung einer solchen Rolle den Brasilianern auch schmeicheln mag, hier deutet sich eine Strategie der Industrieländer an, die im Sinne der internationalen Arbeitsteilung "gut funktionierenden" Länder der dritten Welt als deren Sprecher zu küren, um die eigennützigen Interessen an der Aufrechterhaltung des Nord-Süd Gefälles abzusichern.

Das lateinamerikanische Reisegepäck des Bundeskanzlers

"Die erste Südamerikareise eines Bundeskanzlers war neuartig und vielleicht auch einzigartig" - so die FAZ vom 17.4.79. Neuartig war sie insofern, als die diplomatischen Aktivitäten zwischen Europa und Lateinamerika beträchtlich zugenommen haben; einzigartig insofern, als sich die deutschen Sozialdemokraten im Glauben befinden, eine alternative sozial- und wirtschaftspolitische Konzeption gegenüber den amerikanischen Vorstellungen bieten zu können. Der missionarische Inhalt von Schmidts Reisegepäck konnte niemandem verborgen bleiben.

Den Reiseaktivitäten nach wird der lateinamerikanische Kontinent von den Europäern wieder neu entdeckt. Die Reise des spanischen Königs Juan Carlos oder die des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing im Oktober 1978, sowie die erste Reise eines bundesdeutschen Staatschefs im April 1979 verdeutlichen diesen bemerkenswerten Aufwärtstrend. Auch auf der unteren Ebene der diplomatischen Aktivitäten, wie z.B. die Reise des Hamburger Bürgermeisters Klose nach Mexiko, oder die des französischen Staatssekretärs im Außenministerium Olivier Stirn nach Kolumbien und Peru, ist die Reiselust der Politiker beträchtlich gestiegen. Auch die Zahl der Gegenbesuche nimmt zu. Sowohl der neue panamaische Staatspräsident M.Royo, als auch der kolumbianische Staatspräsident Turbay Ayala werden Europa in den nächsten Monaten besuchen.

Noch in den sechziger Jahren sahen die USA solche europäischen Versuche, in Lateinamerika stärkeren Einfluß zu gewinnen, als Eingriff in ihre - im Sinne der Monroe-Doktrin als ureigene begriffene - Machtsphäre an (wie z.B. de Gaulles Reise im Jahre 1964). Aber in den siebziger Jahren ist zunehmend deutlicher geworden, daß die westliche Hemisphäre nicht mehr allein Washingtons Privatdomäne ist. Carters Versuch, die Bonner Atomlobby aus dem Wettrennen um den brasilianischen Nuklearmarkt zu werfen und den verantwortlichen Bonner Minister nach Washington zu zitieren, um das Zustandekommen des deutsch-brasilianischen Vertrages zu verhindern, scheiterte. Washingtons Image als Weltpolizist ist in den letzten Jahren stark lädiert worden. Die neokoloniale Periode, in der die USA stets versuchte, im Verein mit den ihr ergebenen korrupten Machteliquen unabhängige nationalstaatliche Entwicklungen - nicht nur in Lateinamerika, sondern in vielen anderen Teilen der Dritten Welt zu unterbinden, geht ihrem Ende zu. Kuba, Vietnam, Iran und die letzten Entwicklungen in Nicaragua zeigen, daß das in früheren Jahrzehnten bevorzugte Bündnis mit solchen Cliquen heute keine Garantie mehr für die Aufrechterhaltung des status quo bietet. Ein neues politisches Konzept für die Wahrung ihrer Interessen im lateinamerikanischen "Hinterhof" haben die USA bisher offenbar noch nicht entwikkelt.

Die Weichen für eine weitere Vertiefung der sozialdemokratischen Nord-Süd-Zusammenarbeit sind bereits gestellt: beim nächsten Kongreß der SI in Madrid gilt Felipe González, der Generalsekretär der spanischen Sozialistischen Partei PSOE, dem man beste Beziehungen zu Lateinamerika nachsagt, als aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentschaft der SI. So scheinen die Chancen der europäischen Sozialdemokraten, in Lateinamerika parteipolitisch Fuß zu fassen, recht günstig zu sein, zumal sie es leichter haben dürften, sich mit ihren - im Gegensatz zu den durch ihre unheilige Allianz mit katholisch-korporativistischen Militärdiktaturen diskreditierten europäischen Christdemokraten - relativ attraktiven sozialpolitischen Vorstellungen zu profilieren. Washingtons unablässiges Pochen auf die Einhaltung der Menschenrechte soll der Wegbereiter für soziale Umstrukturierungsprozesse sein - zur Asphaltierung dieses, durchaus kapitalfreundlich verstandenen Weges könnte sich die Sozialistische Internationale anbieten.

Dieses neu entstandene Machtvakuum glauben die europäischen Mitglieder der Zweiten Sozialistischen Internationale füllen zu können. Wie der letztes Jahr in Vancouver/Kanada abgehaltene 14. internationale Kongress der SI gezeigt hat, sind sich die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten der Rolle, die sie in neuenKonstellation spielen können, dadurch bewußt. Die Fälle Portugal, Spanien und Santo Domingo verdeutlichen das verstärkte Bemühen der deutschen Sozialdemokraten, ihr Modell - im Wesentlichen: Gerechtigkeit für alle Volksschichten wird unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion am besten in einer institutionalisierten bürgerlichen Demokratie verwirklicht - nach Südeuropa und Lateinamerika zu exportieren. Der dominikanische SI-Protegé Guzmán revanchierte sich mit großzügiger karibischer Gastfreundschaft.

Der Besuch in der brasilianischen Presse

Das Auffallendste an dem Schmidt-Besuch - so ein Beobachter - war die Unauffälligkeit, mit der er vollzogen wurde. So hielt sich denn auch die brasilianische Presse im Urteil zurück. Weder gab es großes Lob, noch besondere Kritik für den ersten Staatsgast der Militärregierung Figueiredo. Während deutsche Blätter das imperialistische Gehabe des deutschen Bundeskanzlers herausstellten, betonten brasilianische Zeitungen Schmidts Äußerungen zum politischen Öffnungsprozeß und einem sozialen Ausgleich.

Schmidt hatte in einem Gespräch mit dem Gouverneur des Bundesstaates Sao Paulo auf die deutschen Erfahrungen verwiesen, nach denen ein harmonisches Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitnehmern die Lösung entwicklungspolitischer Probleme erleichtern könne. Daß dieses Zusammenwirken in Brasilien nicht immer sehr harmonisch verläuft, konnte Schmidt aus dem Munde des Erzbischofs von Sao Paulo, Arns, sowie des Vorsitzenden der Metallgewerkschaft von Sao Bernardo do Campo, Luis Inácio da Silva ('Lula') hören. Arns hatte u.a. verlangt, daß deutsche Multis die gleichen Löhne wie in der BRD zahlen, die gewerkschaftlichen Rechte respektieren sowie die Umweltzerstörung im Amazonasgebiet einstellen sollten.

Zur großen Überraschung des Schmidt-Besuches gehörte das Gespräch mit dem erst vor kurzem abgesetzten Gewerkschaftsvorsitzenden Lula. Folgt man der deutschen Presse sowie der bürgerlich-konservativen Tageszeitung 'O Estado de Sao Paulo', so verlief das Gespräch nicht besonders erfolgreich. Jedenfalls wies Lula nach dem Gespräch brüsk die Annahme zurück, dass er eine Einladung deutscher Gewerkschaften angenommen hätte. Nach dem 'Estado' soll Lula in diesem Zusammenhang auch den praktischen Wert der Solidaritätsleistungen deutscher Gewerkschaften in Frage gestellt haben (ESP, 6.4.79). Wenngleich auch Schmidt in Lula einen Jungsozialisten erkannte, so war allein die Tatsache, daß das Gespräch zustande kam von hoher Bedeutung. Der Kopf einer neuen und kämpferischen Gewerkschaftsrichtung wurde dadurch als wichtiger Machtfaktor anerkannt. Es dürfte dem Militärregime in Zukunft nun noch schwerer fallen, Lula und seine Mitstreiter mit den gewohnten repressiven Mitteln auszuschalten.

Leichter als die Gespräche mit den oppositionellen Kirchenfürsten und Gewerkschaftern gestalteten sich die Kontakte mit der Regierung und den Unternehmern. "Die deutsch-brasilianische Zusammenarbeit ist eng und solide: deutsche Unternehmen leisten einen bedeutenden Beitrag zu den eindrucksvollen Anstrengungen Brasiliens, sich in ein modernes Industrieland zu verwandeln", betonte Schmidt immer wieder. Viele deutsche Unternehmen würden eine fortschrittliche und auf Ausgleich gerichtete Personalpolitik betreiben. Allein im Bundesstaat Sao Paulo seien diese deutschen Betriebe für 600.000 Arbeitsplätze verantwortlich. Hier unterstrich Schmidt die Haltung der deutschen Arbeitnehmer und Gewerkschaften, die aus Gründen der Solidarität mit ihren brasilianischen Kollegen die Auslandsinvestitionen wenngleich mit schwerem Herzen begrüßen würden.

Schmidt und Figueiredo stellten schließlich viel Gemeinsames fest. Figueiredo fand bei Schmidt besonderen Beifall als dieser sich gegen jede Form des Protektionismus aussprach, während Schmidts Worte über den politischen Öffnungsprozeß Brasiliens für Ex-Geheimdienst-Chef Figueiredo wie Honig geklungen haben mögen. Schmidt soll schließlich

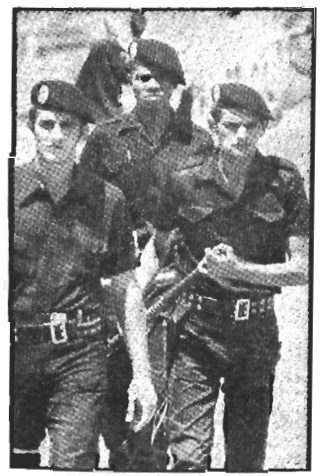
festgestellt haben: "Zwischen meiner und Figueiredos Politik besteht im Großen und Ganzen Übereinstimmung." Und für die sozialen Probleme fand Schmidt in der Bevölkerungsexplosion eine geeignete Erklärung.

Die in der deutschen Delegation mitreisenden Unternehmer kamen ebenfalls zu Wort. Sie durften sich bei der brasilianischen Regierung über die Gesetze beklagen, die dem ungezügelten Gewinntransfer der Multis gewisse Riegel vorschieben. Die Vertreter von VW, Krupp, Daimler Benz, der Bank für Gemeinwirtschaft und viele andere zeigten sich auch besorgt über eine mögliche politische Richtungsänderung im Zusammenhang mit der von oben verfügten 'Demokratisierung'. Ein Minister beruhigte jedoch: "Figueiredo wird die Politik der vorangegangenen Regierungen, wenngleich mit eigenem Charakter, fortsetzen."

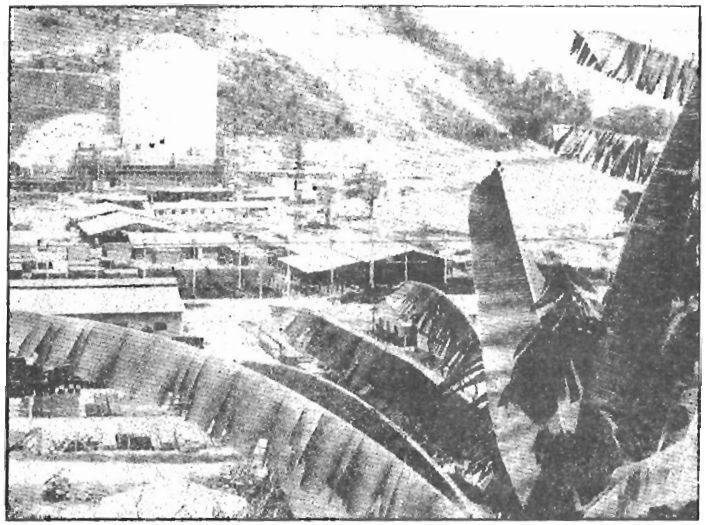
Schließlich waren alle (außer der brasilianischen Opposition gegen das Militärregime) mit dem Besuch zufrieden. Gegen Kritiker in den eigenen Reihen konnte Schmidt darauf verweisen, daß er nicht nur mit Unternehmern, sondern auch Kirchenfürsten, kritischen Gewerkschaftern und Intellektuellen gesprochen hatte. Die Angelegenheit 'Atomvertrag' wurde heruntergespielt. Andererseits hatte Schmidt die Bedeutung der Bundesrepublik als zweitwichtigstem Wirtschaftspartner Brasiliens bestärkt. Nach den Ereignissen im Iran hat Brasilien ganz sicher für die BRD-Wirtschaftsinteressen noch mehr an Wichtigkeit gewonnen.

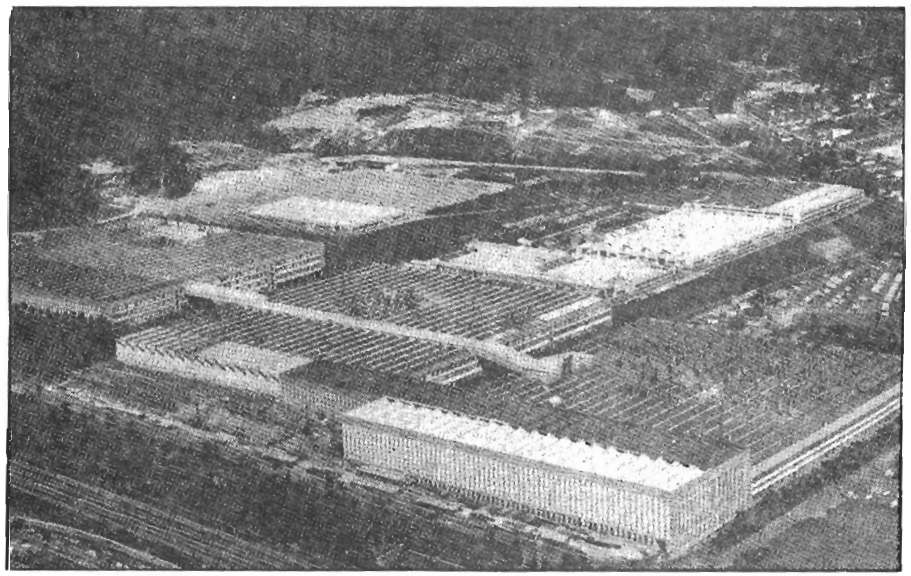
Doch auch Figueiredo war zufrieden. Der Schmidtbesuch hatte nicht nur das internationale Prestige der Militärdiktatur verbessert, sondern bedeutete auch eine Absegnung des von oben verfügten Öffnungsprozesses, dem immer noch die große Mehrheit der Bevölkerung nicht über den Weg traut.

nach: Folha de Sao Paulo (4.4.-9.4.79)
Estado de Sao Paulo (4.4.-9.4.79)
Istoé und Veja (4.4. und 11.4.79)



Die Rahmenbedingungen des Schmidt-Besuchs





Volkswagenwerk und bundesdeutsche Atomkraftwerke ...

...bringen Wohlstand für Brasilien.

BRASILIEN

Metalurgicos unidos jamais serao vencidos

170 000 Metaller streikten 14 Tage in den sogenannten ABC-Städten (Groß-Sao Paulo) um höhere Löhne und die Anerkennung der betrieblichen Vertrauensleute. Der Streik ist zwar inzwischen beendet, der Arbeitskonflikt jedoch noch nicht.

Wie gewohnt wurden die Kampfmaßnahmen, die am 13. März begannen, vom Arbeitsgericht für illegal erklärt. Gegen die Streikposten der Gewerkschaft ging die Militärpolizei mit brutaler Gewalt unter Einsatz von Schäferhunden, Schlagstock und Wasserwerfern vor. Hunderte von Streikenden wurden vorübergehend festgenommen, eine Vielzahl verletzt. Dennoch ließen sich die Streikenden, denen eine nationale Solidaritätswelle entgegenbrandete, nicht einschüchtern. Mehr noch führten die polizeilichen Übergriffe nur zu einem immer festeren Zusammenschluß der Arbeiter und ihrer Führer.

Der Streik war beschlossen worden nachdem der Vorsitzende der Metallarbeiterföderation, Argeu dos Santos, zusammen mit 31 Gewerkschaften des Landesinneren (des Bundesstaates Sao Paulo) einen Tarifvertrag unterzeichnet hatte, der den Erwartungen der drei starken Metallgewerkschaften der ABC-Städte nicht entsprach. Sie hatten im Jahr zuvor mittels Arbeitsniederlegungen höhere Löhne als die übrigen Metallgewerkschaften erkämpft. Im Gegensatz zu den kleineren Gewerkschaften des Landesinneren hielten sie weiterhin an der Ausgangsforderung nach einer 78 %igen Lohnerhöhung fest. Der Vertrag jedoch sah nur eine 63 %ige Lohnerhöhung für die bis zu drei Mindestlöhne verdienenden Arbeitnehmer vor und 57 % für die zwischen 3 und 10 Mindestlöhnen (ein Mindestlohn enspricht ca. DM 150) Verdienenden.

Die im Industrieverband FIESP zusammengeschlossenen Unternehmen lehnten jedoch jeglichen weiteren Zugeständnisse kategorisch ab. Der Konflikt eskalierte, z.T. bewußt von den Unternehmen - allen voran den Multis - verschärft. VW do Brasil bot sein Werksgelände der Militärpolizei als Operationsbasis an. 2000 Militärpolizisten besetzten nicht nur das Werk, sondern starteten von dort auch ihre Aktionen gegen die Streikposten anderer Betriebe.

Die als passiv, lethargisch und apathisch bekannten brasilianischen Arbeiter überraschten durch ihre hohe Kampfbereitschaft und Streikbeteiligung selbst Eingeweihte. Täglich wurden in einem Fußballstadion von Sao Bernardo Massenversammlungen mit 60000 bis 80000 Streikenden abgehalten. Nie war das Verhältnis zwischen der Mitgliederbasis und der Gewerkschaftsführung um Luís Inácio da Silva ('Lula') besser. Auf einer dieser Versammlungen lehnten am 22. März die Streikenden einen von Arbeitsminister Macedo gemachten Vorschlag zur Beilegung des Konfliktes ab. Das autoritäre Regime mußte sich nun offen herausgefordert fühlen.

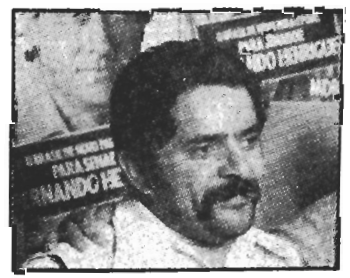
DIE "INTERVENTION"

Die Absetzung der drei gewählten Gewerkschaftsführungen erfolgte per Dekret. Bei Nacht und Nebel umzingelten schwerbewaffnete Polizeieinheiten die Gewerkschaftsgebäude, in die kurze Zeit später die vom Arbeitsministerium ernannten "Interventoren" einzogen. Lula und seinen Mitstreitern drohte nun ein Berufsverbot als Gewerkschaftsfunktionäre auf Lebenszeit.

Doch der Streik und die Massenversammlungen gingen weiter. Aus ganz Brasilien trafen Geldspenden und Nahrungsmittel ein. In den Kirchen wurden Messen für die Streikenden gelesen, wie sich überhaupt die Kirchen zum Zufluchtsort der Streikenden entwickelten. Dort wurden die Lebensmittel verteilt, dort konnten Versammlungen abgehalten werden, nachdem die Gewerkschaftsgebäude von der Polizei besetzt waren. Geld sammelten nicht nur die Angestellten bei VW do Brasil, sondern auch Politiker der Oppositionspartei MDB, hohe Kirchenfürsten, Intellektuelle und Schauspieler bis hin zu den Bewohnern von Favelas. Die Gewerkschaften Sao Paulos, Rios und von Porto Alegre hielten zahlreiche Beratungen ab, bei denen die Möglichkeit von Solidaritätsstreiks diskutiert wurden.

Trotz der Intervention verblieben die abgesetzten Gewerkschafter in der Streikführung, was in früheren Zeiten sicherlich mit polizeilichen Maßnahmen beantwortet worden wäre. Der Regierung jedoch lag es nicht an einer Zuspitzung des Konflikts. Man hatte gezeigt, wer Herr im Hause ist, nun wurde wieder, wenn auch informell, verhandelt. Am 27. März schließlich gelang ein Kompromiß, der von den Streikenden angenommen wurde:

- sofortige Rückkehr an den Arbeitsplatz
- keine Bestrafung der Streikenden
- Einsetzung einer Dreierkommission (aus Vertretern des Arbeitsministeriums, des Unternehmerverbandes und der Gewerkschaften) zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, die innerhalb von 45 Tagen zu einem Vertragsabschluß kommen soll
- Aussicht auf Bezahlung der durch den Streik ausgefallenen Arbeitstage
- Rückkehr der gewählten Gewerkschaftsführer in ihre Ämter.

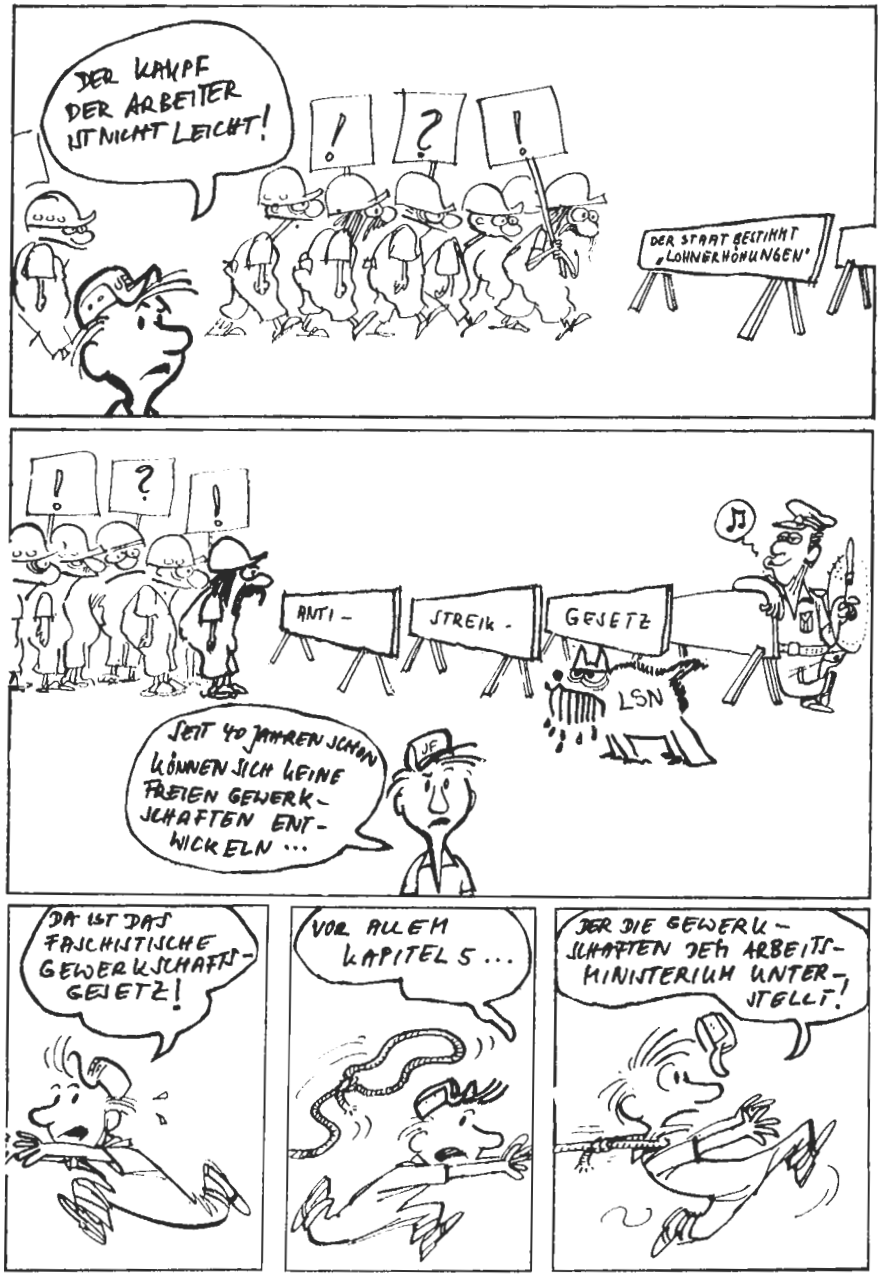


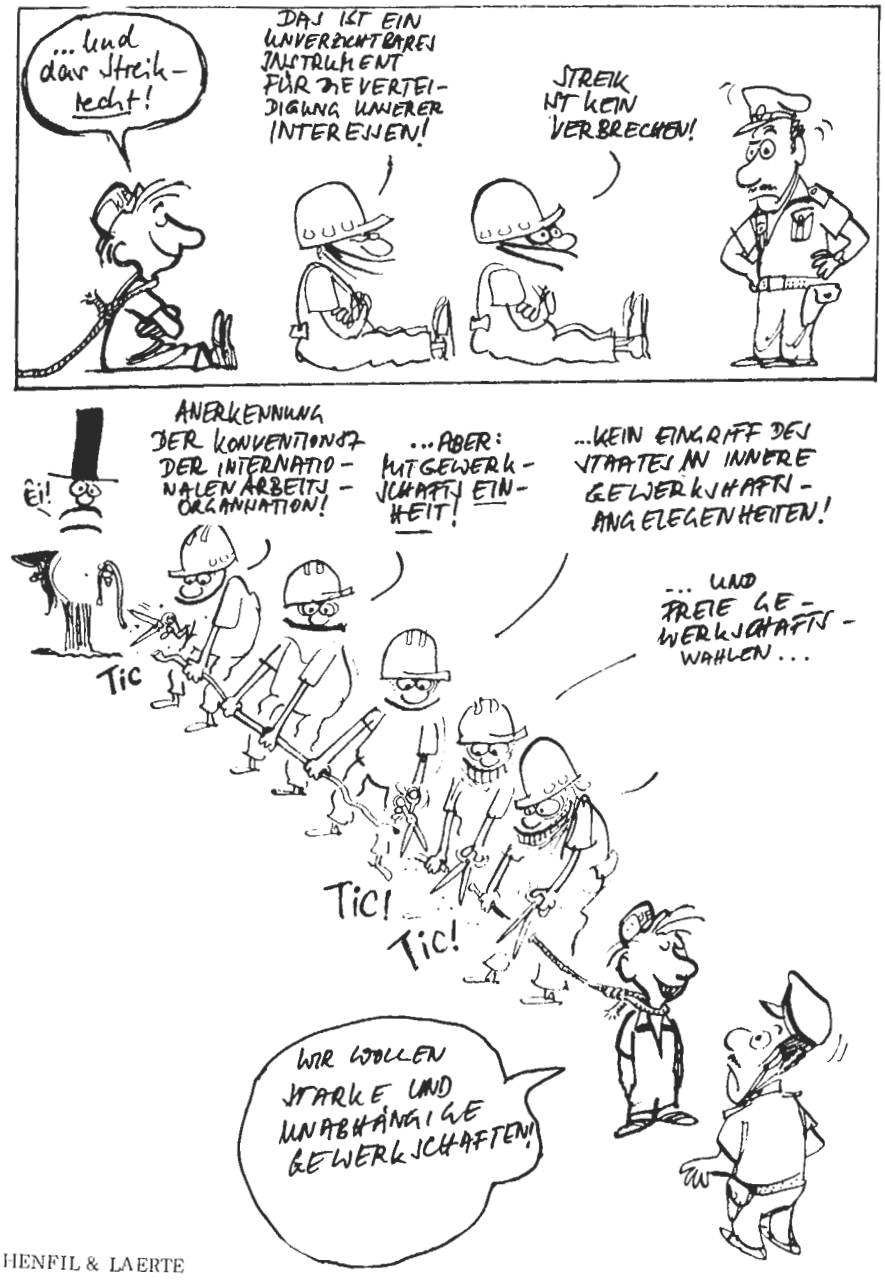
VORLÄUFIGES ERGEBNIS

Der Streik hatte bislang zwar keinen ökonomischen Erfolg für die Arbeiter gebracht, doch bedeutete er einen erheblichen organisatorischen und politischen Fortschritt. Die Machtprobe zwischen den kämpferischen Gewerkschaften und dem autoritären Regime scheint immer mehr zugunsten der ersteren auszugehen.

Die große Entscheidung wird für den 10. Mai, dem Ablauf der Verhandlungsfrist, erwartet. Sollten die Verhandlungen erneut scheitern, so wollen die Gewerkschaften Groß-Sao Paulos und anderer Landesteile mit einem Generalstreik antworten.

Brasilianische Arbeiter lernen sich zu organisieren





HENFIL & LAERTE

Interview mit oposicao sindical

Vom 31. März bis zum 1. April fand in Brüssel die erste 'Internationale Begegnung der Brasilianischen Gewerkschaftsopposition' statt. Zusammen mit vier zu letzter Stunde aus Brasilien eingereisten Gewerkschaftsvertretern, die sich bis zuletzt an den jüngsten Streiks im Lande - vor allem aber in der Metallbranche- beteiligt hatten, zogen die im Exil lebenden ehemaligen Gewerkschaftsführer José Ibrahim , Rolando Fratti, Luis Cardoso und Manoel da Conceicao Bilanz über die fast zehnjährige Arbeit der oposicao sindical in Brasilien und im Exil.

Ebenso wurden bei diesem Treffen auch die langjährigen Kontakte zu europäischen und lateinamerikanischen Gewerkschaften 'bilanziert'. Dem Aufruf der brasilianischen Gewerkschaftsopposition waren etwa 40 ausländische Gewerkschaften gefolgt. Die wichtigsten waren: die italiensichen, christdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Verbände der CGIL, UIL und CISL, die Föderation der italienischen Metallarbeiter (FLM), die gemeinsame Zentrale der dänischen, norwegischen und schwedischen Gewerkschaftsverbände (LO), die spnaischen comisiones obreras (CCOO), die französische CFDT, die jugoslawische CYS, die portugisische CGTP - Intersindical, die Internationale Arbeiter-Föderation bei den Vereinten Nationen , der Christliche Gewerkschaftsverband der Niederlande.

Auf lateinamerikanischer Seite : die Auslandsvertretung der CGT-R aus Argentinien, die CEDOC aus Ekuador, Chile-Sindical, die Comités der Unidad Sindical(CUS) aus Guatemala, die Christliche Gewerkschaftskonföderation Lateinamerikas (CLAT), die Gewerkschaftszentrale der Dominikanischen Republik.

Außerdem waren vertreten, teils durch eigene Beiträge, teils durch Beobachterstatus: der Weltkirchenrat (CME), Amnesty International (AI) und die UN.

Aus Brasilien waren anwesend:Sprecher der Bankangestelltengewerkschaft von Sao Paulo (die von der jüngst siegreich aus den Gewerkschaftswahlen hervorgegangenen Oppositionsliste geführt wird), der Metallarbeitergewerkschaft von Osasco/Sao Paulo, der Metallarbeiter-Opposition von Sao Paulo Stadt sowie ein Vertreter der Metallarbeiter-Opposition aus Belo Horizonte/ Bundesstaat Minas Gerais.

Der DGB war trotz wiederholter Einladungen nicht vertreten. An seiner Stelle, aber 'nicht stellvertretend', wie in Brüssel zu hören war, waren Basis-Vertreter der IG-Metall nach Brüssel gereist. Diese bedauerten die Abwesenheit ihres Dachverbandes. Sie meinten, die Internationale Abteilung beim DGB-Vorstand hätte damit eine einmalige Gelegenheit verpaßt, sich ein objektiveres Bild über die brasilianischen Gewerkschaften zu machen. Ihre Eindrücke (die der IG-Metall Vertreter) würden auf alle Fälle an die Kollegen in westdeutschen Betrieben weitergeleitet, hieß es. Die Schirmherren der Begegnung, die Vertretung der oposicao sindical in Brüssel, hatten brieflichen und telefonischen Kontakt zur Auslandsabteilung

des DGB in Düsseldorf aufgenommen und das Referat 'Lateinamerika', deren Leiter die brasilianischen Gewerkschafter bereits von anderen internationalen Treffen kennen, zum Brüsseler Treffen eingeladen. Aber der DGB betonte, überhaupt keine Einladung erhalten zu haben.

Von grundsätzlicher Bedeutung wäre denn auch die Anwesenheit offizieller DGB-Vertreter gewesen, war doch der Kernpunkt des Brüsseler Treffens, die Frage der internationalen gewerkschaftlichen Solidarität.

Aktueller Aufhänger für eine neue Diskussion über diese Frage waren die jüngsten Streiks in der Metallbranche der 'ABC'-Städte Sao Paulos. In Brüssel wurde darüber beraten und diskutiert, wie künftige Arbeitskämpfe in den Filialen der multinationalen Konzerne koordiniert werden könnten, um zu vermeiden, daß die Arbeiter der einen Filiale(z.B. bei FIAT in Brasilien) die Folgen eines Streiks in der anderen Filiale (z.B. bei SEAT in Spanien) 'auszubügeln' hätten. Die aus Brasilien angereisten Kollegen wiesen immer wieder darauf hin, daß die Vergangenheit gezeigt habe, daß die brasilianischen Kollegen Produktionsausfälle infolge von Streiks in den europäischen Mutterbetrieben bestimmter Multis durch verstärkten Arbeitseinsatz (Überstunden, Zusatzschichten, etc.) ausgleichen mußten. In einigen Fällen habe die brasilianische Regierung bei Nichtbefolgung mit der Anwendung des 'Gesetzes zur Nationalen Sicherheit' gedroht. Einzelne Gewerkschaftsführungen haben unter Hinweis auf die 'Illegalität' einer Arbeitsverweigerung die Arbeiter unter Druck gesetzt. Eine solche Verweigerung ist denn auch Grundlage für die meisten Entlassungen 'aus wichtigem Grunde', auf die sich die Unternehmer in der Regel beim Rausschmiß unliebsamer Arbeiterführer beziehen. Die gegenwärtige Arbeitsgesetzgebung (CLT) bietet den Unternehmern ausreichenden Schutz für solche Maßnahmen.

Über die repressive Praxis großer Unternehmen (vor allem der Multis) in Brasilien berichtete ein Mitglied der Metalleropposition von Osasco (Zentrum der brasilianischen Elektrotechnischen Industrie). Bis vor einigen Monaten war er als Kesselschmied bei Brown Bovery tätig. Bis 1976 war er Mitglied im Vorstand der Metallarbeitergewerkschaft der Stadt Osasco. Wegen scharfer Kritik am Führungsstil der Führung verlor er seinen Posten, obwohl er bis Mitte 1978 weiter als Vertrauensmann bei Brown Bovery tätig war. Seitdem ist er - wie viele andere aktive Gewerkschafter - arbeitslos. Und arbeitslos heißt in Brasilien mittellos. Eine der wichtigsten Forderungen , die auch während des jüngsten Streiks im ABC zum Durchbruch kam, ist die Schaffung eines Arbeitslosen-Fonds (vergleichbar Arbeitslosen-Unterstützung in der BRD) und Einhaltung und Ausdehnung des Kündigungsschutzes für Gewerkschaftliche Vertrauensleute.

zur Politik der herrschenden Gewerkschaftsführung zu entwickeln. Ein Beispiel aus jüngster Zeit: wir haben uns an die Gewerkschaftsführung in Osasco gewandt und gesagt:" Schaut mal her, überall reden die Leute und die Kollegen von den Streiks im ABC und wir sind der Meinung, daß wir hier dazu Stellung beziehen sollten. Was haltet Ihr davon?" Wir haben mit diesem Schritt schließlich erreicht, daß die Führung eine Vollversammlung einberief, die zur 'permanenten Vollversammlung' erklärt wurde. Das war ein eindeutiger politischer Schritt (der brasilianischen Gewerkschaften verboten ist Anm. der Red.).
Diese Vollversammlung dient jetzt als Form der Basis, zur Diskussion der bevorstehenden Verhandlungen. Denn die 45 Tage, innerhalb derer eine Dreierkommission - bestehend aus Gewerkschaftsführungen, Regierung und Unternehmer - die Verhandlungen über die Forderungen des abgebrochenen Streiks fortsetzen wird, betreffen uns gleichermaßen. Wenn also nach 45 Tagen im ABC wieder gestreikt wird, werden wir natürlich hier in Osasco soviel Krach machen, daß ein Streik hier unvermeidlich ist.

F.: Könntest Du noch einige konkrete Angaben über die Repression in den ausländischen Betrieben machen?

A.: Ich habe 7 1/2 Jahre bei Brown Bovery gearbeitet. Dies ist ein Betrieb, der niemals die brasilianischen Gesetze befolgt hat. Ich bin nicht der erste aktive Gewerkschafter, der von Brown Bovery gefeuert wurde. Vor mir wurden z.B. zwei Kollegen entlassen, die Mitglieder der Unfallverhütungs-Kommission im Betrieb waren. Ein vom brasilianischen Präsidenten unterzeichnetes Gesetz besagt aber, daß diese Kollegen mindestens ein Jahr Kündigungsschutz genießen. Ein anderer Kollege wurde nach den Streiks vom vorigen Jahr entlassen. Er klagt vor dem Arbeitsgericht, hat aber schon die erste Instanz verloren. Fazit: solange die Arbeiter bereit sind, daß Arbeitsklima bei Brown Bovery hinzunehmen, geht alles so seinen Gang. Wenn nicht, werden sie gefeuert. Z.B., wenn sie sich weigern, bestimmte Arbeiten zu übernehmen oder wenn sie nur andeuten, sie wollen sich gesundheitlich behandeln lassen. Das betrifft insbesondere die Schweißer. Die plagen sich mit einer berufstypischen Krankheit am Steiß herum, die schwer heilbar ist: zahlreiche Schweißer wurden in der letzten Zeit entlassen ...

Ich könnte natürlich die Serie repressiver Maßnahmen bei Brown Bovery beliebig fortsetzen, aber Brown Bovery ist natürlich nur ein Beispiel. Aber die schärfste Repression herrscht bei VW. Dieses Unternehmen hat in Sao Bernardo eine eigene Polizei-Streitkraft (Werkschutz Anm. der Red.) im Betrieb. Es ist z.B. so, daß man leichter die Grenze zu einem anderen Land überschreiten kann als die Fabriktore zu VW. Es passiert, daß Arbeiter auf dem Weg nach Hause ihre Papiere oder ähnliches im Betrieb vergessen, in den Betrieb zurückkehren, aber nicht hereingelassen werden. VW besitzt mehr als 700 Werkschützer. Sie sind für die Sicherheit des Betriebes zuständig. VW ist auch bekannt dafür, daß der Konzern einzelne Vertrauensleute zu bestechen versucht, die andere bespitzeln sollen. In Sao Bernardo wurden sogar drei dieser 'umgedrehten' Vertrauensleute entdeckt und aus der Gewerkschaft entfernt. Der Konzern versucht mit allen Mitteln (Bestechung, Bespitzelung, Werkschutz-Einsatz und Entlassung) die gewerkschaftliche Aktivität im Betrieb zu unterbinden.

* * *

Die Position der Oposicao Sindical

Vorbemerkung: Als Vorbemerkung möchte ich sagen, daß die jüngsten Streiks die Entwicklung fortgesetzt haben, die im Mai vorigen Jahres begann. Mit einem Unterschied: im Mai und im November vorigen Jahres begannen die Streiks in den Fabriken und spielten sich in den Fabrikhallen ab. Die Bosse waren es, die die Kollegen dann auf die Straße setzten. Diesmal war es anders: die Arbeiter haben Streikposten aufgestellt und sind nicht in die Werkshallen gegangen. Dann gehört zur Bilanz des Streiks die Feststellung, daß eine große Kampfbereitschaft zu erkennen ist. Zwar kam bislang unter dem Strich nicht viel heraus, aber wichtig war die massenhafte Teilnahme der Arbeiter am Streik.

Frage: Gab es Fortschritte in den Organisationsformen des Streiks?

Antwort: Ja, ich habe das selbst erlebt. Schau mal: da war die Entschlossenheit der Arbeiter, die keine Angst vor der Polizei haben. Die gleiche Polizei, die verhaftet, geprügelt und getötet hat, wurde von den Arbeitern einfach ignoriert. Wenn die Polizei hier eine Streikpostenkette auflöste, wurde dort eine neue aufgestellt, Omnibusse mit Streikbrechern wurden aufgehalten und nicht in die Werkshallen durchgelassen. So was tun Arbeiter nicht, wenn sie nicht ein Mindestmaß an Organisation besitzen. Dazu ein interessantes Beispiel: nachdem die Gewerkschaft von Sao Bernardo do Campo von Polizeikräften besetzt worden war, hielten etwa 3000 Metallarbeiter auf eigene Faust eine Versammlung in der Stadtverordnetenkammer ab. Obwohl die abgesetzte Gewerkschaftsführung nach Beendigung der Versammlung den Arbeitern die Rückkkehr nach Hause empfohlen hatte, um weitere Eskalationen mit der Polizei zu verhindern, marschierten einige Tausend Metaller, auf eigene Faust, zur Gewerkschaftszentrale von Sao Bernardo. Die Polizei, die vor dem Gebäude Posten bezogen hatte, flüchtete und die Arbeiter erklärten die Gewerkschaft für 'zurückgeobert'. Eine Viertelstunde lang hielten sie ihre Gewerkschaft besetzt und zogen dann geordnet wieder aus, ohne daß es zu Zwischenfällen mit der Polizei gekommen wäre.

Den von der Regierung eingesetzten 'Kommissar' hatten sie aus dem Gebäude geworfen, alle Türen geöffnet, um damit symbolisch zu zeigen, daß sie zwar noch keine Organsiation besitzen, um eine Gewerkschaft über längere Zeit halten zu können, daß sie aber sehr wohl in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen, die offenbaren, daß sie nicht mehr bereit sind, alles hinzunehmen.

In der Stadt Campinas (ca. 100 km von Sao Paulo entfernt) haben die Arbeiter der versöhnlerischen Gewerkschaftsführung das Mißtrauen ausgesprochen und ein eigenes Streikkommando aufgestellt, das eine Reihe von Betrieben mit mehr als 3000 Arbeitern lahmlegte. Der Gewerkschaftsführer ist schon mehr als 10 Jahre an der Spitze jener Metallarbeitergewerkschaft: ein 'pelego'(gelber), wie man sagt. Der mußte sogar um persönlichen Schutz bei der Polizei bitten ...

F.: Wie sah es mit der Solidarität anderer gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen aus?

A.: Als erstes muß man da die Kirche erwähnen. Sie machte Spendensammlungen auf der Straße, in den Bezirken, von Haus zu Haus, auf den offenen Märkten usw.. Sogar Leute, die bisher nur das Beten verstanden, haben plötzlich ihre Solidarität mit den streikenden Arbeitern entdeckt. Aber was mich persönlich am meisten beeindruckt hat, war folgendes: die Bewohner einer 'Favela' (Slum) haben sich zusammengeschlossen und gegeben, was sie geben konnten. Und dies sind die Ärmsten der Armen. Aber von dem, was sich in den Universitäten abspielte, kann man sich gar keine Vorstellung machen: da wurden Spendenlisten herumgereicht, die Unterrichtsstunden unterbrochen, es wurde diskutiert und gespendet. Die Hochschullehrer haben wiederum unter ihren Kollegen Listen angefertigt ... etc. Das war schon eine beeindruckende Solidarität! In den Nachbarschaftsvereinigungen der armen Viertel Sao Paulos wurde getagt. Das Streikkommando, zusammengesetzt aus den abgesetzten Gewerkschaftsführungen, diskutierte dort mit den Bewohnern, die ihre Räume zur Verfügung stellten, ansonsten zumeist in Kirchen.

F.: Nach Deinen Beobachtungen: wie funktionierte die Verbin dung zwischen Basis und Gewerkschaftsführung während des Streiks?

A.:Man muß wissen, daß die Führungen der Metallarbeitergewerkschaften fortschrittlicher sind als die der anderen Gewerkschaften. Es ist unter keinen Umständen zuläßig zu behaupten, daß die Gewerkschaftsführer des ABC sog. 'gelbe' Führer sind. Doch offenbaren die Kollegen immer noch schwerwiegende politische Mängel. Ich kann da nur über Sao Bernardo urteilen, weil ich mich dort die meiste Zeit aufgehalten habe.
So war die einzige direkte Verbindung der Gewerkschaftsführung zur Basis, die Lohnkommission (die sich neben Mitgliedern der Gewerkschaftsführung auch aus Arbeitern der verschiedenen Betrieben zusammensetzt). Es wurde von den zahlreichen Kollegen, die ich sprechen konnte, bemängelt, daß kaum Arbeiter zu Wort kamen auf den großen Kundgebungen im Stadion von Sao Bernardo. Das ist sicherlich noch eine Schwäche der dortigen Führung, denn einige Kollegen, die uns ja bekannt sind, waren anwesend und hätten bestimmt was zu sagen gehabt. Ich merkte auch, daß jedesmal, wenn solch eine Versammlung beendet war, etwas fehlte, um die Arbeiter danach zu organisieren. Es machte sich Ratlosigkeit und Demobilisierung bemerkbar. Schon auf den Massenkundgebungen hätte man die Arbeiter der einzelnen Betriebe an bestimmten Ecken des Stadions konzentrieren können, damit sich die Kollegen auf Betriebs- und Abteilungsebene organisieren konnten. Allein von VW waren da in der Regel 15 000 Kollegen anwesend! Das war mehr als die Hälfte von VW ... Aber dem wurde nicht Rechnung getragen. Andererseits scheint mir aber, daß die entsprechenden Gewerkschaftsführungen dies nicht aus Absicht unterlassen haben, sondern aus Unerfahrenheit.

F.: Sie gehören also Deiner Meinung nach einer Generation an, die den Militärputsch von 1964 in seinen konkreten repressiven Ausprägungen gegen die Arbeiter noch nicht miterlebt haben?

A.: Genau. Aber wir glauben, daß die Entwicklung in der Arbeiterbewegung dahin tendiert, daß wir mittelfristig eine freie, demokratische Gewerkschaftsbewegung erkämpfen werden. Dies bedeutet ein Zusammengehen und -arbeiten mit den fortschrittlichen und kämpferischen 'neuen' Gewerkschaftsführungen. Ich glaube, wir werden in der Lage sein, mittelfristig die führende Rolle in diesem Prozeß zu spielen.

F.: Worin siehst Du schließlich den wesentlichen Unterschied zwischen den 'neuen' kämpferischen Gewerkschaftsführungen und den seit 1964 an der Basis operierenden Gewerkschafts-Oppositionen?

A.: Um mal ganz 'unten' an der Basis zu beginnen - ein Punkt, den wir für den wichtigsten halten, ist die Frage der Fabrik-Kommissionen. Die abgesetzte

Gewerkschaftsführung von Sao Bernardo plädiert für den Gewerkschaftlichen Vertrauensmann. Wir aber sind für den Betrieblichen Vertrauensmann. Worin besteht der Unterschied? Der Unterschied ist dieser: wenn wir diese Forderung aufstellen, so deshalb, weil wir der Meinung sind, daß diese Organisationsform die Grundlage für eine wirklich freie Gewerkschaftstruktur ist, für die wir kämpfen. Ohne diese Betriebskommissionen bleibt die Teilnahme der Arbeiter - eines jeden Arbeiters - sehr begrenzt. Denn dann verfügen wir kaum über eine schlagkräftige Organisation der Arbeiter im Betrieb. Es sollen also nicht nur gewerkschaftliche Vertrauensleute sein, sondern jeder Arbeiter kann sich an diesen Kommissionen beteiligen. Es ist also die Frage, wie sich die Klasse als solche organisieren kann, um so schlagkräftig zu sein, daß wir in der Lage sind, die herrschende Gewerkschaftsstruktur durch eine neue zu ersetzen.

F.: Gibt es konkrete Vorstellungen zu Formen der Zusammenarbeit zwischen den 'kämpferischen' Gewerkschaftsführungen und den Gewerkschaftsoppositionen, die noch innerhalb ihrer eigenen Gewerkschaften gegen die korrupten und kollaborationistischen Führungen kämpfen?

A.: Also, unsere Politik ist eine der fortschreitenden Annäherung. Wir sollten gemeinsam diskutieren und, soweit es erforderlich ist, wollen wir auch unsere Kritik an dem leisten, was wir für kritikwürdig halten. Unser Prinzip ist nach wie vor die aktive Beteiligung am Entscheidungsprozeß innerhalb der Gewerkschaften, in denen wir die Opposition bilden. Dort versuchen wir eine Alternative

ARGENTINIEN

Streiks in der Metallindustrie

Die Streikwelle gegen die geplante Verschlechterung der Lohnsituation der Arbeiter ließ auch im März dieses Jahres nicht nach. Einer der wichtigsten Streiks griff von der Automobilindustrie Còrdobas auf weitere Unternehmen der Metallindustrie über.

Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurden ca. 3oo Streiks registriert. (1978 waren es insgesamt ungefähr 4ooo Streiks !) Die Mehrheit dieser Streiks entstand spontan und ohne eine Koordination untereinander. Sie brachen meist in mittleren und kleinen Unternehmen aus . Aber infolge ihrer Zersplitterung, die auch durch den Koordinationsversuch der Comisión de los 25 , der oppositionellen Gewerkschaftsgruppierung (vgl. LN 69 S. 32) nicht aufgehoben wurde, stellen diese Streiks im Augenblick keine frontale Bedrohung der Wirtschaftspolitik dar.

Einer der wichtigsten Arbeitskonflikte brach im März in der Automobilindustrie in Córdoba aus, wo die Arbeiter des Renaultkonzerns Lohnerhöhungen von 5O% forderten. Als die Unternehmensleitung hart blieb, legten 1O OOO Arbeiter ihre Arbeit nieder. Sehr schnell griff dieser Ausstand auch auf andere Unternehmen der Metallbranche über. Unter den betroffenen Betrieben waren u.a. die von den Militärs geleiteten Industrias Mecánicas del Estado (IME - Mechanische Industrie des Staates) und die Eisen- und Stahlwerke"Santa Rosa" am Rande von Buenos Aires.

Die Unternehmensleitungen und die Regierung reagierten darauf mit einer Mischung aus Repression und Verhandlungen. Auf keinen Fall sollten derartige Lohnerhöhungen zugestanden werden, die weit über den regierungsoffiziellen Lohnleitlinien (monatliche Lohnerhöhung um 4% - vgl. LN 69 S. 3O) liegen.

Bei IME wuden sofort 54 Arbeiter entlassen und mit der Anwendung des Sicherheitsgesetzes Nr. 21 400 gedroht, das Streiks untersagt. Darufhin wurde der Streik nach vier Tagen erfolglos abgebrochen.

Bei IKA-Renault (IKA = Industrias Kaiser Argentina, unterdessen von Renault übernommen) dagegen wurde der Streik trotz der Entlassung von 163 am Ausstand beteiligten Arbeitern weitergeführt. Erst nachdem die Entlassenen wieder eingestellt wurden und die Leitung von Renault sich zu Verhandlungen über die Lohnforderungen bereiterklärte, nahmen die Streikenden die Arbeit wieder auf. Über die Resultate dieser Verhandlungen war bis zum Redaktionsschluß noch nichts bekannt.

SPENDET FÜR DEN ARGENTINIEN Solidaritäts-Fonds

* * * *

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Argentinien - Hilfe

Gewerkschaftsfraktionen

Überraschend haben sich die rivalisierenden peronistischen Gewerkschaftsgruppierungen, die "Comisión de los 25" und die "Comisión Nacional del Trabajo" (CNT), nach monatelangen Wortgefechten auf ein gemeinsames Aktionsprogramm geeinigt. Zum besseren Verständnis solcher Gewerkschaftsgruppierungen wollen wir in diesem Artikel einige grundlegende Tendenzen der Entwicklung der peronistischen Arbeiterbewegung darstellen.

Unter der ersten Regierung von Juan Domingo Perón (1946-55) war 1946 im Gewerkschaftsgesetz (Ley de Asociaciones Profesionales) die Organisationsform der Einheitsgewerkschaft durchgesetzt worden: Nur jeweils eine Gewerkschaft erhielt pro Industriezweig das Recht auf Tarifverhandlungen. Die Gewerkschaftszentrale CGT wurde durch ihr Einschwenken auf die Politik Peróns zu einer Hauptstütze seiner Regierung. Diese "Peronisierung" der CGT wurde 1950 sogar in den Statuten des Dachverbandes festgeschrieben. Damit hatten die argentinischen Gewerkschaften eine klare parteipolitische Orientierung (im Gegensatz etwa zum DGB, der eine parteipolitische Festlegung ablehnt).

Alle Regierungen, die nach dem Sturz Peróns 1955 durch Wahlen (bei Ausschluß des Peronismus) oder Staatsstreich an die Macht kamen, mußten sich mit der mehrheitlich peronistischen Arbeiterklasse auseinandersetzen. Entweder versuchten sie, die Arbeiterbewegung durch Repression auszuschalten oder durch Integration zu neutralisieren. Da die peronistische Partei zwischen 1955 und 1973 die meiste Zeit verboten war, übernahm die organisierte Gewerkschaftsbewegung auch die politische Vertretung der peronistischen Massen.

Mit dem Sturz und der Exilierung Peróns mußten die Gewerkschaften ihre Haltung zu zwei Fragen klären: Ihr Verhältnis zu den jeweiligen Regierungen (Zusammenarbeit oder Opposition) und ihr Verhältnis zu Perón (Unterordnung unter seine Anordnungen aus dem Exil oder eine von der

Person Peróns abgelöste Politik). Beide Probleme führten zu verschiedenen Spaltungen innerhalb der peronistischen Bewegung. In den ersten Jahren nach 1955 entsprach die Politik der "Orthodoxen", der Perón-treuen Gewerkschaften, meist einer härteren Opposition gegenüber den Regierungen, während die "Neo-Peronisten" (Peronismus ohne Perón) eine kompromißbereitere Haltung einnahmen. Ab Mitte der 60er Jahre tendierten jedoch beide Fraktionen zu einer versöhnlerischen Politik und näherten sich einander, während eine radikale Oppositionsbewegung kleinerer Gewerkschaften vorwiegend des Landesinneren entstand, die zunehmend auch sozialistische Forderungen in ihr Programm aufnahm. Beim allgemeinen Gewerkschaftskongreß 1968 konnte die radikale Oppositionsbewegung die Mehrheit der Delegierten hinter ihre Forderungen vereinen und übernahm die Führung der CGT unter dem Vorsitzenden der Druckergewerkschaft, Raimondo Ongaro. Die CGT de los Argentinos, wie sie sich nannte, hatte maßgeblichen Anteil an den Volksaufständen gegen die Militärdiktatur General Onganías in zahlreichen Provinzhauptstädten 1969 und 1970. Die orthodoxe Minderheitsfraktion in der CGT spaltete sich ab und bildete eine zweite Gewerkschaftszentrale, die CGT Azopardo. Diese allein wurde von der Militärdiktatur als Verhandlungspartner anerkannt, während die CGT-A verfolgt und viele ihrer Führer gefangen gesetzt wurden. Auf einem Vereinigungskongreß beider CGTs übernahmen dann wieder die Orthodoxen die Gewerkschaftsführung.

Zwischen diesen noch weit zersplitterteren Gewerkschaftstendenzen - von den rechtsperonistischen Gruppen, die eine Politik der Klassenzusammenarbeit praktizieren, bis zu den linksperonistischen Organisationen, die einen national ausgerichteten Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben haben, bildete der Bezug auf den Peronismus und die Person Peróns die große Klammer.

Die zweite Regierung Peróns seit 1973 führte zu einer Zerreißprobe innerhalb der peronistischen Bewegung. Ein Sozialpakt zwischen Unternehmern und Gewerkschaften unter der Aufsicht des Staates sollte den sozialen Frieden wahren und einen vom Auslandskapital unabhängigeren Entwicklungsweg ermöglichen. Als es immer offensichtlicher wurde, daß der Sozialpakt die Unternehmer einseitig begünstigte, von den Arbeitern Lohnverzicht verlangte, während die Unternehmer kontinuierlich die Preise erhöhten und durch Warenhortung das Warenangebot reduzierten, mußten sich die Gewerkschaften entscheiden: Entweder sie unterstützten weiterhin die Wirtschaftspolitik der Regierung Peróns unter weitgehender Aufgabe einer Interessensvertretung der Arbeiter, oder sie mußten den Sozialpakt aufkündigen und damit den wichtigsten Bestandteil der Wirtschaftspolitik "sabotieren". In zahlreichen Betrieben streikten unterdessen die Arbeiter ohne offizielle Gewerkschaftsunterstützung um Lohnerhöhungen und nahmen dabei in Kauf, daß die Streiks von Regierung und Gewerkschaftszentrale als "illegal" erklärt wurden. Die Gewerkschaftsbürokratie hielt auch in dieser Situation an der klassenversöhnlerischen Politik fest und entwickelte sich zu einem Organ der Demobilisierung und Kontrolle der Arbeiterbasis, zu einem Hilfstrupp mit der Aufgabe, die sich anbahnende Wirtschaftskrise durch Abwiegelung der Forderungen der Arbeiter überwinden zu helfen. Die gewerkschaftliche Basis mußte dagegen neue Kampfformen entwickeln außerhalb des Gewerkschaftsapparates, mußte sich nicht nur gegen die Unternehmer wehren, sondern auch gegen die eigenene Funktionäre. Es entwickelten sich seit August 1974 sog. Coordinadoras de lucha (Kampfkoordinationen auf betrieblicher oder zonaler Ebene), die die anwachsende Streikbewegung koordinierten. Die Trennung zwischen Basis und Gewerkschaftsführung führte seit Juni 1975 auch zu einer Spaltung der Gewerkschaftsführungen selbst um die Frage: Unterstützung der Wirtschaftspolitik Isabel Peróns (der Nachfolgerin General Peróns) oder Opposition dagegen.

Mit dieser Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsführung und zwischen Gewerkschaftsführung und Basis geriet die rechtsperonistische Regierung in das unlösbare Dilemma, das darin bestand, "daß ihre politische Macht auf der Macht der Gewerkschaftsbürokratie aufbaute, deren Apparat sich einerseits gegenüber der gewerkschaftlichen Basis verselbständigt hatte und sich geradezu gegen sie richtete, andererseits in Krisenzeiten die Zustimmung der Basis suchen mußte, die aber im März 1976 jedes Vertrauen in diese Führung verloren hatte" (Peter Fuchs: Argentinien 1976, in: S.Fronius: Nicht besiegt und noch nicht Sieger, S.131). Als dann das Militär putschte, rief die Isabel-treue Gewerkschaftsführung vergeblich zum Generalstreik auf: Die Gewerkschaftsbosse fanden keine Unterstützung mehr in der Basis. Allerdings setzte bald darauf der Widerstand der Gewerkschaftsbasis gegen die Massenverhaftungen und die Wirtschaftspolitik der Diktatur ein. Er wurde von den Betrieben aus organisiert.

Während die Betriebskomitees ihren schweren Kampf im Untergrund gegen die Diktatur führten, bildeten 1977 zwanzig nicht-intervenierte (interveniert: unter staatskommissarische Verwaltung gestellt) und fünf intervenierte auf Initiative der rechtsperonistischen Automobilgewerkschaft SMATA (vgl.LN 55, S.37) die "Comisión de los 25), die eine gemäßigte Opposition aber verhandlungsbereit gegenüber dem Regime einnahm. Unter dem Druck der gewerkschaftlichen Basis ging die Comisión de los 25 auf einen schärferen Oppositionskurs gegen die Wirtschaftspolitik und die Repression des Videla-Regimes. Im Ausland wurde die Comisión von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und vom Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG) als die unter den gegenwärtigen Umständen einzig rechtmäßige Vertretung der argentinischen Gewerkschaftsbewegung anerkannt.

Im August 1978 wurde ebenfalls von Rechtsperonisten eine Konkurrenzorganisation zur Comisión gegründet. Die Comisión Nacional del Trabajo (CNT - Nationale Arbeitskommission). Beide Rivalen fochten einen monatelangen Flugblatt- und Artikelkrieg gegeneinander aus. Das Arbeitsministerium unterstützte eher die CNT, um dadurch die Spaltung innerhalb der Gewerkschaften zu vertiefen und die Arbeiterbewegung zu schwächen. Diese Unterstützung trug der CNT in einigen Gewerkschaftskreisen den Ruf einer "gelben", Regierungs- und Unternehmerfreundlichen Fraktion ein.

Betrachtet man allerdings die Proklamationen und Aufrufe beider Fraktionen in den letzten Monaten, so stimmen sie in wesentlichen Punkten der Kritik an der Wirtschaftspolitik der Diktatur überein. Unterdessen ist auch die CNT beim neuen Arbeitsminister, General Llamil Reston, in Ungnade gefallen, weil sie ohne Erlaubnis der Streitkräfte eine nationale Gewerkschaftskonferenz einberufen hat.

Ende März haben CNT und die Comisión de los 25 ihre verbalen Auseinandersetzungen zumindest vorerst beigelegt und ein gemeinsames Aktionsprogramm verabschiedet. Dessen wichtigste Punkte sind:

- Sofortige massive Anhebung der Löhne,
- Freilassung aller verhafteten Gewerkschafter,
- Opposition gegen das von der Regierung geplante neue Gewerkschaftsgesetz.

Das neue Gewerkschaftsgesetz

Nach der Machtübernahme im März 1976 hatten die Militärs die CGT und die wichtigsten Einzelgewerkschaften unter die Verwaltung militärischer Staatskommissare gestellt. Weitere Dekrete verboten jegliche

politische Betätigung, Streiks und andere Aktionen bei Arbeitskonflikten. Damit versuchte das Regime, eine Wirtschaftspolitik, die auf Verelendung der Arbeiter aufbaut, ohne organisierte Arbeiterbewegung durchzusetzen. Jede organisierte Artikulation der Arbeiterklasse soll verhindert werden.

Das neue Gewerkschaftsgesetz soll nun einen Teil der Ausnahmegesetzgebung überflüssig machen. Die wichtigsten Maßnahmen zur langfristigen Schwächung der Gewerkschaften sind darin enthalten.

Das Gesetzesprojekt sieht vor:

- Jeder Gewerkschaftsfunktionär darf höchstens zweimal auf je drei Jahre in ein Amt gewählt werden,
- die Finanzierung der Gewerkschaften erfolgt durch Mitgliedsbeiträge. Nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zahlen keine Gewerkschaftsbeiträge. Das peronistische Gewerkschaftsgesetz sah vor, daß jedem Arbeiter ein bestimmter Betrag vom Lohn abgezogen und an die Gewerkschaften gezahlt wurde,
- jegliche politische Betätigung der Gewerkschaften ist verboten,
- die Verwaltung der Obras Sociales, der Sozialwerke, der Gewerkschaften wird diesen entzogen (u.a. Krankenhäuser, Ferienkolonien).

Das Verbot politischer Betätigung für Gewerkschaften soll die politischen Artikulationsmöglichkeiten der Arbeiterklasse beschneiden, die wohl auch auf absehbare Zeit nicht mit der Wiederzulassung ihrer politischen Parteien rechnen kann.

Mit der Entziehung der Verwaltung der Obras Sociales der Gewerkschaften wird ihnen ein wichtiger Teil ihrer sozialen Betätigung, aber auch ein Bestandteil ihrer finanziellen Macht genommen.

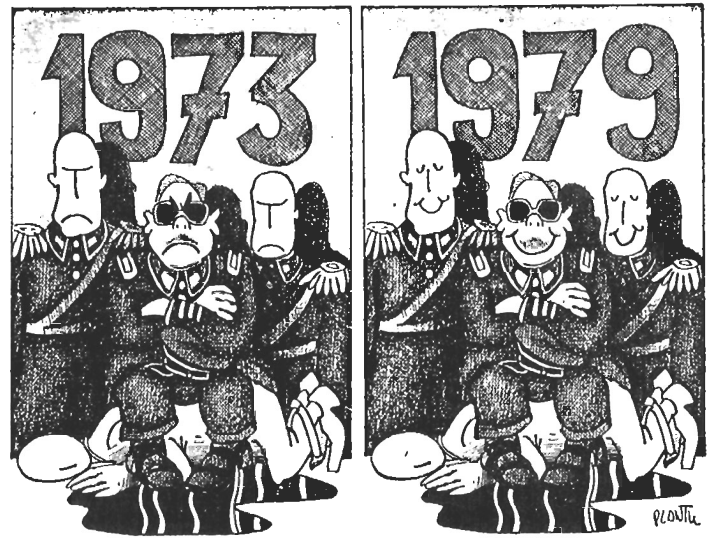
CHILE

Überfall als Regierungsprinzip

Es scheint nicht menr ausgeschlossen, daß noch im Jahr 1979 Schritte unternommen werden, die der Welt vorgaukeln sollen, daß Chile auf dem Weg zur Wiederherstellung der Demokratie sei. Am Inhalt der Politik der Diktatur soll sich dabei nichts ändern: Der ultraliberale Kurs der Wirtschaftspolitik erreicht jetzt auch die letzten Winkel und darf nac Meinung der Regierung nicht infragegestellt werden.

"Wir haben uns nicht Fristen gesetzt, sondern Ziele" - mit diesem von allen Militärdiktatoren Südamerikas immer wieder beschworenen Satz krönte Staatspräsident General Augusto Pinochet am 6. April seine Rede zur Eröffnung des neuen Studienjahres an der Katholischen Universität von Santiago. Damit machte er erneut klar, daß der vor knapp zwei Jahren von ihm versprochene Zeitplan für eine "Institutionalisierung" trotz seiner langen Fristen - die ersten völlig freien Wahlen sollten danach erst 1991 stattfinden - für weniger wichtig gehalten wird als der Inhalt dieser "Institutionalisierung": eine "autoritäre, geschützte, technifizierte, integrierende Demokratie mit authentischer sozialer Beteiligung", kurz: eine Herrschaftsform, in der die Beteiligung des Volkes nur so weit reicht, daß die als rein technische Operation erscheinende Politik der autoritären Regierung vor jeder wirksamen Kontrolle geschützt bleibt.

Das ist denn auch genau der Inhalt des Verfassungsentwurfs, der von



Karikatur aus Le Monde

einer von Pinochet einberufenen Verfassungskommission in fünfjähriger Arbeit erstellt wurde. Dieser Verfassungsentwurf liegt gegenwärtig dem von Pinochet einberufenen und ihm allein verantwortlichen Staatsrat vor und soll dann von der von Pinochet geleiteten Militärjunta verabschiedet und einem Volksentscheid unterworfen werden.

Die Äußerung von Pinochet über Fristen und Ziele muß nun nicht unbedingt so verstanden werden, daß die Fristen bis zu "Volksentscheiden" und Wahlen immer länger werden. Im Gegenteil scheint es jetzt denkbar, daß diese Fristen sogar abgekürzt werden. Mit überfallartig organisierten "Wahlen" könnte man gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Der Überraschungseffekt würde - wie schon bei der "Volksbefragung" vom 4. Januar 1978 und bei den "Gewerkschaftswahlen" von Ende Oktober 1978 - für eine Verwirrung der Bevölkerung im allgemeinen und der Opposition im besonderen sorgen, und das Image der Militärregierung im Ausland könnte verbessert werden. Sogenannte "Fortschritte auf dem Wege zur Demokratie" werden bekanntlich - siehe Bundeskanzler Schmidt in Brasilien - immer gern begrüßt.

Die christdemokratisch orientierte Zeitschrift HOY (Nr. 97 vom 4. April 1979) berichtet über Diskussionen in Regierungskreisen, wonach noch im Mai eine verfassunggebende Versammlung bestimmt werden könnte, ernannt zu einem Drittel vom Staatspräsidenten, zu zwei Dritteln "von den Regionen des Landes", wobei unklar bleibt, wer im Auftrag dieser Regionen sprechen darf. Mit einem solchen Schritt wäre der gesamten demokratischen Opposition, die eine freigewählte Verfassunggebende Versammlung fordert, zumindest teilweise der Wind aus den Segeln genommen.

Die von oben ernannte Versammlung könnte, so die regierungsnahen Quellen, den Verfassungsentwurf schnell verabschieden, sodaß er nach zwei oder drei Monaten bereits einem überraschend angesetzten Volksentscheid unterworfen werden könnte. Schließlich könnten, "um den Kritiken ein Ende zu setzen", noch vor Ende des Jahres Präsidentenwahlen stattfinden, wobei vorausgesetzt wird, daß sie so organisiert werden, daß General Pinochet Gelegenheit bekommt, "den 1973 eingeleiteten Prozeß zu konsolidieren".

Die Möglichkeit eines plötzlich von einem Tag auf den anderen angesetzten Volksentscheids ist natürlich auch den verbotenen politischen Parteien nicht verborgen geblieben. Um zu verhindern, daß - wie bei der "Volksbefragung" vom 4. Januar 1978 - jede Art von Betrug und Manipulation von seiten der Regierung möglich bleibt (vgl. LN Nr. 56, S. 3ff.), haben deshalb 300 führende Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern (d.h. von der militärfreundlichen Rechten bis zur Unidad Popular) die sofortige Wiederanlegung von Wählerlisten verlangt. Die früher existierenden Wählerlisten waren kurz nach dem Putsch vom September 1973 von der Militärjunta verbrannt worden, wobei als Begründung angegeben wurde, daß sie einen Wahlbetrug zugunsten Allendes ermöglicht hätten. Tatsächlich hatte die Opposition gegen Allende 1973 vor dem Putsch behauptet, daß die Regierung der Unidad Popular durch irreguläre Ausgabe von Personalausweisen einen Wahlbetrug versucht hätte. Dieser Vorwurf war damals vom unabhängigen Wahlgericht zurückgewiesen worden. Eine Untersuchung im chilenischen Parlament war noch nicht abgeschlossen, als die Militärs putschten und die Wählerlisten einfach verbrannten.

Innenminister Sergio Fernández, der militärischste aller chilenischen Zivilisten antwortete jetzt auf die Petition der 300, daß Wählerlisten sich grundsätzlich zum Betrug eignen und deshalb nicht erstellt würden. Damit ist klar, daß es bei allen von der Junta organisierten Wahlen und Volksentscheiden keinerlei öffentliche Kontrolle der Durchführung und der Ergebnisse wird geben können, sodaß dem Betrug und der Manipulation von seiten der Regierung Tür und Tor geöffnet sind. Das ist umso bemerkenswerter, als sich in letzter Zeit die Skandale um irregulär ausgestellte Personalausweise immer stärker gehäuft haben.

Ein ahnungsloser deutscher Jurist

Mag die chilenische Bevölkerung noch so mißtrauisch gegenüber den Plänen der Militärregierung sein, das Vertrauen der bayrischen CSU in Pinochet ist nicht zu erschüttern. Dem von Strauß entsandten Rechtsgelehrten Professor Dieter Blumenwitz wurde Ende März ein Privileg zuteil, das kein demokratischer chilenischer Jurist bisher genossen hat: Er durfte mit Pinochets Verfassungskommission konferieren. Trotz einiger Einwände in Einzelpunkten zeigte er sich danach sehr beeindruckt: "In Chile wird der erste Schritt in einer guten Richtung gegangen." Nach zehn Tagen in Chile weigerte er sich, die gegenwärtige Herrschaftsform in Chile als Diktatur zu bezeichnen: "Vom juristischen Standpunkt aus ist es eine Regierung des Übergangs zur Demokratie."

Professor Blumenwitz

Die ganze Ahnungslosigkeit dieses CSU-Professors wurde bei einer Diskussion deutlich, die er mit der Gruppe der 24, einer Gruppe von Parlamentariern zum Studium von Verfassungsproblemen hatte. Dort fragte er, ob seine Gesprächspartner denn etwa behaupten wollten, daß es unter den Präsidenten Frei und Allende mehr Freiheit gegeben habe als jetzt. Noch besser war seine nächste Frage: "Können Sie mir denn auch nur einen einzigen Professor nennen, der aus der Universität ausgestoßen wurde?" Darauf konnte der ehemalige Rektor der Staatsuniversität, der Christdemokrat Edgardo Boeninger, nur antworten: "Na, fangen wir doch erst mal bei allen denen an, die Ihnen hier gegenübersitzen." Professor Blumenwitz aber ließ sich nicht beirren. Obwohl ihm feierlich alle von der Gruppe ausgearbeiteten Texte und die Forderungen nach einer verfassungebenden freigewählten Versammlung sowie nach der Erstellung von Wählerlisten überreicht wurden, urteilte er kurz darauf vor der Presse: "Was mich an diesen Leuten am meisten beeindruckt hat, ist, daß sie keinerlei konkrete Vorschläge haben." Außerdem teilte er der Presse mit, daß er glaube, daß es im Moment eines Volksentscheids Wählerlisten geben werde. Kaum hatte er die Rückreise angetreten, kam das Dementi der Regierung: Wählerlisten wird es nicht geben.

Der Glaube der CSU an den Demokraten Pinochet ist weder durch Tatsachen noch durch Argumente zu erschüttern.

"Freie Marktwirtschaft" als Mord an Industrie und Indianern

Nicht nur die im engeren Sinne politischen Entscheidungen werden in Chile der Militärs als Überfälle organisiert, auch die Durchsetzung der Prinzipien der "freien Marktwirtschaft" bis in den letzten Winkel hinein erfolgt durch Willkürentscheidungen, die wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirken und oft genug tödlich für die Betroffenen sind. In den letzten Wochen traf der Blitz die Automobilindustrie und die chilenischen Indianer, die Mapuches.

Die chilenische Automobil-Industrie hatte sich in den letzten beiden Jahren wenigstens einigermaßen von dem schweren Schlag erholen können,

der sie nach dem Militärputsch getroffen hatte. Das war ihr gelungen, weil die Importzölle für Automobile wesentlich weniger stark gesenkt worden waren als die Zölle für alle anderen Einfuhrgüter. Es schien als unumstößliche Praxis auch der Militärregierung zu gelten, daß wenigstens dieser eine Sektor nicht von der Weltmarktkonkurrenz zerstört werden sollte. Den ultraliberalen Wirtschaftspolitikern der Regierung hat diese Tatsache der Durchbrechung ihrer Prinzipien offenbar keine Ruhe gelassen: Im März wurde plötzlich angekündigt, daß es in Chile künftig "billige Autos für jedermann" geben würde, wobei offenblieb, ob allgemein die Importzölle gesenkt oder die Einfuhren von Gebrauchtwagen erlaubt werden sollten. Erklärtes Ziel dieser Maßnahme war - neben der weiteren Öffnung Chiles für den Weltmarkt - die Lenkung der Verbraucher-Ambitionen auf das hochwertige Konsumgut Auto mit dem Nebeneffekt einer politischen Befriedung der wirtschaftlich unzufriedenen Mittelklassen.

Inzwischen ist die Entscheidung gefallen: Für alle Automobile mit einem Hubraum bis zu 850 ccm werden die Importzölle radikal gesenkt (auf 10 %), womit die chilenische Automobilindustrie unfähig wird, auf diesem Sektor weiterhin zu konkurrieren. Ob dadurch die politische und wirtschaftliche Zufriedenheit der Empfänger mittlerer Einkommen wächst, ist zumindest zweifelhaft. Die Reichen haben sich schon bisher ihre Autos kaufen können. Dagegen können sich "gut" verdienende Angestellte leicht ausrechnen, daß sie zehn Jahre und mehr werden sparen müssen, bis sie ein "billiges" Auto haben werden.

Wie sehr es den ultraliberalen Politikern des Wirtschaftssektors der Regierung ums Prinzip geht, zeigt auch die Tatsache, daß Chile als erstes Land der Welt die Inlandsfluglinien der ausländischen Konkurrenz zu öffnen.

Die Verabschiedung eines Gesetzesdekrets für die "Emanzipation der Indianer", das ebenfalls vom herrschenden Geist der "freien Marktwirtschaft" getragen wird, kommt nach übereinstimmender Meinung des Bischofs Contreras aus Temuco und des Mapuche-Kulturzentrums (CCM) einem legalen Mord am Volk der Mapuche gleich. Das Dekret, das ohne jede vorherige Konsultation mit den Mapuches oder ihren Vertretern verkündet wurde, sieht vor, daß jeder, der gegenwärtig ein Stück Land bearbeitet, das einer Indianer-Gemeinschaft gehört, die sofortige vollständige Aufteilung des gesamten Landes dieser Gemeinschaft an die dort ansässigen Individuen verlangen und durchsetzen darf. Bisher war den Mapuches immer versprochen worden, daß solche Landaufteilungen nur nach Einwilligung sämtlicher Mitglieder der jeweiligen Gemeinschaft durchgeführt werden würden. Mit der jetzt vorgesehenen Landaufteilung, die auch von Großgrundbesitzern durchgesetzt werden kann, die Land illegal besetzt haben, wird die Gemeinschaft als Grundlage der kulturellen Identität der Mapuches völlig zerstört. Diese "Emanzipation" der Mapuches bedeutet, daß es in Zukunft legal keine Mapuches mehr geben wird und daß es für sie extrem schwierig sein wird, sich einzeln wirtschaftlich und gemeinsam kulturell zu behaupten. Vor den Gesetzen des Kapitalismus und den Prinzipien der "freien Marktwirtschaft" sind alle gleich. Die meisten Mapuches haben sich geschworen, sich gegen diese Art ihrer "Emanzipation" zur Wehr zu setzen.

Die Gewerkschaften vor dem 1. Mai

Das Oberste Gericht Chiles hat sich inzwischen gezwungen gesehen, wenigstens für einen Teil der 650 Fälle von verschwundenen politischen Gefangenen, die von der katholischen Kirche dokumentiert und angezeigt wurden, Untersuchungsrichter zu ernennen. Diese Untersuchungsrichter haben ihre Tätigkeit sofort aufgenommen, aber jeden Kommentar abgelehnt, wobei sie auf die Geheimhaltungsvorschriften hinwiesen.

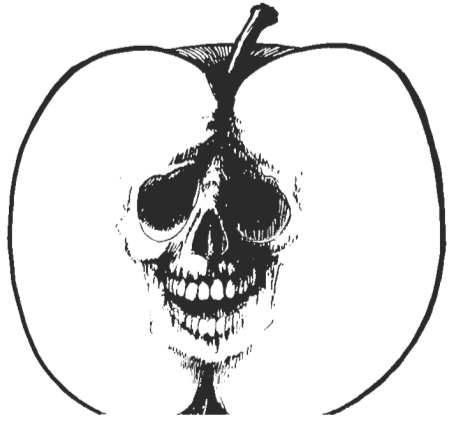
Damit ist für die Regierung wieder Zeit gewonnen, nachdem das Auffinden und Identifizieren der Leichen von 15 dieser politischen Gefangenen in einem Kalkofen bei Lonquén (vgl. LN 66, 67, 68, 69) zunächst großes Aufsehen erregt hatte. Der Richter, der die Untersuchung dieses Falles zunächst sehr zielstrebig vorangetrieben hatte, hat inzwischen klargemacht, welches die nächsten Möglichkeiten der Vertuschung und des Zeitgewinns sind: Er erklärte sich für nicht zuständig und überwies den Fall an die Militärgerichtsbarkeit, wo jetzt - natürlich wieder unter dem Siegel der Geheimhaltung - weiter untersucht werden soll.

Der einzige Bereich, in dem der Regierung eine Befriedung offenbar vorläufig kaum möglich bleibt, ist der Bereich der Gewerkschaftsbewegung. Hier hat der neue Arbeitsminister Piñera bis Ende Juni die Durchführung eines"Plans der Arbeit" versprochen, der zuerst als Beginn eines gewerkschaftsfreundlichen Kurswechsels erschien, von dem nun aber immer mehr klar wird, daß er besser "Unternehmerplan" genannt werden sollte. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß alle vier größeren Gewerkschaftszusammenschlüsse von der linken CNT bis zur ursprünglich juntatreuen UNTRACH engen Kontakt untereinander halten und gegenüber der Regierung eine gemeinsame Front bilden. Es scheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß sie den 1. Mai zu einer Manifestation ihrer gemeinsamen Entschlossenheit zum Kampf für die volle Wiederherstellung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte und Freiheiten und gegen den Plan der Regierung benutzen.

Die chilenische Regierung ist in dem Maße wieder von ihrer plötzlichen Verhandlungsbereitschaft gegenüber den Gewerkschaften abgerückt, wie die Gefahr eines internationalen Boykotts Chiles durch die amerikanischen Gewerkschaften abgewendet schien, nachdem die US-Gewerkschaften der AFL-CIO von dem Boykott-Plan abgeraten hatten. Inzwischen ist aber der Gedanke eines Boykotts nicht mehr zu bremsen: Der Internationale Transportarbeiterverband hat ihn übernommen und will den Boykott aller Waren und Dienstleistungen aus und für Chile (und Nicaragua) weltweit durchsetzen.

Sache der ÖTV ist es jetzt, diesen Boykott zur Unterstützung der chilenischen Gewerkschaften zu ihrer eigenen Sache zu machen. Dazu gehören nicht nur Reden, dazu gehört die systematische Organisation des Boykotts in der Bundesrepublik.

KAUFT KEIN OBST AUS CHILE



Chiles Zukunft auf Sand gebaut

"Es ist nun ehrlich anzuerkennen, daß die Grundprobleme der chilenischen Erziehung nicht gelöst worden sind, sondern, im Gegenteil ,sich verschärfen." Trotz Verbesserungen in einzelnen Bereichen "bedeutet die Gesamtheit der Erziehung eine schwere Bedrohung für die Zukunft des Landes."

"... die chilenische Erziehung bleibt zurück, nicht nur im Vergleich zu den entwickelteren, sondern auch im Vergleich zu andern lateinamerikanischen Ländern."

"Dazu kommt die Demoralisierung der Lehrer, besonders der Grundschul- und Sekundarschullehrer."

"Besonders beunruhigend ist das Panorama im Grundschulwesen, vor allem auf dem Lande. Das Sitzenbleiben, das vorzeitige Verlassen der Schule und der Mangel an ausgebildeten Lehrern sind besonders zugespitzt im Grundschulwesen."

"Wenn sich das nicht ändert, setzen wir uns dem Scheitern aus, denn wir würden auf Sand bauen."

Diese Bilanz des chilenischen Erziehungswesens zog kein Kritiker der Diktatur. Sie stammt aus dem Munde Pinochets, als er Anfang März das neue Schuljahr feierlich eröffnete und eine Neustrukturierung ankündigte. Mit seiner Bilanz straft er gleichzeitig alle früheren Erfolgsberichte über angebliche Verbesserungen im Erziehungswesen in über 5 Jahren Diktatur Lügen.

Wovon Pinochet nicht spricht: von den Ursachen des dramatischen Verfalls im Erziehungswesen . Er ist ein direktes Produkt der Wirtschaftspolitik,durch die alle Staatsausgaben im Zuge der Anti-Inflationspolitik drastisch gesenkt wurden, im Erziehungswesen nicht anders als imGesundheitswesen oder im Bereich des staatlichen Wohnungsbaus. Lediglich die miserablen Lehrergehälter spricht Pinochet als einen Faktor an, was die hohe Quote der Grundschulabgänger verursacht, sagt er nicht. Es liegt aber gleichwohl auf der Hand: die Hungerlöhne für die Lohnabhängigen. Nicht nur, daß das Lernmaterial, und sei es ein Schreibheft, für viele unerschwinglich ist: immer wieder lesen wir in Berichten über die Situation in Chile, daß Kinder aus Elendsvierteln , wenn sie schon zur Schule gehen, vor Hunger im Unterricht ohnmächtig werden. An dere versuchen, als ambulante Händler das Familieneinkommen aufzubessern, statt zur Schule zu gehen. Daß diese elementaren materiellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit Unterricht überhaupt stattfinden kann, - kein Wort davon bei Pinochet. Dazu fällt ihm nur ein, die bestehenden Gesetze über Schulpflicht gegenüber Eltern und Kindern mit allen darin angedrohten Zwangsmaßnahmen anzuwenden und notfalls zu verschärfen.

Struktur des Erziehungswesens

Um die Lösungsvorschläge Pinochets besser würdigen zu können, ist ein kurzer Hinweis auf die Struktur des Erziehungswesens nötig.

Auf acht Jahre Grundschule - ohne die in der BRD übliche leistungsforcierende Aufgliederung in Schulzweige - folgen vier Jahre Sekundarstufe, die als Vorbereitung auf die Universität konzipiert sind, danach die Universität. Nur im Ansatz gibt es ein berufsbildendes oder -vorbereitendes Schulwesen, auch keine Berufsschule. Dieses im Sekundarbereich antiquierte Modell versuchte die Allende-Regierung Anfang 1973 durch das Konzept einer polytechnischen Einheitsschule zu reformieren. Das Projekt stieß auf den erbitterten Widerstand der Rechten, so daß Allende es zurückstellte. Auch für die Bedürfnisse des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells ist das bestehende Schulwesen aber offenbar untauglich: weil es nicht einmal die minimale Ausbildung der Arbeitskräfte gewährleistet.

Marktwirtschaft im Bildungswesen

Natürlich geht es der Diktatur überhaupt nicht darum, jedem Chilenen gleiche Bildungschancen zu eröffnen. Ganz im Gegenteil zielt das Programm darauf, die demokratischen Ansätze rückgängig zu machen.

Denn in Zukunft wird der Staat seine Ausgaben auf das Grundschulwesen konzentrieren. Der Ausbau des weiterführenden Bildungswesens - auch der von eventuellen Fachschulen - wird der privaten Initiative überlassen. Das heißt nicht, bislang jedenfalls nicht, daß die bestehenden Sekundarstufen reprivatisiert werden. Aber sie werden nicht, dem gestiegenen Bedarf entsprechend, von Staats wegen ausgebaut. Und nach offiziellen Angaben ist die Schülerzahl in den letzten zehn Jahren um 80% gestiegen, ohne daß seit 1973 entsprechende Schulen gebaut oder mehr Lehrer ausgebildet wurden.

Das bedeutet, daß die Diktatur ein Drei-Klassen-Schulwesen etablieren wird: die vor allem staatliche Primarschule, der staatliche Bereich der Sekundarschule wird ohne Erhöhung des Etats in Zukunft weiter verkommen, eine 'anständige' Weiterbildung auf einer Privatschule wird ihren Preis haben, der Kauf einer Universitätsbildung bleibt den begüterten Schichten vorbehalten.

Chile hatte vor dem Putsch eine für ein Entwicklungsland hohe Alphabetisierungsquote erreicht, d.h. 90%. Vor diesem Hintergrund muß man die Sätze des großbürgerlichen 'Mercurio' lesen, mit denen er die Rede Pinochets kommentiert - man könnte sonst glauben, es ginge darum, überhaupt erst jemanden von der Nützlichkeit zu überzeugen, daß ein Proletarier lesen und rechnen kann.

" Die Eingliederung aller Chilenen in die Segnungen der Grundschule ist eine großartige und edle Aufgabe, die es rechtfertigt, daß man ihr bedeutende öffentliche und private Mittel widmet und daß ihr der Großteil der Haushaltsmittel aus dem Erziehungswesen zukommt."

Wanderausstellung: Kinder des Elends

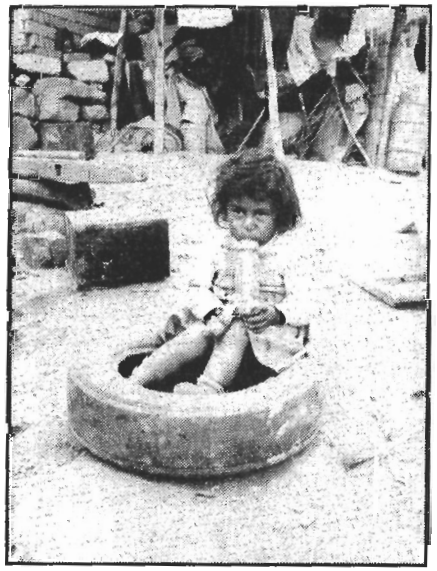
Das F.D.C.L. und die V.I.K. (Vereinigung Internationaler Kulturaustausch Westberlin) haben zum Internationalen Jahr des Kindes eine Ausstellung erstellt mit dem Titel:

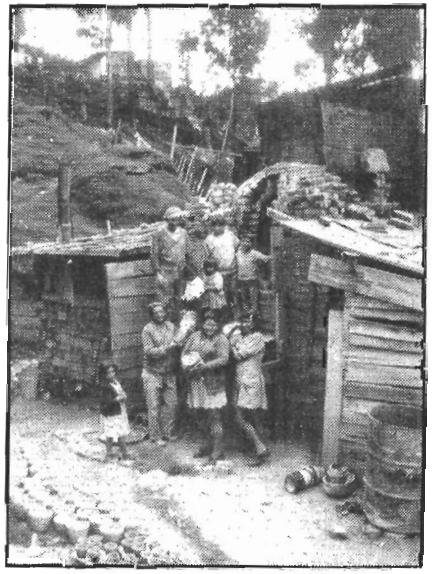
"Kinder des Elends - Der Kampf der Armen für die Zukunft ihrer Kinder: Lateinamerika im Internationalen Jahr des Kindes".

DIESE AUSSTELLUNG KANN ALS WANDERAUSSTELLUNG NACH WESTDEUTSCHLAND, ÖSTERREICH UND IN DIE SCHWEIZ VERLIEHEN WERDEN (ab August 1979).

Ausgehend von der Situation der Kinder der Ärmsten - der Kinder der Elendsviertel werden die Ursachen der Land-Stadt-Wanderung und des Anwachsens der Elendsviertel gezeigt: Ungleiche Besitzverhältnisse und Marktchancen auf dem Lande, fehlende Arbeitsmöglichkeiten und Wohnungsdefizite in den Städten.

Die Leidtragenden dieser Verhältnisse sind hauptsächlich die Kinder. Inhumane Wohnungsbedingungen, mangelhafte Gesundheitsversorgung und ungleiche Bildungschancen sind deren Folgen. Kinderarbeit, Kinderbanden und Kinderprostitution sind dann weitere Stichwörter.





Aber es gibt auch eine Fülle positiver Ansätze dieser Menschen, ihr Elend grundlegend aufzuheben. Demokratische Selbsthilfeorganisationen im Wohnungs-, Erziehungs-, Gesundheits- und Versorgungsbereich aus der Zeit der Unidad Popular in Chile oder des Peronismus in Argentinien 1973/74 stehen exemplarisch für ähnliche Erfahrungen in fast allen Ländern Lateinamerikas. Viele dieser Selbsthilfe-Ansätze wurden durch die Repression der Militärdiktaturen erstickt. Doch ist damit der Kampf um eine bessere Zukunft nicht abgebrochen worden. In vielfältiger Weise organisieren sich die Elendsviertelbewohner unter erschwerten Bedingungen neu und führen den Kampf gegen die Diktaturen für demokratische Selbstverwaltung der Basis.

Ein Weg dahin sind zwei Projekte in Elendsvierteln zugunsten von Kindern, die in der Ausstellung vorgestellt werden: Eine selbstverwaltete Kindergartenkooperative in Santiago de Chile und ein Gesundheitszentrum in Bogotá/Kolumbien.

Didaktisches Ziel: Über das Medium Ausstellung wird aufgeklärt über Zusammenhänge von Verarmung in der Dritten Welt, konkretisiert an Elendsvierteln, dem sichtbarsten Zeichen der Verarmung, an den Ursachen ihrer Entstehung und an Wegen zur Überwindung der Verarmung durch konkrete Beispiele der Basisorganisation auf dem Lande und in der Stadt.

Zielgruppen: Die Ausstellung wendet sich vor allem an Personen, die politische Bildungsarbeit mit Jugendarbeit im weitesten Sinne verbinden, also: Jugendleiter, Lehrer, Erzieher, Eltern. Aber sie wendet sich vor allem an Jugendliche selbst, an Schulklassen und Jugendgruppen.

Zusätzliche didaktische Mittel: 4 Dia-Ton-Serien über Chile, Brasilien, Kolumbien und Argentinien; ein großformatiger 100 seitiger Foto-Text-Band. Weitere didaktische Zugänge, die in die Ausstellung integriert sind, sind Gedichte und Lieder, Interviews mit den Betroffenen (Kindern und Erwachsenen), Bildern von Kindern aus Elendsvierteln gemalt und Stoffbilder aus Chile, die jeweils bestimmte Situationen des Elends kennzeichnen.

Die Ausstellung, die uns über 8.000,- DM kostete, kann für 350,- DM pro Woche beim F.D.C.L., Savignypl.5, 1000 Berlin 12, bestellt werden. Die Transportkosten müssen die Gruppen selbst tragen. Die Dia-Ton-Serien kosten zusätzlich jeweils 30,- DM pro Woche.

Schon verliehen ist die Ausstellung in den ersten zwei Wochen des September nach Stuttgart (V.I.K./Chile-Komitee). Interessenten werden gebeten, ihre zeitlichen Ausleih-Wünsche an die geografischen Gegebenheiten anzupassen, um die Transportkosten auf ein Minimum zu beschränken (etwa: Süddeutscher Raum möglichst August-Oktober, norddeutscher Raum November-Dezember und danach).

Die Erfahrungen mit der mangelhaften und unsolidarischen Zahlungsmoral mancher Gruppen, die wir aus der Fußball und Folter-Ausstellung gewonnen haben, lassen es notwendig erscheinen, die Verleihgebühr vor den Verleihterminen zu verlangen, Ausnahmen sind möglich! Es sei auch hier noch einmal darauf hingewiesen, daß wir keinerlei Gewinn machen. Der finanzielle Überschuß geht voll auf die in der Ausstellung propagierten Solidaritätskonten!